

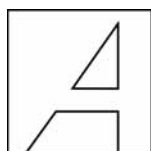
IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE
UMSCHAU

HEFT 14



Oktober 2003



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



IM GESPRÄCH

KULTURPOLITISCHE UMSCHAU

Heft 14 - Oktober 2003

INHALT

■ Editorial	2
<i>Anton Pfeifer, MdB, Staatsminister a.D. Stv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.</i>	
■ Berichte aus der Kulturpolitik:	3
<i>Aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion</i> 3	
<i>Aus den Ländern</i> 19	
■ Kulturpolitik in der Presse	27
<i>Deutschland/Allgemeine Trends</i> 27	
<i>Finanzierung/Sponsoring allgemein</i> 38	
<i>Kulturpolitik im Bund</i> 41	
<i>Auswärtige Kulturpolitik</i> 43	
<i>Kulturpolitik in den Ländern</i> 43	
<i>Kulturpolitik im Ausland</i> 49	
<i>Personalien</i> 52	
<i>Zitate</i> 53	
■ Laudatio auf Christian Meier	55
■ Buchbesprechung	55
<i>Norbert Lammert rezensiert Mikos Panajotopoulos</i>	
■ Vorankündigung	56
<i>Norbert Lammert (Hg.): Alles nur Theater?</i>	
■ Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung	57
■ Aus kulturpolitischen Beiträgen	58
■ Dokumentation	59
■ Hinweis der Redaktion	60

IMPRESSUM

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rathausallee 12
D-53757 Sankt Augustin
Telefon (02241) 246-302 + 246-475
Telefax (02241) 246-694
E-Mail: barbara.kretschmer@kas.de
Internet: <http://www.kas.de>

Redaktion

Prof. Dr. Jörg-Dieter Gauger
(verantw.)
Barbara Kretschmer

Satz u. Layout

Barbara Kretschmer

Die Zeitschrift erscheint in unregelmäßiger Folge

ISSN 1439-7188

EDITORIAL

Vor dem Hintergrund der breiten öffentlichen Diskussion über die Auswirkungen der Sparbeschlüsse auf den Bereich von Kunst und Kultur hat in der letzten Zeit ein Thema noch nicht die öffentliche Aufmerksamkeit gefunden, die dringend geboten wäre.

Gemeint ist der zunehmende Verlust kultureller Bildung im Allgemeinen und ästhetischer im Besonderen. Nach einer kürzlich veröffentlichten Umfrage der Instituts für Demoskopie Allensbach (FAZ vom 20. August 2003) halten zwar 78 % unserer Bevölkerung die Vermittlung einer guten Allgemeinbildung für wichtig. Was aber darunter zu verstehen sei, darüber hat man offensichtlich heute keine rechte Vorstellung mehr. Jedenfalls scheinen deutsche Literatur, historische, politische oder ökonomische Kenntnisse, Umgang mit Musik sowie Medienkompetenz heute kein Bestandteil von Allgemeinbildung zu sein. Und dass nur mehr noch 53 % den variablen Umgang mit der deutschen Sprache für wichtig halten, lässt ebenfalls am Sinn des hier avisierten Allgemeinbildungsbegriffs zweifeln. Bei den 15 Jahre alten Schülern der Pisa-Studie gaben immerhin 40 Prozent an, nicht zum Vergnügen zu lesen. Die „Leiden des jungen Werther“ sollen von Günter Grass, die „Lustige Witwe“ von Richard Wagner stammen (so der Leserbrief einer Medienagentur in Düsseldorf in Auswahl über Erfahrungen mit

„Azubis“ in der „Welt am Sonntag“ vom 24. August 2003), Bewerber für einen internationalen Studiengang in Dresden lassen Monrovia nach Marilyn Monroe benannt sein. Ca. 55 % der Hochschullehrer bezeichnen das Wissen der Studienanfänger in Kunst und Musik als „mangelhaft bis ungenügend“. Nur etwa 19 % der Jugendlichen sagen, ihre Eltern hätten ihnen das Theater nahegebracht, Nachwuchskräften einer deutschen Großbank muss eigens vermittelt werden, dass Haydn, Mozart, Beethoven zu Klassik gehören und letzterer zwar neun Symphonien, aber nur eine Oper geschrieben habe (FAZ vom 28. Dezember 2002). Zwar gibt es auf den Studentafeln noch Musikunterricht, doch er ist nicht wirklich verankert, zumal er in mindestens zehn Bundesländern in eine Fächerkombination mit Kunst, Sport und Werken oder textilen Gestalten eingebunden ist. Bis zu 80 Prozent des Pflichtunterrichts in Musik werden entweder gar nicht oder durch fachfremde Lehrer erteilt. Findet der Unterricht statt, ist er meistens auf eine Wochenstunde beschränkt. Der Bundespräsident hat zu Recht von einer „musikalischen Versteppung“ gesprochen.

Es wäre für die Zukunft unserer Gesellschaft fatal, einem Bildungsbegriff nachzugeben, der sich immer weiter auf die elementare Sphäre des unmittelbaren Bedürfnisses oder auf reine Utilität reduziert.

Es muss vielmehr parteiübergreifender Konsens sein, dass

Kunst und Kultur signifikant und formend sind für unsere Identität als Kulturnation. Es muss Konsens sein, dass aus Kunst und Kultur Werte und Wertvorstellungen erwachsen, die für den einzelnen und für das Zusammenleben in der Gemeinschaft von eminenter Bedeutung sind. Es muss Konsens sein, dass Kulturförderung zu den identitätsstiftenden Investitionen für eine humane Zukunft unserer Gesellschaft gehört. Es muss schließlich Konsens sein, dass ohne den Kulturstandort Deutschland auch ein attraktiver Wirtschaftsstandort Deutschland nicht denkbar ist.

Daher wird die Konrad-Adenauer-Stiftung in 2004 einen deutlichen Schwerpunkt auf die kulturelle Bildung legen; mit einem solchen Akzent bei den diesjährigen Potsdamer Gesprächen zur Kulturpolitik setzen wir hier ein erstes Signal. Dabei gehen wir allerdings davon aus, dass ästhetische Bildung nur ein Element kultureller Bildung ist. Ihre Vermittlung ist Auftrag aller Fächer, gehört zum Sprachunterricht ebenso wie zu Geschichte oder Religion; aber auch Mathematik und Naturwissenschaften können hier ihren spezifischen Beitrag leisten.

*Anton Pfeifer, MdB,
Staatsminister a.D.
Stv. Vorsitzender der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

BERICHTE AUS DER KULTURPOLITIK

Berichtszeitraum Juni bis Oktober 2003

Aus der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

*Antrag
der Fraktionen SPD, CDU/CSU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP*

Einsetzung einer Enquete- Kommission "Kultur in Deutschland"

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt eine Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ein.

I. Allgemeine Aufgabenstel- lung

Die deutsche Geschichte mit all ihren Wechselfällen hat eine einzigartige, schätzenswerte Kultur hervorgebracht. Kaum ein anderes Land der Erde verfügt über eine vergleichbare Dichte von Theatern und Museen, von Chören und Orchestern. In Deutschland befinden sich zahlreiche Stätten des Weltkulturerbes. Es gibt eine breite und sehr aktive soziokulturelle Szene. Eine lebendige Migrantenkultur ist unverzichtbarer Bestandteil des kulturellen Lebens der Bundesrepublik. Der künstlerische und kulturelle Austausch mit Europa und der Welt ist so intensiv wie nie zuvor. Die Enquete-Kommission soll zeigen, was "Kultur in Deutschland" heute ausmacht und worin der zu schützende und weiter zu entfal-

tende Reichtum unserer Kultur besteht.

Die Kulturpolitik hat mit der Deutschen Einheit an Bedeutung gewonnen und wird vor dem Hintergrund eines zusammenwachsenden Europas und der fortschreitenden Globalisierung vor immer neue Herausforderungen gestellt.

Die Förderung und Pflege von Kunst und Kultur ist in der Bundesrepublik Deutschland vorrangig eine Aufgabe von Ländern und Kommunen. Der Bund hat nicht zuletzt aufgrund seiner Gesetzgebungszuständigkeiten und seiner Förderkompetenzen für gesamtstaatlich bedeutsame Kultureinrichtungen eine große Verantwortung für Kunst und Kultur und für die Kultur in der Hauptstadt.

Verbesserte Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung von Kunst und Kultur kann der Bund nur schaffen, wenn entsprechend aktuelles Basismaterial verfügbar ist. Die letzte umfassende Analyse liegt 28 Jahre zurück (Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe auf Bundestagsdrucksache 7/3071 vom 13. Januar 1975).

Eine erneute Bestandsaufnahme soll der Enquete-Kommission ermöglichen, Empfehlungen

zum Schutz und zur Ausgestaltung unserer Kulturlandschaft sowie zur weiteren Verbesserung der Situation der Kulturschaffenden zu erarbeiten; soweit Bedarf besteht, sind Vorschläge für gesetzgeberisches oder administratives Handeln des Bundes vorzulegen.

Die thematische Begrenzung des Arbeitsauftrags ist auf die zweijährige Arbeitszeit der Enquete-Kommission abgestimmt.

II. Bestandsaufnahme

In einer Bestandsaufnahme soll die Kommission die gegenwärtige Situation von Kunst und Kultur in Deutschland erfassen und unter Berücksichtigung folgender Aspekte analysieren und bewerten:

1. Die öffentliche und private Förderung von Kunst und Kultur - Strukturwandel

Die Enquete-Kommission soll die Situation der öffentlichen und privaten Kulturförderung in Deutschland untersuchen. Erforderlich ist die Aufarbeitung und Auswertung des vorhandenen bzw. für die Zwecke der Enquete noch zu gewinnenden Datenmaterials für beide Bereiche.

Vor dem Hintergrund der bedrohlichen finanziellen Lage der Kommunen und des sich verstärkenden Drucks auf ihre Kulturhaushalte soll die Enquete-Kommission die Situation der öffentlichen und freien Kultureinrichtungen in Deutschland (Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken, Gedenkstätten, Ausstellungshäuser, soziokulturelle Zentren etc.) analysieren. Sie soll einen Beitrag leisten zur Erarbeitung einer detaillierten, einheitlichen

und vergleichbaren Darstellung der finanziellen Situation besonders der Kommunen im kulturellen Bereich und dabei auch einen Überblick geben über die Anzahl und Qualität und das Besucherinteresse, das den jeweiligen Kultureinrichtungen entgegengebracht wird. Auch das Verhältnis von freiwilligen Aufgaben und von Pflichtaufgaben soll Thema sein. In diesem Zusammenhang muss die Kommission auch näher bestimmen, was legitimerweise zur kulturellen Grundversorgung gezählt werden muss und wie diese sich sichern lässt.

Die Kommission soll sich eingehend mit den für die Kultur und ihre Institutionen wichtigen Strukturfragen sowie den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden beschäftigen. Sie soll geeignete Rechtsformen für Kultureinrichtungen beschreiben und auf Möglichkeiten und Notwendigkeiten von Strukturformen hinweisen. Auch die Optimierung von Leitungs- und Entscheidungsstrukturen (Intendantenmodelle, Vier-Augen-Prinzip, Trennung von künstlerischer und kaufmännischer Verantwortung) soll dabei Thema sein. Sie soll darüber hinaus den Problemen der Beschäftigungsverhältnisse im Kulturbereich nachgehen und dabei auch die Fragen der Tarifbindung und des Arbeits- und Mitbestimmungsrechts berücksichtigen. Insgesamt muss es darum gehen, die Auswirkungen des öffentlichen Dienstrechts für Kultureinrichtungen zu beschreiben und alternative Möglichkeiten auszuar-

beiten. Sie soll schließlich das Problem der Umlandfinanzierung erörtern und die Möglichkeiten ausloten, die sich aus der Definition von regionalen Kulturräumen ergeben.

Eine besondere Zukunftsresource für die Kultur in Deutschland liegt in der weiteren Stärkung des privaten und bürgerschaftlichen Engagements. Anknüpfend an die Ergebnisse der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gilt es, die Bedeutung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger im Kulturbereich näher herauszuarbeiten. Dabei soll insbesondere die Rolle von Mäzenen, Stiftungen, Kunst- und Kulturvereinen, aber auch die des Sponsorings und der indirekten Förderung durch Ankauf künstlerischer Werke oder Inanspruchnahme künstlerischer Leistungen gewürdigt und in ihren Entwicklungsperspektiven dargestellt werden. Die von der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellende „Infrastruktur“, um privates Engagement zu fördern und einzubeziehen, ist dabei ebenfalls zu berücksichtigen.

2. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstlerinnen und Künstler

Kunst und Kultur werden von kreativen Menschen gestaltet, insbesondere von Künstlern und Künstlerinnen, die einen großen Teil ihrer Lebenszeit dem künstlerischen Schaffen widmen. Die Kommission soll Erkenntnisse gewinnen zum Personenkreis der künstlerisch Tätigen in Deutschland und ihrer Arbeits-

und Auftragsmarktlage, zu ihren Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, ihrer Einkommenssituation und ihrer Alters- und Krankheitsvorsorge. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die steuer- und urheberrechtlichen Regelungen für Künstlerinnen und Künstler sind einzubeziehen. Die Instrumente der Künstlerförderung - Preise, Stipendien und Ausstellungs- bzw. Auftrittsmöglichkeiten im In- und Ausland - sind zu beleuchten. Mit Blick auf das hier benötigte Datenmaterial ist das Problem der nicht vereinheitlichten Kulturstatistiken in der Bundesrepublik Deutschland zu erörtern und ein Anforderungsprofil an eine aussagekräftige Statistik zu entwerfen.

3. Kulturlandschaft Deutschland - Kultur als Standortfaktor

Kultur ist auch ein entscheidender ökonomischer Standortfaktor. Kulturelle Angebote wirken sich auf die Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen bzw. Arbeitskräften aus. Kulturelle Vielfalt und Reichhaltigkeit in den Regionen ermöglicht zudem ein niveauvolles Tourismusangebot. Die Kommission soll untersuchen, welchen Einfluss kulturelle Angebote hier im Einzelnen haben. Zu untersuchen ist weiterhin, wie sich bisherige Strukturen verändern und wie die Kommunen in die Lage versetzt werden können, weiterhin eine kulturelle Grundversorgung zu leisten. Es ist zu prüfen, in welcher Form der Bund seine Verantwortung für die Kultur in der Hauptstadt

wahrnehmen kann. Es gilt, die Kulturlandschaft in ihrer ganzen Breite, von den Theatern, Orchestern, Museen, Gedenkstätten und Bibliotheken über die Soziokultur bis hin zur Migrantenkultur zu verteidigen und zu stärken. Dazu gehört eine vielfältige musisch-kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche aber auch für Erwachsene.

Die Enquete-Kommission soll die Probleme und Entwicklungsmöglichkeiten der musisch-kulturellen Bildung im schulischen, außerschulischen und universitären Bereich untersuchen. Dazu gehören die gefährdeten Musik- und Kunstschulen, aber auch der freie Tanz- und Theaterunterricht. Einzubeziehen sind die musisch-kulturelle Bildung im Ganztagsangebot öffentlicher Schulen sowie Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Anbietern.

III. Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme soll die Enquete-Kommission politische Handlungsempfehlungen erarbeiten, die der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur - auch unter Beachtung der Entwicklung der Informationsgesellschaft - in Deutschland dienen.

IV. Zusammensetzung

Der Enquete-Kommission gehören elf Mitglieder des Bundestages und elf Sachverständige an. Die Fraktion der SPD benennt fünf Mitglieder, die Fraktion der CDU/CSU vier Mitglieder, die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP be-

nennen je ein Mitglied. Für jedes Mitglied des Bundestages kann ein stellvertretendes Mitglied benannt werden. Die Sachverständigen werden im Einvernehmen der Fraktionen benannt. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so benennen sie die Fraktionen nach dem vorgenannten Schlüssel.

V. Zeitplan

Die Enquete-Kommission soll sich im Herbst 2003 konstituieren und im Herbst 2005 ihre Ergebnisse und Handlungsempfehlungen vorlegen, damit noch in der 15. Legislaturperiode erste Umsetzungsschritte erfolgen können.

Kulturpolitik ist nicht nur die Aufgabe des Staates und der Kommunen, sondern gar ihre Pflicht

(Aus der Rede von Matthias Sehling, MdB)

Die Einsetzung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ wird von der CDU/CSU-Fraktion nicht aus Nächstenliebe gegenüber den Koalitionsfraktionen unterstützt, nur weil diese das in ihrem Koalitionsvertrag vorgesehen haben.

Vielmehr halten wir die damit beabsichtigte genauere Untersuchung der Situation und des Strukturwandels öffentlicher Kulturpolitik zur Sicherung der Kulturarbeit angesichts der aktuellen Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten für dringend erforderlich.

Der frühere bayerische Staats-

intendant August Everding hat es treffend formuliert: „Kultur ist keine Zutat, Kultur ist der Sauerstoff einer Nation.“ Kultur hat einen Wert an sich. Wenn sie einer Rechtfertigung bedarf, dann der, dass der Staat ohne sie verkümmert und der Einzelne erstickt. Deswegen muss jede Generation die Chance haben, mit Kultur aufzuwachsen. Kulturpolitik ist somit nicht nur die Aufgabe des Staates und der Kommunen, sondern gar ihre Pflicht.

Ungeachtet der konkreten Ausgestaltung der Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird im Grundgesetz ungeschrieben von der Kulturstaatlichkeit der Bundesrepublik ausgegangen. Das Bundesverfassungsgericht hat daraus auch die Legitimität staatlicher Mittel für die Kultur abgeleitet.

Der Staat hat sich jedoch auch Grenzen auferlegt. In der Kulturpolitik gilt das Subsidiaritätsprinzip. Das bedeutet nicht nur, dass die Länder und Kommunen und nicht der Bund Hauptträger der Kulturpolitik sind. Subsidiarität bedeutet vor allem, dass der Staat die kulturelle Entfaltung nur unterstützt, und zwar mit erheblichen Geldmitteln und fachlicher Kompetenz. Kaum eine größere kulturelle Einrichtung könnte heute ohne öffentliche Förderung überleben.

Der Trachtenverein, der seine kostspieligen Trachten zu erhalten hat, erwartet vom Staat ebenso Unterstützung wie der Mühlenbesitzer, der seine denkmalgeschützte Mühle unterhalten muss.

Bund, Länder und Gemeinden geben jährlich insgesamt - das ist die bekannte Größenordnung - über 8 Milliarden Euro für Kunst und Kultur aus. Von privater Seite werden dagegen bisher nur rund 255 Millionen Euro an Sponsorenmittel investiert. Dieses Dreißigstel der Privaten ist selbstverständlich noch viel zu wenig.

Städte und Gemeinden sind aufgrund der sinkenden Gewerbesteuererinnahmen hier zunehmend überfordert. Die öffentliche Kulturförderung muss deshalb stärker als bisher - wer wüsste es nicht - durch privates Sponsoring ergänzt werden. Wir brauchen die Privaten, die Wirtschaft, die Mäzene und die Stiftungen, und zwar nicht nur, um dem Staat und den Kommunen Geld zu sparen, sondern vielmehr auch, um möglichst zahlreiche zusätzliche Projekte zu verwirklichen. Es wurde vorhin schon angesprochen: Selbst das kürzlich reformierte Stiftungswesen muss offenbar noch attraktiver gestaltet und ausgebaut werden.

Angesichts der Vererbungswelle in den nächsten Jahren darf der Staat nichts unversucht lassen, Anreize für Stiftungen und Sponsoring zu schaffen, und zwar nicht nur für den Sport.

Ein wesentlicher Bestandteil der staatlichen Kulturförderung, der im Einsetzungsantrag nicht erwähnt wird, ist die Bewahrung und die Pflege des Kulturgutes der deutschen Vertreibungsgebiete. Die Geisteswerke Immanuel Kants aus Ostpreußen

und Gerhart Hauptmanns aus Schlesien gehören ebenso zur deutschen Kultur wie die Leistungen des aus Eger stammenden Balthasar Neumann oder des Böhmerwald-Dichters Adalbert Stifter. Dieser Auftrag zur Bewahrung ist im Übrigen eine der wenigen Aufgaben im kulturellen Bereich, die dem Bund ausdrücklich übertragen worden sind. Sie wurde sogar eigens im deutschen Einigungsvertrag festgezurr.

Durch die Verankerung in § 96 Bundesvertriebenengesetz verfügen Bund und Länder hier über einen zeitlosen Gestaltungsauftrag. In der gesamten deutschen Bevölkerung und übrigens auch im Ausland soll das Bewusstsein um das Kulturgut der Vertreibungsgebiete wach gehalten werden. Dieser Auftrag und die mit ihm verbundenen Möglichkeiten werden, um es vorsichtig zu sagen, bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Im Einsetzungsantrag der Enquete-Kommission wird das Ziel genannt, zu zeigen, was Kultur in Deutschland heute ausmacht. Gleichzeitig wird zu Recht betont, dass die Pflege von Kunst und Kultur vorrangig Aufgabe der Länder und Kommunen ist. Deswegen schlage ich, ähnlich wie bei der PISA-Studie, ein gezieltes Benchmarking vor. So könnte unsere Bestandsaufnahme der Kulturförderung und Kulturarbeit in Deutschland eine Benchmarking-Bilanz der Kulturpolitiken der Länder und des Bundes ergeben - sozusagen eine PISA-Studie der Kulturförderung. In zwei Jahren werden

wir dann eine Datengrundlage haben, um zu erkennen, wo wir im Kulturstaat Deutschland heute stehen, wo es Defizite gibt und wie wir den Kulturstaat Deutschland trotz knapper Mittel nachhaltig sichern und ausbauen sollten.

Kulturförderung in Deutschland stärken *(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB)*

Unser Ziel ist es, das Thema Kultur in Deutschland nicht nur zu „untersuchen“ und darzustellen, vielmehr ist es unser Ziel, konkrete Maßnahmen zu entwickeln und zu empfehlen, um die Kulturförderung in Deutschland zu stärken. Ich will in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt lassen, dass wir aus diesem Grund als Titel der Kommission „Kulturförderung in Deutschland“ noch treffender gefunden hätten.

Wenn ich sage, dass das „Untersuchen“ nicht unser alleiniges Anliegen in der Kommission ist, sondern wir umsetzbare Handlungsempfehlungen entwickeln wollen, die auf verlässlichen Bestandsaufnahmen basieren, dann ist damit auch gemeint, möglichst bald belastbare Daten zu bekommen. Wir haben dafür - zugegeben etwas streberhaft - schon vorgearbeitet:

Wir haben gemeinsam mit der FDP, eine Große Anfrage eingebracht, die sich mit der „wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der künstlerischen Be-

rufe und des Kunstbetriebs in Deutschland“ beschäftigt. (s.S. 10)

Damit wird die geplante Bestandsaufnahme der Enquete-Kommission zur sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler präzisiert und ergänzt, und es wird der Kunstmarkt mit einbezogen. Die Künstlerinnen und Künstler stehen als Akteure ja nicht allein da. Uns ist wichtig, den Zusammenhang mit den Vermittlern und den Verwertern von kultureller Produktion darzustellen. Diesen Zusammenhang sollten wir näher untersuchen.

Auch wir wissen, dass Künstlerinnen und Künstler nicht alle reiche Leute sind. Aber das gilt auch für andere Berufsgruppen. Wir wollen für einen größeren Blickwinkel sorgen und auch die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage derer näher betrachten, die Kultur vermitteln.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage kann uns allen eine Unterstützung gerade am Beginn der intensiven Beratungen der Kommission sein. Damit wäre ein wichtiger Beitrag geleistet für den Erfolg der Enquete-Kommission “Kultur in Deutschland”.

Wir haben uns im Vorfeld auf den Text des Einsetzungsbeschlusses geeinigt. Sprachlich hat er noch nicht die Qualität, die wir uns für die Arbeit der Kommission und für den Abschlussbericht wünschen.

Wir haben mit diesem Beschluss mit Blick auf die Dauer

der Kommission von zwei Jahren notwendigerweise Eingrenzungen vorgenommen. Das gilt vor allem für den Bereich der Film- und Medienpolitik, und das gilt für die Auswärtige Kulturpolitik. (...)

Wir sind dann gut beraten, wenn wir uns von der Maxime leiten lassen, uns an den Stellen genauer mit der Materie zu beschäftigen, wo wir als Bundestag eine originäre Zuständigkeit besitzen.

Das bewahrt uns auch davor, falsche, nämlich nicht erfüllbare Erwartungen mit dieser Enquete-Kommission zu wecken.

Wir hätten es aufgrund der Kompetenzverteilung vorgezogen, die originären Zuständigkeiten des Bundes hätten im Vordergrund des Einsetzungsbeschlusses gestanden. Allein, um schon von Anfang an nicht den Eindruck zu erwecken, wir führten anderes im Schilde als die Förderung der Kultur im verfassungsmäßigen Rahmen.

Wir sollten uns bei der Arbeit auch künftig davor bewahren, dass wir einer Umkehrung Vorschub leisten, indem wir die Aufgaben der Länder und Gemeinden zum Hauptgegenstand der Beratungen machen. Wenn wir uns also mit der Situation der Theater in Deutschland beschäftigen, so müssen die tarifrechtlichen Rahmenbedingungen im Vordergrund stehen. Wenn wir uns um die musisch-kulturelle Bildung kümmern, geht es um die Frage, wie wir in Deutschland ein Klima erzeugen können,

in dem es zur Selbstverständlichkeit wird, dass Eltern ihren Kindern den Besuch von Musik- und Kunstschulen ermöglichen und umgekehrt Städte Angebote machen können, die attraktiv sind. Hier geht es darum, gute Stimmung für die Kultur in Deutschland zu machen.

Eine günstigere Stimmung für die Kultur im Lande hätte, wenn Sie mir diesen Berlin betreffenden Hinweis erlauben, auch nicht zugelassen, dass ein Finanzsenator damit Stimmung machen kann, dass er vorgibt, mit der Schließung einer Oper könne der Etat der größten Stadt des Landes saniert werden.

Wir sollten den Blick für die Größenverhältnisse behalten. - Das gilt auch für die Kulturförderung in Deutschland:

Bund, Länder und Gemeinden leisten in umgekehrter Reihenfolge Beiträge zur Kulturförderung in Deutschland - was das finanzielle Engagement betrifft. Was die Rahmenbedingungen angeht, die die Förderung der Kultur in Deutschland bestimmen, so ist der Bund ganz unzweifelhaft zuständig. Dementsprechend sollte hier ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegen.

Wir verbinden durchaus ehrgeizige Pläne mit der Enquete-Kommission. Einig sollten wir uns alle sein, dass am Ende der Bemühungen mehr für die Kulturförderung in Deutschland herauskommen muss.

**Zur Person:
Gitta Connemann, MdB,
Vorsitzende der
Enquete-Kommission
"Kultur in Deutschland"**

Gitta Connemann sieht angesichts der Finanznot in den öffentlichen Haushalten die kulturelle Vielfalt in Deutschland in Gefahr. Die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur seien in den letzten Jahren immer schlechter geworden, vielfach fallen kulturelle Angebote in den Kommunen - auch die Grundversorgung - Einsparungen zum Opfer. "Was einmal weg ist, kommt kaum wieder", warnt Connemann.

Kultur ist für Connemann nicht nur ein entscheidender Standortfaktor, sondern auch Ausdruck der Identität einer Nation und von Regionen. Als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Landkreises Leer kennt sie die Sorgen und Zwänge der Städte und Landkreise genau. Die Arbeit und die Ergebnisse der Enquete-Kommission werden mithelfen, die Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur verbessern zu können, hofft Connemann. Weitere Themen der Kommission sind die wirtschaftliche und soziale Lage der Künstler und die private Förderung von Kunst und Kultur. Das private und bürgerschaftliche Engagement in unserem Lande sieht Connemann noch nicht ausgeschöpft. Mäzene und Stiftungen spielen eine immer noch zu geringe Rolle, stellt sie fest. „Wo immer es möglich ist, muss man diese Aktivitäten stärker fördern“, macht die CDU-Politikerin klar.

Ihre Arbeit im Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft will Connemann nicht vollständig aufgeben. „Meine Berichterstattungen verfolge ich weiter“, sagte sie. Connemann gehört dem Bundestag erst seit der Wahl am 22. September 2003 an, sie vertritt direkt den Wahlkreis Unterems und folgt damit dem früheren Innenminister und Bundestagsvizepräsidenten Rudolf Seiters.

Kultur wertet jeden Standort auf

*(Aus der Rede von
Gitta Connemann, MdB)*

Deutschland hat eine einzigartige Kulturlandschaft. Unser Land bietet eine beispiellose kulturelle Vielfalt, die über viele Generationen gestaltet worden ist. Der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat dies treffend beschrieben. Er hat gesagt: "Unsere Kultur ist gewachsen wie ein kräftiger und vielgestalteter Mischwald. Er leistet seinen Beitrag zur lebensnotwendigen Frischluft."

Die Menschen in unserem Land - also wir - brauchen Kultur. Stellen Sie sich ein Leben ohne Theater - sei es Staatsbühne oder Volkstheater - , ohne Musik - , sei es Philharmonie oder Kirchenchor - , ohne Tanz - sei es Ballett oder Volkstanzgruppe - , ohne Literatur - sei es Roman oder Kinderbuch - , ohne bildende Kunst - sei es im Museum oder zu Hause - vor.

Wir brauchen Kultur wie die Luft zum Atmen. Doch diese

Luft wird zunehmend dünner. Grund hierfür ist die Not der öffentlichen Haushalte. Versiegen- de Finanzen führen zur Schließung von Theatern, Museen oder Musikschulen. Die meisten dieser Einrichtungen verschwinden unwiederbringlich. Was jetzt verloren geht, wird wohl verloren bleiben, selbst wenn sich die Haushaltslagen entspannen.

Wenn diese Entwicklung nicht beendet wird, werden wir über kurz oder lang vor den Ruinen dessen stehen, was einmal eine einzigartige Kulturlandschaft war.

Dieser drohenden Gefahr sind sich alle Fraktionen in diesem Hause bewusst. Mit dem vorliegenden interfraktionellen Antrag wollen wir deshalb eine Enquete - Kommission "Kultur in Deutschland" einsetzen. Sie hat die Aufgabe, eine umfassende Beschreibung des Kulturlebens in Deutschland zu liefern und folgende Fragen zu beantworten: Was macht heute Kultur in Deutschland aus? Was müssen wir schützen, was weiterentwickeln?

Es geht aber nicht nur um eine Bestandsaufnahme. Ziel der Enquete-Kommission wird auch sein, dem Parlament auf dieser Basis konkrete, umsetzbare Vorschläge für eine Bestandssicherung und für eine Stärkung von Kunst und Kultur in Deutschland zu unterbreiten.

Um eine Grundlage für gesetzgeberische und ordnungspolitische Initiativen zu schaffen, bedarf es Fakten. Da fehlen uns zum Teil aktuelle Daten, zum

Beispiel für den Bereich der Kulturförderung. Wie ist die Lage der öffentlichen und der freien Kultureinrichtungen? Welche Strukturen haben eine Perspektive, welche sind veraltet?

Wir wissen, dass die meisten kulturellen Einrichtungen in Deutschland öffentlich finanziert werden. Aber Kultur ist eine freiwillige Aufgabe, keine Pflichtaufgabe. Gerade in Zeiten von Verteilungskämpfen wie heute ist dies häufig der einzige Bereich, an den Hand angelegt werden kann. Hieraus folgt die Kernfrage: Gibt es einen Anspruch auf eine kulturelle Grundversorgung? Was gehört zum notwendigen kulturellen Fundament einer Nation? Wie viel Kultur gehört zur Bildung? Wie viel Bildung setzt Kultur voraus?

Wenn über eine Verpflichtung des Staates - auf welcher Ebene auch immer - nachgedacht wird, wird auf der anderen Seite über eine stärkere Beteiligung des Nutzers zu diskutieren sein. Wie viel Kultur muss aus öffentlichen Mitteln finanziert werden? Es steht sicherlich außer Frage, dass der Staat sich nicht gänzlich aus der Kulturförderung zurückziehen darf. Aber ohne private Kulturförderung wird es dauerhaft nicht gehen, und zwar unabhängig von der Kassenlage.

Denn im privaten Engagement liegt auch immer eine Ressource, die finanziell nicht messbar ist. Wie können wir in diesem Bereich bürgerschaftliches Engagement stärken, wie können wir es attraktiver machen?

Auch bei uns gibt es Mäzenatentum. Denken Sie nur an Män-

ner in unserer Tradition wie Solomon Guggenheim oder Heinz Berggruen! Privatleute wie zum Beispiel Henri Nannen errichten Stiftungen. Schenkungen sind keine Seltenheit. Sie sind aber nicht wie in angloamerikanischen Ländern die Regel. Kann dies durch flankierende Maßnahmen attraktiver gemacht werden? Bedarf es anderer Regelungen im Bereich des Steuerrechts und des Stiftungsrechts? Welche weiteren Möglichkeiten, wie zum Beispiel Sponsoring, gibt es?

Kultur ist selbst ein wichtiger ökonomischer Faktor. Mit Kultur lässt sich Geld verdienen. Kultur bietet Arbeitsplätze. Kultur wertet jeden Standort auf. Heute will kaum jemand an einem Ort leben oder arbeiten, in dem es kein kulturelles Angebot gibt. Kein Tourist besucht gerne einen solchen Ort. Welche ökonomischen Chancen bietet also Kultur? Welche Möglichkeiten gibt es für die in diesem Bereich Tätigen? Kultur ist immer nur das, was Menschen schaffen.

Die wirtschaftliche und soziale Situation der Künstlerinnen und Künstler wird ein weiteres wichtiges Thema sein. Ist ihre Situation befriedigend? Wie kann sie gegebenenfalls verbessert werden, zum Beispiel im Bereich der Künstlersozialversicherung? Wie steht es mit dem Urheberrecht, dem Folgerecht im Kunsthandel? In der derzeitigen Diskussion wird unter anderem die Frage gestellt, ob wir das öffentliche Dienstrecht im Kulturbereich brauchen.

Fragen über Fragen. Wir brau-

chen diese Enquete-Kommission, um festzustellen, welche Fragen berechtigt sind und wie sie beantwortet werden können. Die zukünftige Kommission trägt deshalb eine große Verantwortung; ihre Arbeit bietet aber auch eine große Chance.

Bitte erinnern Sie sich an die Worte von Richard von Weizsäcker. Die Einsetzung einer Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" gibt uns die Chance, nicht nur den Kahlschlag in dem von ihm beschriebenen Wald zu verhindern, sondern den Wald auch wieder aufzuforsten. Lassen Sie uns diese Chance gemeinsam nutzen!

Große Anfrage

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der künstlerischen Berufe und des Kunstbetriebs in Deutschland

(Drucksache 15/1402)

Kunst und Kultur haben einen besonderen Stellenwert in Deutschland, und nicht erst mit der Schaffung des Amtes eines Beauftragten der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Kultur und der Medien im Range eines Staatsministers im Jahr 1998 hat sich der Bund zu seiner Zuständigkeit für die Rahmenbedingungen, unter denen Kunst und Kultur entstehen und bewahrt werden können, bekannt.

Im Gegensatz zu großen und medienwirksamen Veranstaltungen, die durch die Präsenz des

bzw. der Beauftragten für Kultur und Medien stärker auch in das Blickfeld der Öffentlichkeit gelangten, bleibt die wirtschaftliche und soziale Lage derer, die künstlerisch arbeiten, also der Künstlerinnen und Künstler (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) und derjenigen, die Kunst verwerten – der Kunstmarkt besteht aus einer Vielzahl von Berufen wie z. B. Antiquitätenhändler, Auktionatoren, Galeristen, Kunstkritiker, Kunstspediteure, Leiter von Kunstvereinen, Kunstverleger und Restauratoren -, weitgehend unbeachtet.

So ist etwa auch Kunstkritik für das künstlerische Schaffen und die Vermittlung von Kunst von unersetzlichem Wert. Ohne Künstler, Vermittler und Kunstverwerter gäbe es keinen Kunstmarkt. Nur zusammen – Künstler, Vermittler und Verwerter – wird die vielfältige und lebendige Kultur in Deutschland ermöglicht.

Die letzte umfassende Analyse liegt 28 Jahre zurück: (Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe Bundestagsdrucksache 7/3071 vom 13. Januar 1975). Da eine einheitliche Kulturstatistik in Deutschland nicht vorhanden ist, wird mit der Erhebung der hier nachgefragten Daten zugleich nach Möglichkeiten einer aussagekräftigen statistischen Darstellung gesucht.

Die Arbeit der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" soll damit unterstützt und beschleunigt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Künstlerische Berufe

1. Wie viele freischaffende Künstlerinnen und Künstler (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) leben und arbeiten – aufgelistet nach Sparten – in Deutschland?

2. Wie viele angestellte Künstlerinnen und Künstler (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) leben und arbeiten – aufgelistet nach Sparten – in Deutschland?

3. Welchen prozentualen Anteil haben Tätige in künstlerischen Berufen an der Gesamt-Beschäftigtenzahl heute, und wie hat sich die Zahl in den vergangenen Jahren entwickelt?

4. Wie hoch sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Einkünfte aus künstlerischer Arbeit von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) im Durchschnitt?

5. Wie hoch sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Einkünfte aus künstlerischer Arbeit von angestellten Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) im Durchschnitt?

6. In welchen Arbeitsverhältnissen stehen angestellte Künstlerinnen und Künstler (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) in der Regel?

7. Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die

Einkünfte von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und welche Trends sind festzustellen?

8. Wie haben sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Einkünfte von angestellten Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und welche Trends sind festzustellen?

9. Welcher Art sind die Einkünfte von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) aus künstlerischer oder kunstbezogener Arbeit in der Regel (z.B. Unterricht, Verkäufe von Werken), und welche Anteile an den Gesamteinkünften bei den Künstlerinnen und Künstlern sind festzustellen?

10. Welchen Anteil an den Gesamteinkünften machen Einnahmen aus nichtkünstlerischer und nicht kunstbezogener Tätigkeit bei freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) aus?

11. Wie hoch ist der Anteil von künstlerisch Ausgebildeten/Tätigen an der Arbeitslosenzahl heute, und wie hat sich die Zahl in den vergangenen Jahren entwickelt?

12. a) Wie bewertet die Bundesregierung die soziale Absicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende

Kunst) vor allem in der Gesundheits- und Altersvorsorge?

12. b) Wie viele Anspruchsberechtigte gibt es?

12. c) In welcher Höhe werden Versorgungsleistungen erbracht?

13. Wie bewertet die Bundesregierung die soziale Absicherung von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) vor allem in der Gesundheits- und Altersvorsorge im Vergleich zu anderen europäischen Ländern?

14. Plant die Bundesregierung Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage von freischaffenden Künstlerinnen und Künstlern (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst), und wenn ja, welche?

15. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung von Künstlerverbänden nach einer Ausstellungsvergütung für bildende Künstler unter Berücksichtigung der möglichen Auswirkungen dieser Regelung einerseits auf dem Kunstmarkt und die Museen und andererseits auf die wirtschaftliche Situation von bildenden Künstlerinnen und Künstlern?

16. Sind der Bundesregierung weitere Sonderregelungen vergleichbarer Art für künstlerisch Tätige in anderen Kunstsparten bekannt?

17. Gibt es spezifische steuerliche Vergünstigungen, die in künstlerischen Berufen Tätige in

Anspruch nehmen können, und in welchem Maße wird Gebrauch von diesen Regelungen gemacht?

18. Welche ersten Erkenntnisse gibt es auf Seiten der Bundesregierung über die Auswirkungen der Veränderungen im Steuerrecht, die in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurden, auf die soziale und wirtschaftliche Lage von Künstlerinnen und Künstlern?

19. Welche ersten Erkenntnisse gibt es auf Seiten der Bundesregierung über die Auswirkungen der Veränderungen im Urheberrecht, die in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurden, auf die soziale und wirtschaftliche Lage von Künstlerinnen und Künstlern?

20. Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbildungs-Situation in den deutschen künstlerischen Hochschulen?

21. Welche Möglichkeiten, Umschulungsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, bieten sich Künstlerinnen und Künstlern (vor allem darstellende Kunst, aber auch bildende Kunst, Musik), die über keinen staatlichen Abschluss verfügen, sowie Tänzerinnen und Tänzern mit staatlichem Abschluss?

22. Plant die Bundesregierung die Einrichtung von speziell auf die Bedürfnisse von Künstlerinnen und Künstlern, die eine Umschulung erwägen, ausgerichteten Berufsberatungsprogrammen, und wenn ja, wie sehen diese aus?

23. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung von Künstlerverbänden nach der Schaffung eines Sonderausgabenfreibetrags für den Ankauf von Kunst lebender bildender Künstlerinnen und Künstler?

24. a) Wie viele der in Deutschland lebenden und arbeitenden Künstlerinnen und Künstler (bildende Kunst, Musik, darstellende Kunst) zahlen in die Künstlersozialversicherung ein?

24. b) Welchen Durchschnittsverdienst haben die Versicherten in der Künstlersozialversicherung?

24. c) Wie hat sich der Durchschnittsverdienst der Versicherten in der Künstlersozialversicherung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

24. d) Wie hoch ist der Durchschnittsverdienst der Versicherten in der Künstlersozialversicherung im Vergleich mit dem Durchschnittsverdienst der Versicherten in der Arbeiter- und Angestellten-Rentenversicherung, und wie hat sich der Wert in den vergangenen zehn Jahren entwickelt?

24. e) Wie bewertet die Bundesregierung die derzeitige Rentensituation bei Künstlerinnen und Künstlern, die durch die eingeschränkten Einzahlzeiten in der Künstlersozialversicherung entstanden ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Situation für die jetzt Betroffenen zu verbessern?

24. f) Plant die Bundesregierung

Änderungen am Künstlersozialversicherungs-gesetz, und wenn ja, welche?

25. a) Wie bewertet die Bundesregierung die Rahmen-Regelungen des öffentlichen Dienstrechts im Hinblick auf die Erfordernisse der Kultureinrichtungen?

25. b) Sieht die Bundesregierung Modernisierungsbedarf beim öffentlichen Dienstrecht im Hinblick auf die Erfordernisse der Kultureinrichtungen?

26. Wie bewertet die Bundesregierung die Umwandlung von Kultureinrichtungen in Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Beschäftigten?

27. Wie schätzt die Bundesregierung die beruflichen Möglichkeiten von jungen Künstlerinnen und Künstlern am Beginn des Berufslebens ein, und wie hat sich die Situation in den letzten Jahren verändert?

28. Welche Möglichkeiten der Förderung von jungen Künstlerinnen und Künstlern etwa analog zu Existenzgründungsförderungen bestehen in Deutschland?

29. Welche Bundesministerien verfügen direkt oder indirekt über Instrumente der Künstlerförderung, und wie haben sich die Etatansätze in den letzten zehn Jahren entwickelt?

30. Sieht die Bundesregierung die bestehenden Instrumente der Künstlerförderung als ausreichend an?

31. a) Welchen Stellenwert haben nach Ansicht der Bundesregierung Maßnahmen im Rahmen von "Kunst an öffentlichen Bauten" für die Förderung von Künstlerinnen und Künstlern in Deutschland?

31. b) Plant die Bundesregierung eine Festlegung eines Prozentsatzes für "Kunst an öffentlichen Bauten"?

32. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für die Sicherung des kreativen Potenzials in Deutschland vor dem Hintergrund weit reichender Streichungen in den Etats der öffentlichen Kultureinrichtungen, die auch zu einem Abbau von Stellen für Künstlerinnen und Künstler in den verschiedenen Sparten geführt haben?

II. Verwerter

33. a) Welche Stellung hat der deutsche Kunstmarkt im Vergleich zu anderen Kunstmärkten in Europa und den USA, und wie hat sich diese in den letzten zehn Jahren entwickelt?

33. b) Welches Volumen hat der Im- und Export von Werken bildender Kunst ins europäische Ausland und in Drittstaaten?

34. a) Wie hoch ist der Anteil des Kunstmarktes in Deutschland am Bruttoinlandsprodukt?

34. b) Wie hoch ist der Anteil des Kunstmarktes in Deutschland an der Bruttowertschöpfung?

35. Inwieweit kommt nach An-

sicht der Bundesregierung dem Kunstmarkt in Deutschland eine Bedeutung als Arbeitsplatz schaffende Branche zu?

36. Wo liegen – aufgeteilt nach Regionen – die Schwerpunkte des Kunstmarkts in Deutschland?

37. Wie viele Kunstverwerter – aufgegliedert nach den Berufssparten Antiquitätenhändler, Auktionatoren, Galeristen, Kunstkritiker, Kunstspediteure, Leiter von Kunstvereinen, Kunstverleger und Restauratoren – leben und arbeiten in Deutschland?

38. In welchen Arbeitsverhältnissen stehen Kunstverwerter – aufgegliedert nach den Berufssparten Antiquitätenhändler, Auktionatoren, Galeristen, Kunstkritiker, Kunstspediteure, Leiter von Kunstvereinen, Kunstverleger und Restauratoren – in der Regel?

39. Wie hoch sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung die Einkünfte von Kunstverwertern – aufgegliedert nach den Berufssparten Antiquitätenhändler, Auktionatoren, Galeristen, Kunstkritiker, Kunstspediteure, Leiter von Kunstvereinen, Kunstverleger und Restauratoren – in Deutschland?

40. Wie haben sich die Einkünfte von Kunstverwertern – aufgegliedert nach den Berufssparten Antiquitätenhändler, Auktionatoren, Galeristen, Kunstkritiker, Kunstspediteure, Leiter von Kunstvereinen, Kunstverleger und Restauratoren – in den vergangenen zehn Jahren entwick-

kelt, und welche Trends sind im internationalen Vergleich festzustellen?

41. Wie bewertet die Bundesregierung die Lage im universitären und außeruniversitären Ausbildungsmarkt für Kunstverwerter?

42. Wie hoch ist der Anteil der im Kunstmarkt Ausgebildeten/Tätigen an der Arbeitslosenzahl heute, und wie hat sich diese Zahl in den letzten zehn Jahren entwickelt?

43. Wie bewertet die Bundesregierung die soziale Absicherung von im Kunsthandel tätigen Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern?

44. Welche steuerlichen Vergünstigungen können Menschen, die im Kunsthandel tätig sind, in Anspruch nehmen, und in welchem Maße wird Gebrauch von diesen Regelungen gemacht?

45. Welche ersten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Veränderungen im Steuerrecht, die in der letzten Legislaturperiode beschlossen wurden, auf die soziale und wirtschaftliche Lage von im Kunsthandel Tätigen?

46. a) Welche Bedeutung hat nach den Erkenntnissen der Bundesregierung das in Deutschland geltende Folgerecht für im Kunsthandel Tätige?

46. b) Welche Bedeutung hat das derzeit geltende Folgerecht in den anderen EU-Staaten, der Schweiz und den USA?

46. c) Welche Bedeutung wird nach Einschätzung der Bundesregierung die beschlossene EU-Folgerechtsrichtlinie auf die Wettbewerbsfähigkeit von Menschen, die im Kunsthandel tätig sind, im nationalen und internationalen Kunstmarkt haben?

46. d) Gibt es Überlegungen in der Bundesregierung für eine vorzeitige Umsetzung der EU-Folgerechtsrichtlinie in nationales Recht?

46. e) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Pläne zur Umsetzung der EU-Folgerechtsrichtlinie in den anderen EU-Staaten?

47. Welche Konzeption hat die Bundesregierung zur Frage der steuerlichen Behandlung von Kulturgütern (CD-ROMs, Bücher, Kunstwerke) in Europa?

48. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftliche und soziale Lage von Restauratoren und Restauratorinnen?

49. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Anteil von Menschen an der Bevölkerung in Deutschland, die in Kunst investieren?

50. a) Wie bewertet die Bundesregierung die z. B. in Frankreich und Österreich praktizierte Förderung der Teilnahme von Galerien und Künstlern an Messen und Ausstellungen im In- und Ausland analog der Förderung der Teilnahme kleiner und mittlerer Unternehmen?

50. b) Welche Initiativen ergreift

die Bundesregierung, um deutschen Künstlern und Galerien den Zugang zum ausländischen Kunstmarkt zu erleichtern?

**Antrag der
CDU/CSU-Fraktion:
Umsetzung des
Bundtagsbeschlusses
zur Wiedererrichtung des
Berliner Stadtschlusses**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag hat in seiner Sitzung am 4. Juni 2002 die Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses unter Berücksichtigung der historischen Fassaden mit großer und fraktionsübergreifender Mehrheit beschlossen. Konkrete Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses sind bisher nicht erfolgt.

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das für das Frühjahr 2003 angekündigte Nutzungs- und Finanzierungskonzept der von der Bundesregierung eingesetzten und von der Beauftragten für Kultur und Medien geleiteten Arbeitsgruppe nunmehr vorzulegen.

2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die für die Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom Juni 2002 erforderlichen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen und einen Zeitplan für die Umsetzung des Beschlusses vorzulegen.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass ein Areal auf der Schlossfreiheit/Unter den Linden als Ort für die im Bericht der Expertenkommission vorgesehene Einwerbung von privaten Mitteln zur Verfügung gestellt werden kann.

4. Der Deutsche Bundestag lehnt eine finanzielle wie ideelle, direkte oder indirekte Unterstützung einer Nutzung des "Palastes der Republik" durch den Bund ab.

Gegen die RAF-Ausstellung

(Dr. Peter Ramsauer, MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe)

Die geplante Ausstellung Berlins über die "Rote Armee Fraktion" ist ein Skandal und Schande für die Bundeshauptstadt und unser Land. Der Missbrauch der finanziell maroden Hauptstadt von öffentlichen Mitteln ist in keiner Weise akzeptabel und muss gestoppt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit Geldern der Steuerzahler die Geschichte einer kriminellen mordenden Bande glorifiziert wird und sich staatliche Stellen daran beteiligen. Hier ist ein klares Wort des SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Gerhard Schröder erforderlich.

Wenn Berichte zutreffen, dass im Ausstellungskonzept von richtigen Ideen und Idealen die Rede ist und die Bundeszentrale

für politische Bildung als Ausstellungspartner genannt wird, ist ein Einschreiten der Bundesregierung unausweichlich, um eine Verhöhnung der Opfer des RAF-Terrors und darüber hinaus aller friedliebenden und rechts-treuen Bürgerinnen und Bürger zu verhindern.

Es kann nicht akzeptiert werden, dass in unserem Land demokratisch legitimierte Behörden und Organisationen derartigen Ungeist mit staatlichen Mitteln legitimieren und befördern. Das geplante Vorhaben des Senats in Berlin zeigt, wie weit das antidemokratische Grundverständnis der PDS Eingang in das rot-rote Bündnis in Berlin gefunden hat, und wessen Geisteskind die SED-Erben auch heute noch in ihrem Innersten sind. Dass staatliche Stellen dies nicht nur beabsichtigen zu dulden, sondern zu fördern ist ein himmelschreiendes Unrecht und muss gestoppt werden. (s.S. 29)

Hauptstadtkulturfonds

(Aus der Rede von Günter Nooke, MdB)

Der Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Umsetzung des "Vertrages zur Kulturfinanzierung in der Bundeshauptstadt 2001-2004" wurde vom damaligen Staatsminister Nida-Rümelin im Juli 2002 vorgelegt. Es war verabredet, dem Deutschen Bundestag ein Jahr nach der Neufassung des Hauptstadtkulturvertrages eine erste Einschätzung über die neu getroffenen Festlegungen zu

geben. Das erschien uns damals notwendig. Denn mit der Übernahme von vier großen Berliner Kultureinrichtungen in die finanzielle Verantwortung des Bundes wurde insofern Neuland betreten, als dass der Bund sich erstmals in dieser Größenordnung kultureller Institutionen angenommen hat, an deren Gründung er selbst nicht beteiligt war. Es handelt sich also um eine Adoption. Aus anderen Zusammenhängen wissen wir, dass Adoptionen bisweilen nicht reibungslos verlaufen - besonders wenn sie im Jugend oder Erwachsenenalter geschehen.

Dass es ein weiteres Jahr gedauert hat, dass wir diesen Bericht im Plenum debattieren, und zwar auf Drängen der Unionsfraktion, legt den Verdacht nah, dass die Erfahrungen so positiv nicht sind, als dass die Bundesregierung sie mit Stolz verkünden könnte.

Zweck des Hauptstadtvertrages war vor allem die finanzielle Unterstützung des Landes Berlin bei der Erfüllung seiner Funktion als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung. (...) In diesem Zusammenhang scheint es mir dringlich darauf hinzuweisen, dass inzwischen eine ähnliche Situation wie vor der Vertragsschließung entstanden ist, in der der Bund erneut vorhat, Berliner Kultureinrichtungen in seine Verantwortung zu übernehmen, etwa die Akademie der Künste, die Stiftung deutsche Kinemathek und, stärker als bisher, den Hamburger Bahnhof. Der Weg, dies zu erreichen, ist für die Bundesregierung nicht die Neufas-

sung des Hauptstadtvertrages, sondern die Einführung einer Titel-Zeile im Haushaltsentwurf. Das ist nicht nur systematisch anfechtbar, sondern macht auch die Stringenz des Bundes bei seiner Förderung nicht eben einleuchtender.

Dazu passt, dass die Bundesregierung sich nicht von der Idee leiten lässt, diejenigen Institutionen zu fördern, die zur Erfüllung der Funktion Berlins als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung unverzichtbar sind. Stattdessen folgt sie der Idee, das Land Berlin "dauerhaft um rund 22 Millionen Euro" zu entlasten, was die Stadt in die Lage versetzen wird, das von der Kulturstaatsministerin unterstützte Reformmodell für die Berliner Opernhäuser zu realisieren (Zitat von der Netzseite der Bundesregierung).

Um es kurz zu machen: Das vorgesehene Modell löst nicht nur die Probleme Berlins nicht - schon gar nicht "beispielhaft" - damit wird auch kein Beitrag geleistet zur Erfüllung der Funktion Berlins als Sitz des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung.

Das genau ist aber Sinn und Zweck der Übung und übrigens auch in den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern unstrittig, "Dem Land [Berlin] eine Budgethilfe zur Erfüllung von Landesaufgaben zu gewähren, war freilich nicht Ziel des Hauptstadtvertrages", stellt der Bericht (Seite 2) völlig richtig fest. Es kann auch nicht Ziel der Kulturpolitik des Bundes insgesamt sein.

Mit der Diskussion in Berlin wird auch ständig der falsche Eindruck erweckt, der Bund könne durch die Rettung einer Oper in Berlin oder durch die Übernahme eines Museums, was immerhin zweistellige Millionenbeträge bedeutet, die Haushaltsprobleme Berlins lösen. Diese liegen in der Größenordnung von zweistelligen Milliardenbeträgen; sie sind also 1000 Mal größer!

Das wiederum nährt die Vermutung, dass alle Mittel des Bundes für die Kultur in Berlin in ein Fass ohne Boden fließen. Auch deshalb ist die jetzt beschlossene Föderalismuskommission und die vom Bundestagspräsidenten angemahnte Neuformulierung der Rolle der deutschen Hauptstadt im föderalen System unverzichtbar.

Außerdem stellt sich angesichts der im vorliegenden Bericht so positiv beurteilten gänzlichen Übernahme von Einrichtungen in die Zuständigkeit des Bundes die Frage, ob der Bund mit Blick auf die zu lösende Opernfrage nicht besser beraten wäre, die Budgetverantwortung für eine der Opern zu übernehmen.

Kommen wir auf den Hauptstadtkulturvertrag zurück: Bei der Neufassung des Vertrages haben wir auf der Befristung bestanden. Schon jetzt wissen wir, dass dies notwendig und richtig war. Daraus resultiert die Pflicht, aber auch die Möglichkeit, das bestehende Regelwerk nicht nur zu verändern, sondern zu verbessern und klarer zu strukturieren.

Es geht darum herauszufinden, Zitat: "welchen Kulturfeldern konkret nationaler Repräsentationscharakter zuzumessen ist". So heißt es im vorliegenden Bericht der Bundesregierung. Da ist es dann schon abenteuerlich, dass der Bund über den Hauptstadtkulturfonds Projekte im "Palast der Republik" finanziert - dessen Abriss der Deutsche Bundestag beschlossen hat. Und dass er gleichzeitig (...) in Lähmung erstarrt, wenn es darum geht, den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Wiedererrichtung des Berliner Stadtschlusses umzusetzen.

Wir sind der Auffassung, dass der Schloss - Neubau ganz überwiegend kulturell zu nutzen ist. Und wenn wir bei der Rolle des Bundes in Berlin von "nationalem Repräsentationscharakter" reden, wie wir eben festgestellt haben, sollten wir das Ziel der überwiegend kulturellen Nutzung aufrechterhalten. Und das umso mehr, weil es sich nicht um einen Beschluss handelt, der im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen einfach umgesetzt werden kann.

Aber bei grundsätzlichem politischen Willen ist die Umsetzung auch nicht unmöglich oder auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Bei der anstehenden Neufassung des Hauptstadtkulturvertrages werden wir uns die vom Bund geförderten Institutionen in Berlin - von den Festspielen bis zum Hauptstadtkulturfonds - sicher ganz genau ansehen. Es wäre gut, wenn wir bis dahin einen weiteren Erfahrungsbericht vorliegen hätten.

Filmförderung mit großer Mehrheit verabschieden

(Aus der Rede von Bernd Neumann, MdB)

Die Lage des deutschen Films mit einem durchschnittlichen Marktanteil zwischen 10 und 15 Prozent (2002: 11,9 %) in den Kinos ist nach wie vor unbefriedigend. Darüber können auch die beiden großartigen Einzelerfolge der letzten Zeit – "Oscar" für den deutschen Film "Nirgendwo in Afrika" und über 6 Millionen Zuschauer für "Good bye, Lenin!" - nicht hinweg täuschen. Nun soll mit der Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) - so die Beauftragte für Kultur und Medien - ein neuer Schub für den deutschen Film erfolgen.

Vorweg muss man erst einmal feststellen, dass die Hauptprobleme des deutschen Films weniger in der Filmförderung liegen, sondern vielmehr in den darüber hinausgehenden Rahmenbedingungen für Filmproduzenten, die in Deutschland deutlich schlechter sind als in vielen anderen Ländern. Stichworte wie Behinderung internationaler Koproduktionen durch Medienerschluss, unzureichende Finanzierung deutscher Produktionen aus Medienfonds, Vernachlässigung von Interessen der Filmwirtschaft beim Urheberrecht und fehlende steuerliche Anreize für Produzenten rufen in Erinnerung, dass die von der Bundesregierung hierzu seit langem zugesagten Verbesserungen bisher nicht stattfanden, obwohl diese für die internationale Wettbe-

werbsfähigkeit des deutschen Films weitaus bedeutender sind als veränderte Paragraphen im Filmförderungsgesetz (FFG). Diese Rahmenbedingungen hat die CDU/CSU-Fraktion in den Mittelpunkt einer GroßenAnfrage gestellt, deren Beantwortung durch die Bundesregierung seit einigen Tagen vorliegt. Obwohl die Debatte darüber erst im November stattfindet, möchte ich bereits jetzt feststellen, dass die Antwort der Bundesregierung völlig unbefriedigend ist, d.h., die versprochene Lösung der für die Filmwirtschaft entscheidender Probleme bleibt weiterhin offen.

Lassen Sie mich zur Filmförderung eine grundsätzliche Bemerkung machen. Ohne Förderung, die zu einem beträchtlichen Teil von der Film- und Fernsehwirtschaft selbst und der größte Anteil von den Bundesländern geleistet wird, gäbe es den deutschen Kinofilm praktisch nicht. Das bedeutet nicht, dass wir zu mehr Wirtschaftlichkeit kommen müssen.

Da es sich beim Kinofilm um ein wichtiges öffentliches Kulturgut handelt, ist öffentliche Förderung wie bei anderen Kulturgütern voll berechtigt. Vergleichen wir die jährliche Zahl der Kinobesucher deutscher Filme mit denen der Theaterbesucher in Deutschland, so ist sie mit ca. 20 Mio. in etwa gleich. Vergleichen wir allerdings die öffentliche Subventionssumme, so ist diese für die Theater mit ca. 2 Mrd. Euro gegenüber den knapp 150 Mio. Euro für den deutschen Film um ein Vielfaches höher. Im Übrigen ist die

Förderung einheimischer Filme in vergleichbaren anderen Ländern auch durch steuerliche Präferenzen z.T. deutlich besser als in Deutschland.

Der nun vorgelegte Gesetzentwurf zur Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) enthält Licht und Schatten, und deshalb muss man feststellen, der "große Wurf" ist es nicht, aber kann es in Anbetracht objektiver Tatbestände wohl auch gar nicht sein.

Positiv zu erwähnen ist u.a., dass mit dem neuen Gesetz die Kapitalkraft von Produzenten eine Stärkung erfährt. So soll die Filmförderungsanstalt (FFA) z.B. auf Antrag genehmigen können, dass bis zu 75 Prozent des Förderbetrages auch zur längerfristigen Kapitalaufstockung im Unternehmen zur Verfügung steht. Bei der Referenz- und der Projektfilmförderung kann die Filmförderungsanstalt (FFA) künftig Zwischenfinanzierungsgarantien gewähren. Die Reduzierung des Rechterückfalls im Verhältnis von Fernsehen und Produzent von sieben auf fünf Jahre ist ebenfalls zu begrüßen, denn diese stärkt die Produzenten.

Anlässlich der Verabschiedung der Filmförderungsgesetz-Novelle (FFG) im Bundeskabinett stellte Staatsministerin Weiss als besonderen Erfolg heraus, dass das Fördervolumen der Filmförderungsanstalt (FFA) voraussichtlich um über 40 % von 46,2 Mio. Euro auf rund 64,7 Mio. Euro steigen würde. Nun, unabhängig davon, ob die-

se Erhöhung am Ende tatsächlich erreicht wird - ich bezweifle das sehr - , muss ganz sachlich festgestellt werden, dass dies keine besondere Leistung der Bundesregierung darstellt, sondern die Film- und Fernsehwirtschaft per Gesetz bzw. Vereinbarung angehalten wird, ihre Abgaben zu erhöhen.

Im Gegensatz zum Fernsehen, das seinen Beitrag zur Filmförderung im Rahmen einer "freiwilligen" Vereinbarung erbringt, müssen Kino- und Videowirtschaft eine gesetzlich festgelegte Abgabe leisten. Es ist nachvollziehbar, dass diese Ungleichbehandlung zugunsten des Fernsehens von der Filmwirtschaft beklagt wird; in einem jüngsten Gutachten des Hauptverbandes Deutscher Filmtheater (HDF) wird dieses sogar als verfassungswidrig festgestellt. Umso wichtiger ist es deshalb, dass dann der sogenannte freiwillige Beitrag der Fernsehanstalten in einem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Zwangsabgabe für die Kino- und Videowirtschaft steht. Nach dem durch Staatsministerin Weiss veröffentlichten Verhandlungsstand sieht es so aus, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen jährlichen Beitrag von z.Zt. 5,5 Mio. Euro ab 2005 verdoppeln will. Es ist einerseits erfreulich, dass das öffentlich-rechtliche Fernsehen überhaupt zur Erhöhung seines Beitrags veranlasst werden konnte. Andererseits ist die Summe von 11 Mio. Euro - selbst, wenn man die deutlich höheren Leistungen des Fernsehens bei den Filmförderungen der Länder einbezieht - im Hinblick auf die

jährliche Gebühreneinnahme von 6,5 Mrd. Euro verschwindend gering, wenn man bedenkt, in welchem hohem Maße das Fernsehen von deutschen Kinofilmen profitiert. Deshalb habe ich volles Verständnis, wenn Kino- und Videowirtschaft den Beitrag des Fernsehens für nicht ausreichend halten. Auf keinen Fall kann die Wiedereinführung der Fernsehbindung der Abgabesumme von ARD und ZDF akzeptiert werden.

Das Verhandlungsergebnis mit den privaten Fernsehanstalten ist dagegen völlig vage. Normalerweise müssten diese ihren Beitrag von jetzt 5,5 Mio. Euro ebenfalls verdoppeln; dies wird aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage nicht möglich sein, deshalb soll ihr Beitrag durch Sachleistungen, d.h. Werbung für Kinofilme, ausgeglichen werden. Aber hier ist die Konkretisierung bisher nicht erfolgt.

Wenn man bedenkt, dass der Vorgänger von Frau Weiss, Staatsminister Nida-Rümelin, noch in seinem Zwischenbericht des letzten Jahres davon ausging, dass das Fernsehen ca. 40 Mio. Euro zusätzlich erbringen sollte, relativiert sich das jetzige Verhandlungsergebnis sehr.

Die Erfüllung der Forderung aller Filmschaffenden, die vertragliche Einigung mit den Fernsehsendern müsse vor der Verabschiedung des neuen FFG zustande kommen, um sicherzustellen, dass die angekündigten Beitragserhöhungen tatsächlich eingehalten werden, ist unverzichtbar.

Im neuen Filmförderungsgesetz (FFG) ist eine Erhöhung der Kino- und Videoabgaben festgelegt - z.T. bis zu 33 %. Dieses macht wohl insbesondere den vielen kleinen und mittelständischen Kinobetreibern sehr zu schaffen, die sich aufgrund der derzeitigen konjunkturellen Entwicklung ohnehin in Existenzkrisen befinden. Selbst ein großer Kino-Betreiber wie Kieft & Kieft gerät in Bedrängnis. Es kann nicht der Sinn sein, durch die Erhöhung der Abgabe zum Kinosterben gerade in den kleinen und mittleren Städten beizutragen. Wir werden darauf achten, dass hier nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird.

In einer Entschließung des Deutschen Bundestages vor Verabschiedung des bisherigen Filmförderungsgesetzes (FFG) 1998 wurde verlangt, die an der Filmförderung beteiligten Gremien zu verschlanken, ihre Mitgliederzahl zu reduzieren. Das ist bei der Novellierung 1998 eingeschränkt gelungen. In der nun von der Bundesregierung vorgelegten neuen Novelle passiert genau das Gegenteil: Erhöhung der Zahl der Gremien und ihrer Mitglieder - das ist der falsche Weg!

§ 2a der Novelle sieht die Neubildung eines Deutschen Filmrates vor. Mit dem bereits bestehenden Verwaltungsrat der Filmförderungsanstalt (FFA) steht ein ausgezeichnetes fachliches Gremium für alle Fragen des Films zur Verfügung, das sich bestens bewährt hat und absolut ausreichend ist. Die Schaffung eines weiteren Gremiums im Film-

bereich ist überflüssig, würde die Filmförderungsanstalt (FFA) unnötig Geld kosten und ist deshalb abzulehnen. Bereits jetzt gibt es in Deutschland eine Vielzahl von Gremien auf allen Ebenen, die sich mit Fragen des Films und seiner Förderung befassen. Meist sitzen dort - in unterschiedlichen Konfigurationen - auch immer die gleichen Personen. Sollte es von Fall zu Fall Bedarf für eine übergreifende Besprechungsrunde geben, so steht es der Beauftragten für Kultur und Medien (BKM) wie bisher immer frei, ad hoc eine solche Runde einzuberufen, ohne dass es hierfür einer Institutionalisierung bedürfte, die mit einem unnötigen Verwaltungsaufwand einher geht.

Unbeschadet der generellen Ablehnung des Deutschen Filmrates weise ich darauf hin, dass die angedachte Zusammensetzung des Gremiums nicht sachgemäß und unausgewogen ist. Hier soll wohl eher ein politisches Gremium installiert werden, dessen Mitglieder z.T. allein von der Bundesregierung bestimmt und dessen Kosten der Filmförderungsanstalt (FFA) und damit der die Filmförderungsanstalt finanzierenden Filmwirtschaft aufgebürdet werden.

Im neuen Gesetz ist eine Vergrößerung der Vergabekommission von derzeit 9 auf 18 Mitglieder vorgesehen. Diese enorme Aufblähung halten wir für falsch, weil die Handlungs- und Beschlussfähigkeit des Gremiums mit zunehmender Größe abnimmt und zu unnötigem Verwaltungsaufwand führt. Im üb-

rigen erscheint die vorgeschlagene Neuregelung zur Bestellung der Mitglieder der Vergabekommission kompliziert und nicht sachgerecht. Insbesondere ist es ein absurder Vorschlag, einen Teil eines Fach- und Entscheidungsgremiums durch Losbestimmen zu wollen. Auch die von der Bundesregierung vorgeschlagene Amtszeit von lediglich einem Jahr für einen Teil der Kommissionsmitglieder erscheint wenig sinnvoll, da eine ernsthafte Arbeit in einem Fachgremium kaum möglich ist, wenn jährlich die Entscheidungsträger permanent wechseln.

Die vorgesehene Veränderung bei der Referenzfilmförderung ist prinzipiell zu begrüßen; dazu gehörten die den Zuschauererfolg ergänzenden Kriterien wie Festivalerfolge. Die Einbeziehung der Prädikate der Filmbewertungsstelle (FBM), die den kulturellen Aspekt der Filmförderung besonders garantiert, sollte allerdings beibehalten und nicht wie vorgesehen abgeschafft werden. So wichtig bei der Referenzförderung die Einbeziehung kultureller Kriterien ist, muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass der Grundansatz der Referenzförderung primär wirtschaftliche Filmförderung ist, bei der Zuschauererfolg honoriert werden soll mit dem Ziel einen neuen Film zu produzieren. Für die primär kulturelle Filmförderung und auch gerade die Nachwuchsförderung gibt es in erheblicher Höhe Projektförderungsmittel des Bundes und der Länder. So sehr aus dieser Sicht die vorgesehene Anhebung der für

eine Förderung notwendigen Referenzpunkte auf 150.000 Zuschauer einen Sinn ergibt, müssen die Sorgen insbesondere vieler unabhängiger Produzenten und kreativer Filmschaffender ernst genommen werden, die ihre Arbeit und deren Finanzierung durch eine höhere Schwelle bedroht sehen.

Es sind also noch eine Reihe von Einzelfragen vor Verabschiedung des Filmförderungsgesetzes (FFG) zu klären; deshalb hat das Hearing des Kulturausschusses am 15.10.2003 eine wichtige Funktion. Ziel sollte es sein - nach Klärung der Einzelfragen ausschließlich unter Sachgesichtspunkten - das neue Filmförderungsgesetz (FFG) - wie auch das letzte 1998 - mit großer Mehrheit zu beschließen. Ein von breiter politischer Mehrheit getragenes Fundament für die Filmförderung der nächsten 5 Jahre wäre der beste Dienst, den wir dem deutschen Film erweisen können. Wir sind dazu bereit. (s. auch S. 35)

Aus den Ländern

Berlin

Die CDU-Landtagsfraktion hat den Senat davor gewarnt, dass Brandenburger Tor zu einem Schleuderpreis an private Sponsoren zu vermieten. Hintergrund: Der schwedische Energieversorger Vattenfall soll ohne Ausschreibung einen Zehnjahresvertrag erhalten, in dem das Unternehmen das Brandenburger Tor für nur 200.000 Euro im Jahr exklusiv vermarkten darf. Die CDU-Fraktion befürchtet, dass das Areal am Brandenburger Tor damit unter Wert vermarktet wird und der Senat fahrlässig mit dem nationalen Symbol aller Deutschen umgeht.

Information: Prof. Monika Grütters, MdB, kulturpolitische Sprecherin im Abgeordnetenhaus Berlin, Tel. (030) 22 63-30 30; s. weiter S. 44f.

Mecklenburg-Vorpommern

Für Investitionsprogramme

Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich dem gemeinsamen Protest der ostdeutschen Länder gegen die Streichung der Kulturförderung in den neuen Ländern anzuschließen. Angesichts der dramatischen Finanzlage von Land und Kommunen, so die kulturpolitische Sprecherin Kerstin Fiedler, könne ein Wegfall der Bundesmittel nicht kompensiert werden. Eine Streichung der bei-

den Investitionsprogramme würde daher der ohnehin notleidenden Bauwirtschaft in den neuen Ländern einen weiteren Schlag versetzen. Gelder aus dem Programm zur "Sicherung und Erhaltung von Kulturdenkmälern" seien alle in den Erhalt von Kirchen geflossen. Aus dem Programm "Kultur in den neuen Ländern" könnten Investitionen zur Sanierung von Theatern und Museen ermöglicht werden. Dadurch sei der Standort Ostdeutschland deutlich verbessert worden, Kultur sei ein wichtiger Standortfaktor.

Information: Kerstin Fiedler, MdB, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, e-mail: fiedler@landtag-mv.de

Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der CDU

Leben mit Musik – Musikerziehung von Anfang an: Eckpunkte für die Förderung des musikalischen Nachwuchses in Nordrhein - Westfalen

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung verstärkt die Förderung des musikalischen Nachwuchses in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen ein inhaltliches Konzept, das über rein ordnungspolitische Vorgaben in der Form von Standortentscheidungen hinausgeht:

Dabei orientiert sich die Landesregierung an folgenden Eckpunkten:

1. Landesregierung und Musikhochschulen entscheiden gemeinsam über die zukünftige Gestalt der Musikhochschullandschaft

a. Zielsetzung

Die Ausbildung von Studierenden an Musikhochschulen hat eine künstlerische Qualifikation auf höchstem Niveau zum Ziel. Gleichzeitig muss diese Qualifikation so angelegt sein, dass sie den Absolventen optimale Ausgangsbedingungen für ein breites Spektrum beruflicher Perspektiven bietet.

Wir brauchen junge Künstler, die sowohl solistisch als auch im Ensemble oder Orchester musizieren, die über den Solistenberuf hinaus zukünftig auch in der Vermittlung tätig sein können und für den Unterricht geeignet sind. Ein solcher Ansatz muß sowohl höchstes künstlerisches Niveau für Oper, Theater, Orchester, Musical, Tanz usw. als auch eine Ausrichtung auf Tätigkeiten im pädagogischen Bereich miteinander verbinden.

b. Der runde Tisch – Klarheit und Transparenz für Planungs- sicherheit

Die Musikkommission hat als ideales Mittel zur Entwicklung der zukünftigen Studienstruktur in Nordrhein-Westfalen den runden Tisch vorgeschlagen. Die Landesregierung greift diesen Vorschlag unverzüglich auf.

Eine enge Abstimmung zwischen Musikhochschulen und Landesregierung wird durch Zielvereinbarungen erreicht, die am runden Tisch erarbeitet werden. Die Landesregierung schafft keine Tatsachen und respektiert die Autonomie der Hochschulen.

Ebenso verpflichtet sich das Ministerium zu mehr Hochschulfreundlichkeit. Es ändert nicht ständig seine Zusagen. Es behandelt die Hochschulen als gleichwertige Gesprächspartner. Damit erhalten die Hochschulen mehr Planungssicherheit.

Angesichts der finanziellen Situation des Landes NRW geht es zunächst darum, die Strukturen in der Musikhochschullandschaft mit den vorhandenen personellen und finanziellen Mitteln zu gestalten.

Um die Finanzierung der Musikhochschulen zu verbessern und ihre zukünftige Entwicklung abzusichern, werden nachgelagerte Gebühren für die Studierenden erhoben. Mittelfristig ist es den Hochschulen damit auch möglich, eigenes Vermögen zu bilden.

Die Empfehlungen der Musikkommission sehen an vielen Stellen erhebliche Mittelserhöhungen vor. Hier wird nur eine langfristige Planung unter Beteiligung aller Aktionspartner zu einer Verwirklichung der begrüßenswerten Ziele führen.

c. Standorte

Entscheidungen müssen sich an Sachargumenten orientieren, nicht an rein ordnungspolitischen Vorstellungen.

Die vier Hauptstandorte Detmold, Düsseldorf, Essen und Köln werden gestärkt. Die Abteilungsstandorte bieten spezielle Schwerpunkte an und können auf Grund der jeweiligen lokalen Konstellationen auch eigene Profile entwickeln. Die Abteilung einer Musikhochschule allein kann allerdings eine breit angelegte Ausbildung nicht bieten; das wäre auch bei einer musikpädagogischen Ausrichtung erforderlich. Zum Teil wird daher eine Integration in Hauptstandorte sinnvoll sein, anderenorts bieten sich andere Lösungen an.

Der Standort Dortmund sollte Essen zugehören. Die Gründung eines Orchester-Instituts stellt in der vorgeschlagenen Form keine sinnvolle Alternative dar; für die angezielte Exzellenz wären erhebliche zusätzliche Mittel erforderlich, um z.B. herausragende Dirigenten und Orchestermusiker als Lehrende zu verpflichten. Die Musikstudenten müssen die Möglichkeit haben, während ihres Studiums z.B. im Rahmen eines Praxissemesters in renommierten Orchestern Erfahrungen sammeln zu können. Bei dem vom Ministerium vorgeschlagenen Modell steht zu befürchten, dass sich am Orchester-Institut nur Studierende bewerben, die in anderen Orchestern keinen Platz bekommen haben.

Die Empfehlungen der Musikkommission können insbesondere hinsichtlich des erforderlichen Ausbaus der Standorte Düsseldorf und Detmold nur mit zusätzlichen Ressourcen umgesetzt werden.

Eine bloße Verschiebung von Abteilungen wie Wuppertal von

Köln nach Düsseldorf bringt für niemanden einen Vorteil und zerstört ein wichtiges Profilelement der Musikhochschule Köln. Der Standort Aachen hat eine besondere Eigenheit u.a. durch seine Zusammenarbeit mit dem städtischen Theater, mit der Hochschule für katholische Kirchenmusik und durch die Ausweitung der Kooperation im Euregio-Raum.

2. Ziele und Strukturen der Ausbildung an den Musikhochschulen werden weiterentwickelt

Die Musikhochschulen in Nordrhein-Westfalen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Erfolg dem nationalen und internationalen Wettbewerb gestellt. Sie genießen einen hervorragenden Ruf weit über die Grenzen NRWs und Deutschlands hinaus.

Ihr Erfolg beruht auf einer Ausbildung, die sich sehr eng an der Szene orientiert. Er ist immer wieder Ansporn zu Höchstleistungen und für das Beschreiten neuer Wege gewesen. Dieses gelingt durch sorgfältige Auswahl der Lehrenden und Studierenden und wird durch die beruflichen Erfolge der Absolventen bestätigt.

a. Konsekutive Studiengänge

Die Studiengänge sollen so aufgebaut sein, dass sie sich an die persönliche Biographie und Begabung der einzelnen Studierenden anpassen lassen. Dazu eignen sich konsekutive und modu-

lar aufgebaute Studiengänge besonders gut.

Die Hochschulen halten stärker musikpädagogisch orientierte Angebote für Studierende vor, die ein hohes Maß an Qualifikation mitbringen, das aber nicht auf eine solistische Karriere orientiert ist. Auf diese Weise erhalten z.B. Schulen qualifizierte Fachkräfte.

Ebenso gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Studiengänge mit mehr musikpädagogischem Schwerpunkt durch zusätzliche Aufbaustudiengänge in die künstlerische Richtung zu lenken.

Außerdem werden verstärkt Studiengänge zum Erwerb einer Fakultas Musik für Quereinsteiger angeboten.

b. Ausbildung von Schulmusikern und Diplom-Musikpädagogen

In Bezug auf die Schulmusik ist eine Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Hochschulen sinnvoll, an denen es Lehrerausbildung gibt. Die Musikhochschule Detmold sollte dabei weiterhin mit Paderborn und Bielefeld zusammenarbeiten, die Folkwang Hochschule Essen mit den Universitäten Bochum und Essen. Düsseldorf müsste das eigene Angebot verstärken, da es an der Universität Düsseldorf keine Lehrerausbildung mehr gibt. Eine Kooperation zwischen dem Standort Wuppertal und der Universität Wuppertal bei der Lehrerausbildung eröffnet hier neue Möglichkeiten. In Köln bietet sich die Zusammenarbeit mit der Universität an.

Im Zusammenhang mit Studiengängen für Diplom-Musikpädagogen sind folgende weitere Maßnahmen sinnvoll:

- Eine ständig tagende Arbeitsgemeinschaft von Vertretern der Musikschulen, der Hochschulen und Universitäten verständigt sich über Standards der Ausbildung und vermeidet damit sowohl Praxisferne als auch zu große Ausbildungsunterschiede.

- Der wissenschaftliche Hintergrund musikpädagogischer Innovationen muss gesichert werden, die Forschungstätigkeit in diesem Bereich verstärkt werden.

- Ein obligatorisches Berufspraktikum an Musikschulen wird eingeführt.

Allerdings darf eine pädagogische Schwerpunktsetzung nicht dazu führen, dass die jeweilige Hochschule Abstriche am künstlerischen Niveau macht. Gerade das künstlerische Profil ist das Charakteristikum der Musikhochschulen. Eine Nivellierung wäre schädlich. Die Schulmusik braucht die Nachbarschaft des Künstlerischen.

c. Kirchenmusik

(1) Die Kirchenmusik-Ausbildung ist darauf angelegt, Musiker mit einer sehr breit angelegten Ausbildung zu erhalten. Auf Kirchenmusiker wartet eine Fülle von Aufgaben, auf die die Musikhochschulen in hervorragender Weise vorbereiten: Chorleitung (verschiedene Altersstu-

fen), Orgelspiel (Literatur, Improvisation, Liturgisches Orgelspiel), Komposition, Gesang, Ausbildung und Unterricht, usw.

(2) Die Festlegung von Kapazitäten erfolgt in enger Absprache mit den Kirchen, die über den Bedarf am besten informiert sind und wieder einen steigenden Bedarf nach qualifizierten Kirchenmusikern anmelden.

(3) Die Standortentscheidungen des Ministeriums entsprechen wiederum rein ordnungspolitischen Vorgaben, ohne die tatsächliche Situation vor Ort zur Kenntnis zu nehmen.

Essen verfügt über bauliche Voraussetzungen, um die Erteilung des Fachs aufrechtzuerhalten. Außerdem benötigt das Ruhrgebiet aufgrund seiner hohen Bevölkerungsdichte und einer hohen Dichte von Pfarrgemeinden ein entsprechendes Angebot.

Düsseldorf bedarf ohne Zweifel eines Ausbaus der personellen und vor allem räumlichen Voraussetzungen.

(4) Die Ausbildung muss wie bisher an allen Standorten auf gleichem Niveau erfolgen und den künstlerischen Ansprüchen genügen. Eine Schwerpunktbildung, wie sie u.a. auch die Musikkommission vorgeschlagen hat, darf nicht zu einer Reduzierung des künstlerischen Niveaus führen.

(5) Ferner sind Modelle für Studiengänge, die eine Kombination von Kirchen- und Schulmusik sowie Pädagogik vorsehen, verstärkt zu verfolgen: Das hat

u.a. den Vorteil, dass an den (Grund-)Schulen Musikunterricht nicht mehr in dem hohen Maße wie bisher fachfremd erteilt sowie Unterrichtsausfall reduziert wird. Die Kirchen sind in entsprechende Überlegungen rechtzeitig einzubeziehen.

d. Kompetenzzentren

werden von den Hochschulen in Eigenregie gegründet – ohne Vorgaben durch das Ministerium. Dabei handelt es sich um künstlerisch-wissenschaftliche Einrichtungen der jeweiligen Musikhochschule, die für eine begrenzte Zeit eingerichtet werden und fachübergreifende Themen behandeln. Sie tragen der Tatsache Rechnung, dass bestimmte künstlerisch-wissenschaftliche Projekte nur durch kontinuierliche Zusammenarbeit der einzelnen Fachbereiche möglich sind.

e. Der Bericht der Musikkommission

vom Juli 2002 enthält zahlreiche begrüßenswerte Überlegungen und gute Ideen über Zielsetzung und Gestaltung des künstlerisch angelegten Musikstudiums. Was die Beschreibung der einzelnen Standorte anbetrifft, wird er der jeweiligen Situation nicht immer gerecht.

Außerdem werden sinnvolle Ausbauprojekte vorgeschlagen, die einen erheblichen Mehraufwand an Ressourcen erfordern.

Hier besteht Gesprächsbedarf hinsichtlich der Realisierung. Da diese Projekte zum Teil mit anderen Empfehlungen der Kom-

mission eng verbunden sind, müssen strukturelle Entscheidungen überdacht werden, bevor Tatsachen geschaffen werden, die den Empfehlungen der Kommission widersprechen.

3. Musikerziehung für Kinder und Jugendliche muss neu gestaltet und massiv gefördert werden

Ohne musische/musikalische Bildung verlieren wir unseren traditionellen Kulturbezug. Gerade die Jugend muss einen stärkeren Bezug zur Musik bekommen.

a. Musikalische Erziehung beginnt in der frühesten Kindheit. Das Gefühl für Melodie und Rhythmik entwickeln Kinder bereits sehr früh. Hier kommt den Eltern eine herausragende Bedeutung zu. Melodik und Rhythmik sind auch die Voraussetzung für den Erwerb der Lese- und Sprechfähigkeit. Bei der Therapie von LRS gibt es mit der musikalisch/rhythmischen Therapie sehr gute Heilungserfolge.

b. Der Kindergarten soll ein Ort einer ersten vertiefenden Begegnung der Kinder mit Musik sein. Im Kindergarten greift musikalische Früherziehung im engeren Sinne. Es kommt nicht auf Verwahrung der Kinder an, sondern auf altersgemäßes Heranführen an Singen und Musizieren. Dazu sind pädagogisch und fachlich geschulte Kräfte erforderlich. Daher muss die Musikpädagogik in der Aus- und Fortbildung der Erzieher(innen) erheblich

verbessert und intensiviert werden.

Die Kinder sollen auch zukünftig Freude an Musik und Musizieren haben. Von diesem Alter an können bei Interesse Instrumente erlernt werden. Falsche Anleitung dagegen führt eher von der Musik weg.

c. Musikschulen haben die einmalige Möglichkeit, Kinder und Jugendliche entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen zu unterrichten.

Die Musikschulen erfüllen eine Querschnittsrolle. Sie unterrichten Kinder aller Altersstufen beim Erlernen eines Instruments oder im Gesang. Nicht allein das Alter der jungen Menschen darf den Ausschlag dafür geben, ob musikalische Früherziehung, Gruppen- oder Einzelunterricht erteilt werden. Entscheidend für den Unterricht an einer Musikschule müssen individuelle Neigung und Begabung des Kindes sein.

d. Musikunterricht darf an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen nicht länger zu 80% fachfremd erteilt werden. Kinder, die einen vertieften Zugang zu Musik und Kunst haben, die auch selber musizieren und singen, sind weniger gewaltbereit. In diesem Sinne stellt qualifizierter Musikunterricht in der Grundschule einen Beitrag zur Friedenserziehung dar.

Im Rahmen von Ganztagskonzepten wird die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und kulturellen Einrichtungen vor Ort gestärkt. Dabei wird die Finanzierung durch Umschichtungen im Haushaltsplan des zu-

ständigen Ministeriums erwirtschaftet.

e. Wir brauchen weiterführende Schulen, an denen Musik einen Schwerpunkt bildet. In NRW fehlen – abgesehen von Gymnasien mit entsprechendem Profilklassen wie z.B. in Köln oder Münster – staatliche musische Gymnasien. Solche Einrichtungen sollten in größeren Städten mit Sitz einer Musikhochschule geschaffen werden.

Die Kooperation zwischen Musikhochschulen und weiterführenden Schulen wird unabhängig davon ausgebaut. Dazu gehört auch die Erteilung von Schulunterricht durch Professoren der Musikhochschulen.

Schülerinnen und Schüler im Alter von 11 bis 18 Jahren mit einer Spitzenbegabung erhalten die Möglichkeit, Veranstaltungen an den Musikhochschulen zu belegen. In diesem Zusammenhang gehört die Gründung von Zentren für Hochbegabte an den Hauptstandorten der Musikhochschulen.

Antrag (Entwurf) der Fraktion der CDU (26.06.2003)

Mehr Musiklehrerinnen und Musiklehrer braucht das Land

Der Landtag beschließt:

Um dem chronischen Mangel an Musiklehrern - insbesondere im Primarbereich - und den hohen Ausfällen beim Musikunterricht

gegenzusteuern, ergreift die Landesregierung folgende Sofortmaßnahmen und folgende langfristige Maßnahmen:

1. Sofortmaßnahmen

a) Für fachfremd unterrichtende Lehrerinnen und Lehrer und Quereinsteiger werden eigene Qualifizierungsmaßnahmen eingerichtet. Dabei ist ein Mindestmaß an musikalischen Fähigkeiten und Fertigkeiten vorauszusetzen. Die Maßnahmen werden in Zusammenarbeit von Seminaren und Hochschulen angeboten.

b) Die Schulen kooperieren verstärkt mit den Musikschulen vor Ort. Dabei geht es insbesondere um die Ergänzung des Musikunterrichts der Grundschule um musizierpraktische Angebote. Die Verantwortlichen bemühen sich außerdem um Patenschaften o.ä. (z.B. Sponsoring von Musikinstrumenten), damit Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit erhalten, Musikinstrumente zu erlernen.

2. Mittel- und langfristige Maßnahmen

a) Die Eignungs- und Aufnahmeprüfungen an den Universitäten und Musikhochschulen werden den Erfordernissen des später angestrebten Berufs angepasst.

b) Alle Grundschullehrerinnen und -lehrer erhalten in ihrer Ausbildung einen Basiszugang, der die Dimension des Künstlerischen und Musikalischen im Unterricht erschließt.

c) Die Landesregierung berücksichtigt bei ihrer Einstellungspraxis verstärkt Personen mit einem Abschluss in Musik.

d) Die Stundentafeln (der unterschiedlichen Schulformen und -stufen) werden dahingehend geändert, daß Musikunterricht kontinuierlich zweistündig vorgesehen wird.

e) Sämtliche "Billiglösungen" der Landesregierung, die letztlich eine unzureichende Qualifizierung oder schlechte Arbeitsbedingungen für Lehrende oder im Vorbereitungsdienst stehende Personen betreffen, werden überprüft.

f) Musikalische Ausbildungsgänge werden stärker miteinander verzahnt.

Begründung:

Nach wie vor gibt es einen drastischen Mangel an Musiklehrern, über alle Schulformen verteilt müssen etwa 50 % des Musikunterrichts fachfremd erteilt werden oder fallen aus. Vor allem der Primarbereich ist betroffen, wo 85% des Musikunterrichts fachfremd erteilt werden, wobei noch Unterrichtsausfall in erheblichem Ausmaß hinzukommt. Das ist deswegen gravierend, weil hier Grundlagen geschaffen werden, die später so nicht mehr nachgeholt werden können. Spätestens mit dem Ende der Grundschulzeit sind wichtige Prozesse der musikalischen Sozialisation weitgehend abgeschlossen: Erfahrungen und Prozesse, die bis zu diesem Zeit-

punkt nicht zumindest angelegt sind, lassen sich im späteren Leben kaum noch vermitteln bzw. in Gang setzen. An den Gymnasien ist die Situation besser, wo eine offizielle Deckungsquote von rund 80 Prozent besteht, doch eine durchgängige Erteilung von Musikunterricht für alle Jahrgangsstufen ist längst noch nicht möglich. An den Hauptschulen werden etwa 30 Prozent fachfremd erteilt. Der Mangel an Musiklehrern begrenzt die Umsetzungsmöglichkeiten für den Lehrplan Musik. Dabei sind insbesondere folgende Schwierigkeiten zu nennen:

- mangelnde fachliche Ausbildung der Lehrkräfte
- mangelndes Problembewusstsein mancher Schulleitungen oder Kollegien in Bezug auf die Erfordernisse und Notwendigkeit des Musikunterrichts
- fehlende Ausstattung mit den notwendigen Instrumenten und Medien
- fehlender Fachraum
- geringe Wertschätzung des Fachs Musik anderen Fächern gegenüber
- häufige zusätzliche Belastungen der Musik erteilenden Lehrkräfte bei Aufführungen während des Schuljahres

Zu 1.: a) Die Liste der Sofortmaßnahmen ist nicht abgeschlossen und muss auch den

örtlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die besonderen Qualifizierungsmaßnahmen sind für jene Lehrpersonen gedacht, die mit einem soliden musikalischen "Vorverständnis" im Sinne einer gewissen Musikpraxis und entsprechenden theoretischen Fähigkeiten ausgestattet sind (Instrumentalspiel, Gesang, o.ä.).

Die Finanzierung erfolgt über Titelgruppe 90 im Einzelplan 05 Kapitel 020 "Aus- (und Fort) bildung der Bediensteten". Hier werden in den Bereichen "Qualifikationserweiterung in Mängelfächern" sowie "Schul- und seminarinterne Fortbildung" von den veranschlagten Mitteln eigene Beträge für diese Maßnahmen ausgewiesen.

b) Hier soll es sich nur um ein zusätzliches, ergänzendes (kurzfristiges) Angebot zur Überbrückung handeln. Musikunterricht kann nicht durch Instrumentalunterricht ersetzt werden.

Kooperationen der (Grund-) Schulen mit den Musikschulen und anderen kulturellen Einrichtungen im musischen Bereich sind auch über ein kurzfristiges Aushelfen hinaus von erheblicher Bedeutung.

Zu 2.: a) Eignungs- und Aufnahmeprüfungen zielen häufig zu sehr auf Fähigkeiten, die im künstlerisch-reproduzierenden Bereich angesiedelt sind. Das wirkt abschreckend und hält geeignete Persönlichkeiten von der Aufnahme eines Lehramtsstudiums für Musik ab. Als wenig motivierend erweist sich daher auch eine Auswahl der Studie-

renden, die aufgrund mangelnder Eignung für eine solistische Karriere oder für eine andere künstlerische Laufbahn "nur" noch für den Lehrerberuf in Frage kommen sollen.

Schulrelevante Instrumentalpraxis umfasst vor allem auch die Fähigkeit, in souveräner Beherrschung des eigenen Instrumentes Musik improvisierend produktiv zu gestalten. Dadurch werden Schülerinnen und Schülern musikalische Erfahrungen vermittelt, der Erwerb von Kenntnissen über Musik ermöglicht und gemeinsames Musizieren initiiert. Daher müssen diesbezügliche Fähigkeiten im Fokus von Eignungs- und Aufnahmeprüfungen stehen. Eine darauf basierende Unterrichtspraxis wird überdies auch die emotionale Seite der Kinder ansprechen.

Letztlich sollte nicht Virtuosität, sondern Musikalität ausschlaggebend sein.

Das gilt auch für den Nachweis einer bildungsfähigen Stimme durch den Vortrag eines Liedes und eines Textes. Die Überprüfung in den Disziplinen Musiktheorie und Hörfähigkeit sollte sich auf Grundkenntnisse beschränken. Die Kriterien müssen im einzelnen auf die jeweilige Schulform hin entwickelt werden.

b) Wegen des Klassenlehrerprinzips ist es in der Grundschule wichtig, dass jeder Lehrer, jede Lehrerin eine bestimmte Grundausbildung in Musik absolviert. In einer solchen Grundausbildung werden einfache Fähigkeiten vermittelt und Anregungen gegeben, wie der Unterricht im

fächerverbindenden Sinn mit musikalischen Elementen angereichert werden kann. Das ersetzt nicht ein grundständiges Studium und meint nicht instrumentalen Einzelunterricht, sondern eine Grundmusikalisierung sowie den Erwerb von Kenntnissen, z.B. hinsichtlich der Kinderstimme, und Fähigkeiten des Umgangs mit elementaren Formen des Musizierens und Singens. Wenn sämtliche Lehrerinnen und Lehrer im Primarbereich über eine solche Grundlage verfügen, können im Sinne fächerübergreifenden Arbeitens musikalische Elemente in den Unterricht eingefügt werden, der dann von den Schülerinnen und Schülern als interessanter und positiver erlebt wird.

c) Wenn die Gesamtnote der derzeitigen Absolventen im Zweiten Staatsexamen schlechter als 1,3 ist, werden sie in NRW nicht sofort in den Schuldienst eingestellt. Damit geht auch Potential verloren, da viele der jungen Lehrkräfte in benachbarte Bundesländer abwandern.

d) Dazu gehört auch ein Abrücken vom Epochenunterricht. Der Wechsel von Kunst- und Musikunterricht in der Sekundarstufe I führt dazu, dass Musik immer weniger in der Oberstufe gewählt wird. Wo der kontinuierliche Unterricht fehlt, kann auch nichts wachsen. Das führt in der Konsequenz wiederum zu erheblichen Defiziten bei den Bewerberinnen und Bewerbern für ein Musikstudium.

e) Zu den Lösungen mit unzureichender Qualifizierung gehören

- die Planungen für eine OVP B (Ordnung für den Vorbereitungsdienst der Primarstufe, Seiteneinsteiger), die eine der Schulform entsprechende Unterrichtsverpflichtung vorsieht, allerdings mit sieben Stunden für das Seminar freistellt und nach BAT III bezahlt. Diese Lösung hat zwar den Vorteil, dass sie besser bezahlt, als das mit den gewöhnlichen Bewerberbezügen der Fall wäre. Auf der anderen Seite sehen die Konzepte keine ausreichende unterrichtspraktische Begleitung der Kandidaten vor.

- die Probezeit von einem Jahr für Seiteneinsteiger, die in einem der Mangelfächer eingesetzt werden sollen (sog. "Nichterfüller"). Die Unterrichtsverpflichtung ist schulentsprechend, wobei 5 Stunden für das Seminar freigestellt sind. Vergütung erfolgt nach BAT IVa/b. Auch hier steht zu befürchten, dass die unterrichtspraktische Begleitung auf ein Minimum reduziert ist.

- Sogenannte Zertifikatsmodelle ohne Beteiligung der Seminare. Dabei erklärt der Kandidat die Bereitschaft, in einem Mangelfach zu unterrichten, obgleich ihm dafür jegliche Qualifikation fehlt. In dem nicht gelernten Fach erteilt er von Beginn an die volle Stundenzahl. Das ganze geschieht zwar mit Begleitung, allerdings werden keine einzuhaltenden Minimalstandards vorgegeben.

f) Zu denken wäre z.B. an Verbindungen von Schul- und Kirchenmusik oder Allgemeiner Musikerziehung und Schulmusik.

*Außerdem liegen vor:
Antrag der Fraktion der CDU*

Fusion der beiden nationalen Kulturstiftungen gestalten und deren Aufgaben inhaltlich klar ausrichten
(25.05.2003)

Antrag der Fraktion der CDU:

Notprogramm zur Rettung der kommunalen Theater in Nordrhein-Westfalen
(Drs. 13/3731)

Informationen: Richard Blömer, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion NRW/Dr. Michael Reitemeyer, Tel. (0211) 8 84-21 83

Rheinland-Pfalz

Orchesterfusion gescheitert
Die CDU-Fraktion hat begrüßt, dass der von Kulturminister Zöllner im Juni vorgelegte Plan zur Neustrukturierung der Orchesterlandschaft in Rheinland-Pfalz "glücklicherweise gescheitert" ist. Nach Ansicht des kulturpolitischen Sprechers Lutz Frisch hätten die Nachteile die Vorteile ganz augenfällig überwogen: "Weder wären die gewünschten Einspareffekte erzielt noch dauerhaft ein regional ausgewogenes, qualitativ hochwertiges Angebot gesichert worden. Genau das muss aber das Ziel einer Reform sein."

Weltkulturerbe Mittelrhein
Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung aufgefordert, sich umfassend damit auseinanderzusetzen, dass die Besucherzahl

len am Mittelrhein, ausgerechnet in einer der schönsten Flusslandschaften Europas, im Gegensatz zu den anderen Regionen Rheinland-Pfalz sinken. Es sei überfällig, ein umfassendes Konzept für ein ganzheitliches Mittelrheinmanagement zu entwickeln, das nicht nur Einzelbereiche herausgreife und in das auch die unverzichtbaren privaten Initiativen mit eingebunden werden.

Das Mittelrheintal war durch die UNESCO als Weltkulturerbe anerkannt worden.

Information: Lutz Frisch, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, Tel. (06321) 8 06 70

Sachsen-Anhalt

Gegen Quote

Die CDU-Fraktion hat sich gegen eine gesetzlich vorgeschriebene Quote für deutschsprachige Lieder im Radio ausgesprochen. Hingegen sei der Appell der Ministerpräsidenten der Länder an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, mehr deutschsprachige Musik zu senden, ausdrücklich zu begrüßen: "Eine Quotenregelung halte ich schon deshalb für falsch, weil die Gefahr besteht, dass sich dann auf bestimmten Wellen die Lieder einzelner Künstler schnell wiederholen. Wir wollen keine Reservate für Maffay, Lindenberg und Westernhagen, wichtiger ist es, ein Klima zu schaffen, in dem sich deutsche Interpreten ohne

Vorbehalte mit englischsprachigen Interpreten messen können. Hierzu rege ich Workshops an, um Künstler mit den Instrumenten modernen Marketings vertraut zu machen.

Darüber hinaus muss die junge Szene besser mit Musikhochschulen und der Plattenindustrie vernetzt werden", so der kulturpolitische Sprecher Reiner Schomburg. Als erfreulich wertete Schomburg, dass in dem vergangenen Jahr eine bemerkenswerte Szene im Bereich des deutschen HipHop entstanden ist, die bei den Jugendlichen außerordentlich gut ankomme. Zudem sei es erfreulich, dass aktuell drei der fünf meistverkauften Singles deutsche Titel sind.

Susan Sonntag "Unglückliche Wahl"

Die CDU-Fraktion hat sich gegen die Vergabe des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an die US-amerikanische Schriftstellerin und gegen ihren Vergleich der Bush-Regierung mit einer "Junta" gewandt. Der Vergleich der demokratisch gewählten Rechtsregierung mit einem Militärregime sei "gefährlich und völlig inakzeptabel".

Kultursenat

Die Einrichtung eines Kultursenates in Sachsen-Anhalt ist auf gutem Wege. Die CDU-Fraktion erwartet davon einen "enormen Zugewinn an unabhängigem Rat und Sachverstand". Dabei spielt das sächsische Modell eine zentrale Rolle, dem es zudem gelungen sei, das ehrenamtliche Engagement der Bür-

ger zu steigern. Der Kultursenat soll sich aus hochkarätigen Künstlern und Kulturschaffenden zusammensetzen und die ganze Region ehrenamtlich beraten. Anders als in Sachsen sollen auch Fachkräfte aus anderen Bundesländern für den Kultursenat gewonnen werden.

Landeskulturstiftung

Die CDU-Fraktion hat begrüßt, aus der Stiftung Kulturfond in Berlin auszutreten, um die dort angelegten Mittel künftig für die Landeskulturstiftung zu nutzen. Von einer eigenen Landeskulturstiftung verspricht sich die Fraktion mehr Flexibilität bei der Förderung und eine stärkere Berücksichtigung der wahren Interessen der Künstler. Von künstlerischer Seite wird gefordert, dass die Landeskulturstiftung frühzeitig ihre Förderrichtlinien bekannt geben und transparenter als der Kulturfond arbeiten soll.

Auslauf von Investitionsprogramm "kulturpolitisch unverantwortlich",

so hat die CDU-Fraktion das Auslaufen des Investitionsprogramms des Bundes "Kultur in neuen Ländern" bezeichnet. Zugleich wurde vor einem zunehmenden Kulturzentrismus zugunsten Berlins gewarnt. Es dürfe kein Graben zwischen der Ausstattung mit Kultur in Ost und West entstehen. Reiner Schomburg: "Es macht keinen Sinn, die Existenz von drei Berliner Opernhäusern mit einer zusätzlichen Finanzspritze von

25 Mio. Euro zu sichern, wenn in den Ländern der Rotstift angesetzt wird. Wir wollen in Deutschland keine französischen Verhältnisse, wo in Paris die Hochkultur brilliert, während selbst Großstädte schon als kulturelle Provinz abgetan werden.”

Attraktion Himmelscheibe

Nach Auffassung der CDU-Fraktion kann die Himmelscheibe von Nebra zu einer bedeutenden touristischen Attraktion werden, die es eingebettet in weitere touristische Highlights und doch in einer gewissen Alleinstellung weiter zu entwickeln gelte.

Kein Geld für RAF

Die CDU-Fraktion hat Kulturstatsministerin Christina Weiss aufgefordert, die bereits bewilligten hunderttausend Euro für die geplante RAF Ausstellung aus dem Hauptstadtkulturfond zurückzuführen. Angesichts des Wegfalls wichtiger Förderprogramme für die neuen Länder sei es geradezu absurd, dass für die Präsentation der Geschichte einer Terrororganisation Steuergelder fließen sollen.

Information: Reiner Schomburg, MdL, Kulturpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Sachsen-Anhalt, Tel. (0391) 5 60 21 02, e-mail: Reiner.Schomburg@t-online.de

KULTURPOLITIK IN DER PRESSE

(Berichtszeitraum Juni bis Oktober 2003)

Deutschland Allgemeine Trends

Was ist Kunst, was Kultur?

Es gab vielfältige Diskussionen und Probleme, die uns auch in den vergangenen fünf Monaten an den Kern der Frage nicht weiter heranführen. Ob etwa Hans-Günter Wallraff ein IM gewesen sei oder nicht oder ob Ted Honderichs Traktat “Nach dem Terror” antisemitisch sei, das kein Geringerer als Jürgen Habermans warm empfohlen hatte, bevor Suhrkamp es dann zurückziehen musste (RhM, 14.08.2003), was dem Verlag dann gleich auch noch einmal bei Arno Münsters “Bloch”-Biographie passierte, der in Fahnen schon den Feuilletons zur Verfügung gestellt worden war. In diese Kategorie gehören auch Vorgänge wie verschobene Aufführung des Durchhalte-Dramas “Die Wölfe” des NS-Autors Hans Rebergs durch die Stadt Erlangen (WELT, 09.10.2003) oder die Aufregung um angeblich neue Fragmente des Nibelungenliedes, was der Altgermanist Joachim Heinzle als “faulen Nibelungenzauber” einstufte. Es handele sich dabei vielmehr um Passagen eines französischen Romans. Oder ob Mozart zu den größten “deutschen” Persönlichkeiten gehöre bzw. nur für Österreich reklamiert werden darf.

Auch nach PISA sollte bekannt sein, dass Salzburg damals nicht österreichisch, sondern reichsunmittelbar war. Zu Österreich kam die Stadt erst 1815, eine österreichische Nationalität gibt es erst nach 1808, wenn es sie je gegeben haben sollte.

Interessanter war da schon die Frage, inwieweit Mel Gibsons Jesus-Film “**Passion**” Antisemitismus befördere oder nicht. Wobei der Film hier in Deutschland nur in wenigen Ausschnitten über das Internet bekannt geworden ist, wozu auch die WELT vom 4. September 2003 bemerkt, so gut wie keiner habe ihn bislang gesehen. Aber er beschäftigte noch über Wochen die Feuilletons. Zuletzt die SZ vom 18. August 2003, die darauf hinwies, der Vorwurf, der Film könne Antisemitismus auslösen, sei nicht neu: “Man kennt es von den Gewalt- oder Pornografie-Diskussionen. Es taucht immer dann auf, wenn das Kino sich seiner Ursprünge und Möglichkeiten besinnt, wenn es elementar wird und mit archaischen Emotionen und Verhaltensweisen arbeitet. Im Kino ist diese ‘Passion’ erneut brandgefährlich, ist die reine Subversion.” Dass der Film von Fox nicht ins Kino gebracht wird, führt die WELT darauf zurück, dass ein in lateinisch und aramäisch gedrehter Film in den USA von

vornherein nur minimale Marktchancen besitze.

Brisanter war dann allerdings die Diskussion um die **RAF-Ausstellung**, an der sich die Geister auch politisch wieder einmal schieden. Alle waren sie beteiligt, voran die Feuilletons, dann der Hauptstadtkulturfonds, der sich mit 100.000 Euro beteiligen will, die Bundeszentrale für politische Bildung, der Deutsche Kulturrat, der Berlin Senat und die üblichen Stimmen aus allen politischen Lagern. Für die Ausstellung waren u.a. Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (WELT, 26.07.2003), NRW-Kulturminister Michael Vesper (WELT, 23.08.2003) und der Deutsche Kulturrat.

Hingegen hatte Bundesinnenminister Otto Schily "erhebliche Bedenken angemahnt", Dieter Wiefelspütz (SPD) meldete sich mit dem Satz: "Es gibt nichts, was an der RAF positiv wahr." In den Feuilletons – mit Ausnahme der WamS – schien sich die Auffassung durchzusetzen, dass eine solche Ausstellung notwendig wäre (WamS, 27.07.2003). Die SZ vom 26. Juli 2003: "Das Berliner Ausstellungsprojekt wäre durchaus ein Wagnis, aber auch eine hervorragende Möglichkeit, diesen leeren Raum mit Reflexion zu füllen und die gegensätzlichen Erinnerungshorizonte der zwei Nationen miteinander zu vergleichen."

Die WELT vom 29. Juli 2003: "Die Morde der RAF hatten keine politische Funktion. Sie waren ein Anschlag auf Leben und Freiheit und die deutsche Demo-

kratie... Nach 25 Jahren kann man diese Bilanz ziehen. Die Ausstellung sollte es tun."

Scharfe Kritik hingehen bei Andreas Öhler im Rheinischen Merkur vom 31. Juli. 2003: "Die Verniedlichung des Terrorismus heutiger Zeit ist also viel weniger ein ideologisches Altlastenproblem linker Restbestände, als vielmehr ein Ausdruck der gesichtslosen Pop-Kultur, die blind mit Zeichen operiert, deren politische Brisanz sie niemals erfasst hat. Würde die Ausstellung den Titel tragen 'RAF-Verbrechen und ihre Vermarktung', dann würde sie viel eher etwas beitragen können zu einer wirklichen Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen so kultigen wie fahrlässigen Umgang mit den neuralgischen Punkten unserer Zeitgeschichte. Die Ausstellungsmacher sollten sich ruhig die Zeit nehmen, darüber nachzudenken."

"Die Macht der Sympathisanten" überschreibt hingegen die WELT vom 11. August 2003 einen Artikel von Bettina Röhl gegen die geplante RAF-Ausstellung: "Sieht man genauer hin, haben fast alle Befürworter der Ausstellung, sei es die 'Grüne' Antje Vollmer, die im erweiterten Ausschuss der Ausstellung sitzt, die 'Ex-Grüne' Adrienne Göhler, die als Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds fungiert, der die 100.000 Euro bewilligte, oder der 68er Historiker Wolfgang Kraushaar sowie der Berater Gerd Koehnen einen eindeutigen Bezug zur Sache der RAF. Alle entstammen dem Lager der extremen Linken, waren

selbst entweder in K-Gruppen oder in sogenannten linksextremen Spontigruppen organisiert, warfen Steine auf Gewaltdemonstrationen, kannten Terroristen und waren mit diesen befreundet ... Das gegenseitige Karussell der Vollmers, Göhlers, Kraushaars, Biesenbachs, Woweraits, Fliers und alle in den Medien herbeigeholter sogenannter Medienexperten ist fleißig darin, sich gegenseitig als seriös, wissenschaftlich hochkarätig renommierter, über jeden Zweifel erhaben in der Öffentlichkeit aufzupolieren und sich die Bälle zuzuwerfen ... Im Übrigen ist anzunehmen, dass ein Exposé in der Behörde vorlag, bevor die 100.000 Euro flossen, was aber – so darf man vermuten – zu entlarvend und nicht vorzeigbar ist, dass jetzt behauptet wird, es gäbe gar keins."

Da geht es uns wie bei Mel Gibson: den Streit verursacht hat offenbar ein nach Vermutung der FAZ vom 24. Juli 2003 im Umkreis des Kulturforums NRW entstandenes Papier, das als Ausstellungsprogramm formulierte: "Welche Ideen und Ideale haben ihren Wert durch die Zeit behalten und können nicht als naiv abgetan werden, was haben wir aus der Geschichte über das Verhältnis von Individuum und Staat von Möglichkeiten der Einflussnahme und über Machtstrukturen gelernt?" Dazu die FAZ a.a.O.: "So gefühl- und ahnungslos können nur professionelle Kultur-Animatoure schreiben."

Noch besser aber die FAZ vom 6. August 2003: "Eine ganz andere Frage ist, ob staatliche

Gelder in Projekten stecken sollten, deren Inhaltsangabe auf eine Postkarte passt. Auch hier wäre ein Interesse an Tatsachen transzendentalen Erwägungen vorzuziehen”.

Mittlerweile hat der Berliner Verein “Kunst-Werke” ein neues Konzept formuliert, wonach die “Kunst... im Mittelpunkt stehen muss”, für das NRW-Forum Kultur und Wirtschaft Grund auszusteigen (ursprünglich 60.000 Euro; das werde der zeitgeschichtlichen Dimension und den Auswirkungen des RAF-Terrors nicht gerecht. (WELT/SZ, 11.10.2003); geplant ist jetzt ein eigenes Symposium). Auch die Bundeszentrale will verzichten, hingegen will der Beirat des Hauptstadtkulturfonds an seiner Finanzzusage über 100.000 Euro festhalten.

Bis November soll ein neues Finanzierungskonzept vorliegen (SZ, 17.09.2003).

Im Mittelpunkt der deutschen Kulturdebatte über die Sommerpause 2003 standen jedoch **Dieter Bohlen und Co.**, zu denen sich auch “Superstar” Daniel Küblböck gesellte, der mit 17 seine Memoiren publizierte, der “dreifache Bertelsmann, verwerdet in Wort, Bild und Ton”, so die SZ vom 23. Juli 2003.

Darum ranken sich nicht nur gute Ratschläge wie die 10 Tipps für einen Bestseller der FAS am 12. Oktober 2003 oder zeitgeistkritische Betrachtungen wie die “Durchgeknallten Bücher” von Christian Geyer in der FAZ vom 8. Oktober 2003 oder die von Christoph Stözl in der WELT

vom 6. Oktober 2003:” Wenn man ... erfahren möchte, wie der Zeitgeist in einer lautstärksten Variante bei den deutschen wehte und blies im Jahr 2000, dann findet man hier eine wahre Schatzgrube. Wer es sich so denkt und daherredet auf den Umschlagplätzen der Unterhaltung in Fernsehstudios und Musikkonzernen, das ist hier dokumentiert in einer Fülle, dass es einem schwindelig werden kann.” 98 % der Bundesbürger wollen Dieter Bohlens Buch nicht kaufen, also bleibt immerhin über eine Million, das ist Umsatz!

Darum ranken sich aber auch kulturpolitisch relevante Entwicklungen, die zwar bei Maxim Billers schon gerichtsnorischem “Esra” eingesetzt haben, der ja als Roman “die Lizenz zum Lügen” besitzen soll (anders als die Autobiographie; SZ, 20.08.2003), sich bei Bohlen und Co. potenzieren und immer weitere Kreise ziehen, nämlich mit einstweiligen Verfügungen gegen ein Buch vorzugehen, was auch deswegen immer leichter wird, weil das Münchener Landgericht I, entschieden hat, Autobiographien dürften künftig nicht mehr zur Literatur gezählt werden, sondern seien Sachbücher (und sind damit bei der “VG Wort” Geld wert, WELT, 20.08.2003).

“Sind Sie Germanist, Herr Steiner?”, fragt die WamS vom 19. Oktober 2003 den Vorsitzenden Richter an der 9. Kammer des Münchener Landgerichts anlässlich des erneuten Verbotes von Maxim Billers “Esra”.

Auch “Busen-Tatjana” will jetzt ihr Leben literarisch verarbeiten (Express, 19.10.2003); das gibt wieder kräftig einstweilige Verfügungen.

Jetzt geht es nicht mehr nur gegen Bohlen, Rekordhalter mit zuletzt 18, gegen “Naddel”, gegen Susanne Juhnke, sondern auch gegen Ulrich Hoffmanns “Grönemeyer”, gegen Alban Nikolai Herbsts “Meere”, Fritz Raddatz soll schon im Visier sein. Fehlt nur noch eine gegen Daniel Küblböck. Derartiges gerichtliches Vorgehen auch gegen seriöse Literatur beunruhigt die Feuilletons: FAZ/WELT vom 11. Oktober 2003: “Conciergen der Literatur”/“Die Gerichte werden immer dümmer”; FAZ, 10.10.2003: “Stoppt die Buchstopper”.

Schließen wir dieses Kapitel mit einigen erfreulichen Nachrichten:

- 82 % unserer Bevölkerung finden den Vorschlag nicht gut, Dieter Bohlen das Bundesverdienstkreuz zu verleihen. Selbst unter den Jüngeren sind 74 % dagegen. (WELT, 25.06.2003). Monika Griefahn, kulturpolitische Sprecherin SPD-Bundestagsfraktion, hatte das vorgeschlagen, was der neue Pop-Beauftragte der SPD und vormalige Ministerpräsident Sigmar Gabriel damals verhindert hatte und auch heute nicht für besonders positiv hält (vgl. Glosse: “Noch ist Bohlen nicht verloren” in der SZ vom 20. Juni 2003).

- Die Mehrheit der Deutschen lehnt die Schließung von Kul-

tureinrichtungen ab. Insgesamt 83 % der Befragten sprachen sich bei einer Umfrage im Auftrage der dpa dagegen aus, Theater, Opernhäuser oder Bibliotheken zu schließen. Nur eine Minderheit von 15 % zeigte grundsätzliches Verständnis für solche Maßnahmen, 2 % machten keine Angaben (WELT, 08.09. 2003).

- Schließlich war Bundeskanzler Gerhard Schröder innerhalb einer Woche gleich zweimal in der Oper: Tannhäuser in Oberfranken und Carmen in Verona. Die Frage: "Doch PISA ist nicht nur eine Stadt in Italien. Ist also dieser plötzliche Retro-Ruck zur Königsloge gar der Beginn einer bildungsbürgerlichen Gegenbewegung?" Wollen wir weiter hoffen.

Zähmung der Kultur

Am 26. Juni 2003 behandelt die SZ die Frage, "wie die Sparpolitik zur Zähmung der Kultur benutzt wird":

"Es scheint geradezu, als böte die Finanzmisere eine willkommene Gelegenheit, dem schwelenden Argwohn gegenüber der Hochkultur freien Lauf zu lassen. Wirtschaftliche Argumente liefern den Vorwand, die Vertreter einer missliebigen Kultur abzustrafen. Wer den Fun-Faktor vernachlässigt, handelt sich den Vorwurf mangelnder Volksnähe ein. Die Hochkultur stand immer schon unter dem Generalverdacht fehlender Marktfähigkeit und mangelnder Publikumswirksamkeit. Nun aber hat sich Horáková unverhohlen zu einem Kulturbegriff bekannt, der sich am Geschmack der Masse ori-

entiert, die mit ihren Steuergeldern die Kultur finanziert.

Hinter diesem Niedrigkulturkampf steckt der Verdacht, die Subventionskünstler seien im Bunde mit einer elitären Minderheit verschworbelter Intellektueller, die es möglichst abseitig und verstiegen mögen. Unterstellt wird dabei, dass die Masse eben nur das Gefällige und Seichte verdient, Zerstreuung und Ablenkung. Darum ist es nicht verwunderlich, dass vor allem die Sprechtheater in der Kritik stehen, nicht, weil sie das größte Stück vom Subventionskuchen verschlingen, sondern, weil sie, anders als die Oper, all die vertrackten Konflikte und moralischen Zwickmühlen auf der Bühne nicht musikalisch mildert. Im Schauspiel dagegen wird vor dem schutzlosen Zuschauer der ganze Mülleimer fruchtloser Gedankenspiele und unlösbarer Probleme ausgekippt. Wimmelt es denn nicht auf der Bühne von Taugenichtsen und Bedenkenträgern, geht es nicht immer um Entsagung und Verzicht, Verlust und Scheitern - kurzum, lauter Unerfreuliches, das verwirrt, lähmt und verunsichert?

Hinter dem als Plädoyer für den kleinen Mann getarnten Affekt der Anwälte des Populären gegen die Hochkultur steckt in Wahrheit ein erzieherischer Impetus, der die Kunst darauf verpflichten will, der Zerstreuung und Entspannung des Arbeitnehmers zu dienen, der sich in seiner Freizeit regenerieren und für den täglichen Berufskampf stärken soll. Die wirtschaftlichen

Argumente verschleiern ideologische Vorbehalte. Warum soll die Mehrheit bezahlen, was nur wenigen zugute kommt? Weshalb wird ein ganzer Wirtschaftszweig dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage protektionistisch entzogen und wieso soll nicht der, dem der Sinn nach einem depressiven Problemstück steht, selbst dafür bezahlen, schließlich ist ein Theaterbesuch Privatvergnügen? Diese Fragen geben sich radikal-demokratisch, verwechseln aber Marktfundamentalismus mit Demokratie. Wie so oft wird der 'kleine Mann' vorgeschickt, der nie gefragt wurde. Vergessen ist die demokratische Triebfeder, Kultur zu subventionieren, um gerade jenen den Zugang zu Bildungserlebnissen zu ebnet, die andernfalls von ihnen ausgeschlossen wären. Was soll demokratisch daran sein, gerade jene Kultur zu unterstützen, die staatlicher Förderung gar nicht bedarf? Und ein Ruhmesblatt der Demokratie ist es auch nicht, wie in Hamburg, widerspenstige Aufsichtsräte des Theaters zu ersetzen.

Mehr und mehr versteht sich die Kulturpolitik als Disziplinarorgan, das Abweichler korrigiert und Kunstfeindlichkeit als Verantwortungsgefühl maskiert. Die Frage, warum Geld, das für Kindergärten fehlt, weiterhin in einen Bereich fließt, wo schierer Überfluss herrscht, spielt auf infame Weise Kultur gegen Bildung aus und verfängt selbst dann nicht, wenn man Kunst als entbehrlichen Schnickschnack versteht. Konsequenterweise reden gerade jene, die die Kultur-

etats zweckentfremden wollen, einer Kultur das Wort, die ihren Namen nicht mehr verdient. Nützen aber kann der Künstler dem Gemeinwesen nur, wenn er sich der Nützlichkeit verweigert, wenn er sich nicht benutzen lässt, sondern Exponent exemplarischer Normverletzung bleibt. Nur so kann er die Gesellschaft davor bewahren, an sich selbst irre zu gehen, indem er, wie Roland Barthes einmal über den Schauspieler schrieb, als Teil einer ausgegrenzten Minderheit 'bindet, was die Gesellschaft nicht zu sein wagt; er repräsentiert und beschwört ihre Risiken'."

Kunst und Regionalisierung

Am 7. August 2003 behandelte die SZ die Frage, "warum zur höheren Kultur die Entprovinzialisierung gehört": "Der Begriff Provinz ist nur noch ein verblasster Mythos. Das Aufblühen der Regionen, die Wiederentdeckung von Heimat, sind zu einer lebendigen Bewegung geworden. Während die immer schnelleren Verkehrsverbindungen die Entfernungen schrumpfen lassen, die Landschaft sich vor dem Blick aus den Fenstern der Hightech-Züge verflüchtigt, entdeckt ein neuer Regionalismus die Physiognomie des Partikularen. In Frankreich kann man heute von Paris aus mit dem TGV in wenigen Stunden die Mittelmeerküste erreichen, aber man kommt nicht mehr aus der alles an sich ziehenden Metropole in die verlassene Provinz. Überall regen sich Bestrebungen, die den Eigenwuchs örtlicher Überlieferung in Sprache und Geschichte, Brauchtum und

Architektur ins Bewusstsein rufen. Längst ist das legendäre 'Café de Paris' nicht mehr der nostalgische Traumort trister Provinzstädte.

In Frankreich, welches seit Ludwig XIV. das zentralistische Land schlechthin war, fallen solche Verschiebungen besonders ins Auge. Aber man kann Ähnliches auch in Spanien beobachten, wo die Regionen mit einer Insistenz auf ihrem partikularen Charakter beharren, welche die Einheit des Staates in Frage stellt, und auch in Deutschland, das immer ein lockeres Gefüge aus Landschaften und Stämmen gewesen war, erleben wir eine erstaunliche Renaissance der Kultur in den Provinzen. Noch in den kleinsten Städten wird musiziert, eröffnen Ausstellungen und Heimatmuseen, finden Tagungen und historische Feste statt. Die Kultur ist aufs Land gegangen.

In dieser Verschwisterung von Kultur mit Heimat und Region bricht sich ein emotionaler und sozialer Wechsel im Erleben von Musik und Kunst, historischer Erinnerung und Brauchtum Bahn. Höhere Kultur verliert ihre Exklusivität. Sie ist nicht mehr eine Sache der feineren Bildung und der elitären Abgrenzung. Klänge wie Bilder werden subjektiver und sinnlicher erfahren als früher. Auch der Kulturbetrieb in den Metropolen mit seinen Open-Air-Konzerten und Museumsnächten ist von diesem Wandel ergriffen. Es wäre hochnützlich, solche Veranstaltungen als Eventkultur zu schmähern. Nur möchten wir uns neben dem rau-

schenden Ereignis auch noch die stille Stunde vor einem kostbaren Bild bewahren und neben dem Open-Air-Konzert weiter der Kammermusik lauschen dürfen. Und damit wären wir beim Problem.

Die Regionalisierung stellt die überkommene Dislokation der Kultur in Frage. Wo die Landes- teile ihre partikularen Traditionen wieder entdecken, da melden sich ganz natürlich Wünsche nach der Umkehr der kulturellen Besitzverhältnisse. Jahrhunderte hindurch haben die Haupt- und Residenzstädte die kulturellen Aktivitäten der Länder an sich gezogen und in ihren Museen auf Kosten der Provinz riesige Kunstschatze angehäuft. Immer schon hat solcher Reichtum nicht nur Bewunderung, sondern auch Neid geweckt, jetzt aber erhebt sich hier und dort das Verlangen nach Revision."

Buch

Vor dem Aus

Der vor zwei Jahren erst geschaffene Deutsche Bücherpreis wird in 2004 zum letzten Mal verliehen. Durch Wegfall der Sponsoren fehlen dem Börsenverein 300.000 Euro (WELT, 23. 10.2003).

Umsatzeinbruch

Im deutschen Buchhandel hat das Jahr 2003 mit einem kräftigen Umsatzeinbruch begonnen. Betroffen sind nicht nur die kleinen traditionellen Buchhändler, sondern genauso die großen

Buchkaufhäuser. Neben der allgemeinen Konsumzurückhaltung ist auch das Anwachsen des Internethandels Grund für diesen Einbruch. So wird für das Jahr 2006 schon jetzt prognostiziert, dass der Internetumsatz 1,3 Mrd. Euro betragen werde, der dem traditionellen Buchhandel entgeht. Jetzt setzt man alle Hoffnungen auf den neuen "Harry Potter" (WELT, 18.06.2003).

Im Juli 2003 verzeichnet der deutsche Buchhandel 2 % Minuswachstum, 3,4 % Umsatzrückgang entfallen davon auf den Sortimentsbuchhandel (SZ, 11.07.2003).

Am liebsten Sachbücher

Bei einer Umfrage des "Focus" gaben 69 % an, sie läsen am liebsten Sachbücher, gefolgt von historischen Romanen (49%), 42 % bekannten sich auch zu Klassikern (WELT, 13.10.2003).

Leseunlust

Nach einer im Oktober 2003 veröffentlichten Umfrage zeigt sich in der Altersgruppe der 14-19jährigen ein drastischer Rückgang beim Leseinteresse. Während die Leselust bei den jungen Menschen 1995 mit 60% noch deutlich über dem Niveau der Gesamtbevölkerung gelegen habe, ist der Anteil derer, die in ihrer Freizeit besonders gern Bücher lesen inzwischen auf 47 % gefallen (WELT, 07.10.2003).

Buchpreisbindung

Die SZ vom 11. Juli 2003 macht darauf aufmerksam, dass der neue Harry Potter der erste Bestseller auf dem deutschen Markt ist, für den es keine Preisbindung gibt. Das Buch ist Importware,

die offizielle Preisempfehlung beläuft sich zwar auf 24,90 Euro, im Internet ist das Buch schon für 16,80 Euro zu haben: "Sehr still und unerwartet ist die Preisbindung für Bücher in Deutschland gefallen."

Die WELT vom 17. Juli 2003 begrüßt noch einmal die deutsche Buchpreisbindung. Die Preisschlachten um den neuen Harry Potter nach dem Discountprinzip in Amerika zeigten, dass die Verlage ausbluten, weil die Discounterverlage halsabschneiderische Rabatte verlangen. Titel würden nicht mehr verlegt, die keine Chance haben, "von den Medien nach Hollywood-Manier gehypt zu werden". Und dass schließlich immer mehr Buchhandlungen verschwinden werden. Der Anteil am Buchgesamtumsatz hat sich in den USA seit 1992 bereits auf rd. 28 % reduziert. Die Hälfte ihres Marktanteils in Deutschland, in dem die Buchpreisbindung eben noch gelte.

Jetzt auch Streit in Deutschland zwischen dem Börsenverein und dem Bertelsmann-Club, der Bohlens Buch gleichzeitig mit der Buchhandelsausgabe (statt 6 Monate Abstand) und um 3,05 Euro billiger verkaufte (FAZ, 11.10.2003).

Random House

Das Bundeskartellamt hat seine Entscheidung über die Übernahme der Ullstein-Heyne-List-Verlagsgruppe (UHL) für Ende Oktober 2003 angekündigt (FR, 07.10.2003).

Übersetzer

Die Verhandlungen für eine bes-

sere Bezahlung für Literaturübersetzer sind gescheitert. Die Übersetzer wollen nun das im neuen Urheberrecht vorgesehene Schlichtungsverfahren einleiten.

Sparen an Bibliotheken

Anlässlich des Welt-Bibliothekskongresses im August 2003 sagte in Berlin der Sprecher der Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände (BDB) Georg Ruppelt: "Wenn es ums Sparen geht, stehen Bibliotheken ganz vorn auf der Liste."

Buchmesse

- Dass die neuerliche Steigerung der Zimmerpreise in Frankfurt um 20 % gegenüber 2002 "unseriös" sei, beklagt Buchmesse-Chef Volker Neumann zwar, aber bis 2010 hat man sich erst einmal für Frankfurt entschieden.

- Die Arabische Liga wird Gastregion der Frankfurter Buchmesse 2004 (WELT, 07.08.2003).

- Kuba hat seine Teilnahme an der diesjährigen Frankfurter Buchmesse im Oktober abgesagt. Offenbar eine Reaktion auf die Absage der Bundesregierung für die Internationale Buchmesse 2004 in Havanna (WELT, 03.09.2003).

Denkmal

Mauer "Weltkulturerbe"?

Die SZ vom 23. Oktober 2002 sinniert darüber, ob die Berliner Mauer zum "Weltkulturerbe" erklärt werden soll. Die Berliner CDU-Fraktion hat sich jedenfalls dafür ausgesprochen.

Mangelnder Einsatz

Die deutsche Stiftung Denkmalschutz beklagt den mangelnden Einsatz der Politik für die Pflege des Kulturerbes. Mit Ausnahme Hessens seien alle Etats zur Restaurierung von Kulturdenkmälern radikal zusammengestrichen worden, so der Vorstandsvorsitzende Gottfried Kiesow. Miserabel stehe es zudem um die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand. Außerdem prangerte Kiesow die schlechten Arbeitsumstände der Denkmalpfleger an; sie arbeiteten zu Stundensätzen, "die unter denen von Reinigungskräften liegen" (FAZ, 17.06.2003).

"Offenes Denkmal"

Am bundesweiten Tag des "offenen Denkmals" im September 2003 standen 6.700 Gebäude in mehr als 2.500 Kommunen für Besucher offen (WELT, 10.09.2003).

Erinnerungskultur

Deutsches Historisches Institut in Moskau

Am 16. Juni 2003 wurde das Deutsche Historische Institut in Moskau gegründet, das die Forschung über die historischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland und die GUS vorantreiben soll. Es steht unter der Leitung des Bochumer Historikers Bernd Bonwetsch und soll im Herbst 2003 eröffnet werden. Träger ist die Stiftung Deutsches Geisteswissenschaftliches Institut im Ausland (SZ, 17.06.2003).

Nationales Gedenkstättenkonzept gefordert

Ein nationales Gedenkstättenkonzept, das in "angemessener Weise auch das DDR-Unrechtsregime erinnert", hat der kulturpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Günter Nooke, gefordert. Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde oder die Gedenkstätte Normannenstraße (früher STASI) verfügten über vergleichsweise geringe Budgets. "Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir erreichen, dass man sich an beide Diktaturen auf deutschem Boden erinnert." Nooke fordert, dass sich der Bund mit deutlich mehr als 50 % der Kosten dieser Gedenkstätten beteiligt (WELT, 13.08.2003).

Zentrum gegen Vertreibungen

Die seit Juli 2003 höchst komplexe Diskussion um das "Zentrum gegen Vertreibungen" dokumentieren wir in der nächsten Ausgabe.

Film

Filmakademie gegründet

Im September 2003 wurde die Deutsche Filmakademie mit Sitz in Berlin gegründet. Schauspielcenter Berger und Produzent Günter Rohrbach sind die ersten Präsidenten. Der Deutsche Filmpreis soll von 2005 an von der Filmakademie vergeben werden. Gegen die Pläne hatte es aus der Branche selbst Widerstand gegeben. Bisher hat die Filmakademie rund hundert Mitglieder.

Man rechnet mit einer Mitgliederzahl von etwa 1.000 bis 1.500 Filmschaffenden (SZ, 11.09.2003).

Die Bundeskulturministerin hat bei allen Akademieentscheidungen bezogen auf die Preisvergabe ein Vetorecht (FAZ, 10.09.2003).

Die Akademie ist unabhängig und finanziert sich durch Mitgliedsbeiträge und Sponsorengelder. Dazu die WELT vom 10. September 2003, man werde prüfen, ob sich die Aktivitäten aufs Repräsentieren beschränken oder ein "basisdemokratisches Forum (Thalbach) entsteht, ob das Kino eine effektive Lobby bekommt, ob ein Auftrag zur Seherziehung ernstgenommen wird.

Die Akademie ist auch ein Signal dafür, dass Kino und Fernsehen zwei verschiedene Paar Stiefel sind, auch wenn die TV-Anstalten sie im eigenen Interesse gern gleichreden. Nur wer klare Trennungslinien zieht kann Profil gewinnen. Auch dazu ist diese Akademie da."

Filmbeirat abgelehnt

Die Filmförderungsanstalt (FFA) lehnt den von Kulturministerin Christina Weiss geplanten Deutschen Filmrat ab. In der Ablehnung heißt es, der Verwaltungsrat als oberstes Organ und "Filmparlament" sei schon jetzt pluralistisch besetzt und spiegelt die unterschiedlichen gesellschaftlichen und filmpolitischen Gruppen und Interessenlagen viel genauer als es in dem geplanten Filmrat der Fall sein würde (Welt 01.10.2003).

Filmförderungsgesetz abgelehnt

Die deutschen Kinoverbände haben eine "geschlossenen Ablehnung" des neuen Filmförderungsgesetzes angekündigt, das am 25.09.2003 im Bundestag beraten wurde. Sie meldeten Bedenken an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes an, das nach Vorstellung von Kulturstaatsministerin Christina Weiss bereits zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll. Die Gesetznovelle belastet die Filmtheater mit der Kinoabgabe erneut deutlicher als die öffentlich rechtlichen und privaten Fernsehanstalten, die ihre Leistungen und Beiträge für die Filmförderung "am Gesetz vorbei" frei verhandeln könnten, so die Verbände. (s. auch S. 16)

Beste Schauspielerin - beste Regie

Immerhin hat mit Katja Riemann (beste Schauspielerin) und mit Michael Schorr (beste Regie) der deutsche Film in Venedig wieder einmal einen kleinen Sieg errungen, auch wenn der Goldene Löwe nach Russland geht. Dazu die FAZ vom 8. September 2003: "So gilt für das deutsche Kino: 'Ende gut, alles gut'. Gejammert wird später, denn der nächste Wettbewerb in Cannes kommt bestimmt."

Abnehmender Export

In 2002 wurden nur noch knapp 3.500 deutsche Filmproduktionen exportiert, im Jahr zuvor waren es mit 7.750 Produktionen mehr als doppelt so viele. Daher kommt die internationale Medienhilfe (IHM) zu dem Schluss,

deutsche Fernseh- und Kinofilme seien im Ausland kaum noch gefragt (Welt, 02.10.2003).

Film-Quote?

Der Schauspieler und Produzent Kai Wiesinger hat Quoten für deutsche Filme in den großen Kinos gefordert. Auch in Frankreich und Skandinavien gebe es solche Regelungen. Ziel: Amerikanische Produktionen zurückzudrängen.

Filmkanon?

20 Regisseure, Autoren und Kritiker, Wissenschaftler und Pädagogen wurden gebeten, jeweils 25 repräsentative Titel aus der internationalen Filmgeschichte zu nennen, mit denen "erste Grundkenntnisse der Filmgeschichte" erlernt werden können und die "das Interesse am Kinofilm wecken". Auf dieser Grundlage soll unter Federführung der Bundeszentrale für politische Bildung ein Filmkanon erarbeitet werden. Am Ende – so die FAZ vom 10. Juli 2003 – werden wie überall "Panzerkreuzer Potemkin" oder "Citizian Kane" an der Spitze stehen. Die Katholische Erziehergemeinschaft (KEG) hat den Kanon zwar begrüßt, kritisiert aber, es seien nur 7 deutsche Filme und so viele Filme der ideologie-kritischen 60er Jahre berücksichtigt worden. Nun müsse auch die Kultusministerkonferenz die Versorgung der Schulen mit entsprechenden Filmkopien und die Bestimmung dessen, wer denn in der jeweiligen Schule für die Umsetzung des Film-Kanons verantwortlich sei, übernehmen.

Unser Kommentar dazu: Das wird schon am Gelde scheitern.

Mit dem Film-Kanon setzt sich auch die WELT vom 2. August 2003 (Literarische Welt) auseinander und kritisiert, dass hier Filme gezeigt würden, die ein mehr oder minder von der Nazi-Zeit geprägtes Deutschland zeigen. "Fehlen tun Filme, die uns unter Tränen lachen lassen, wie 'Große Freiheit Nr. 7', 'Unter den Brücken', 'Romanze in Moll'."

Minus bei Besucherzahlen

Die Berliner Filmförderungsanstalt hat bis zur Jahresmitte ein Minus von 11,3 % bei den Kinobesucherzahlen diagnostiziert. Rechnet man auf das Gesamtjahr fort, wird in diesem Jahr die Zahl der Zuschauer auf rd. 145 Mio. sinken. Daran mag auch das heiße Wetter schuld gewesen sein, aber die SZ vom 20. August 2003 weist darauf hin, dass gerade Jugendliche illegale Zugänge zu neuen Filmen über DVD oder aus dem Internet nutzen und sich den kostspieligen Kinobesuch sparen. Die FAZ vom 20. August 2003 empfiehlt, die Preise zu senken und verstärkt wieder das ältere Publikum anzusprechen; noch immer gehen die meisten Deutschen, die älter als 35 Jahre sind, nur selten ins Kino. Es fehlen dafür die geeigneten Filme. Ältere Erwachsene haben zudem weniger Interesse an Raubkopien.

Auch die WELT vom 20. August 2003 widmet sich diesem Thema: 16,1 % Marktanteil, wie die Filmförderungsanstalt ebenfalls diagnostiziert, sei zwar das

beste Ergebnis der vergangenen sechs Jahre, wenn aber "Good bye Lenin!" nicht gelaufen wäre, stünde der deutsche Film bei mageren 8 und nicht bei glänzenden 16 %: "Die zwiespältige Botschaft der eindeutigen Zahlen heißt: Das deutsche Kino ist immer noch eine Geschichte von Zufallstreffern ... Die Sicherheit der hohen Zahl fehlt" im Unterschied zur amerikanischen oder französischen oder gar indischen Filmindustrie.

Filmpreis beibehalten

Für die "Grundsätzliche Beibehaltung des Deutschen Filmpreises in der jetzigen Form" haben 30 Filmschaffende in einem offenen Brief an Kulturstaatsministerin Christina Weiss plädiert, statt ihn einer deutschen Filmakademie zu übertragen (FAZ, 23.08.2003).

Kulturhauptstädte

Jährlicher Wechsel

Kulturstaatsministerin Christina Weiss will die Verteilung der jährlich wechselnden europäischen Kulturhauptstädte zugunsten osteuropäischer Länder ändern (WELT, 15.09.2003).

Kulturhauptstadt Ruhrgebiet?

Für das Jahr 2010 hat sich auch das Ruhrgebiet beworben, obwohl eigentlich nur Kommunen zugelassen sind, dazu s. auch den Bericht in der FAZ vom 14. Juli 2003.

Museum

Bestes Museum gesucht

Die in Hamburg residierende Stiftung "Lebendige Stadt" sucht das beste Museum; dazu hat sie einen 10.000 Euro schweren Preis ausgelobt. Immerhin haben sich 161 Häuser bereits beworben (FAZ, 25.07.2003).

Pinakothek führt

Ein Jahr nach ihrer Öffnung führt die Münchener Pinakothek der Moderne mit 1,3 Mio. Besuchern die Besucherstatistik an (WELT, 16.09.2003).

Für Migranten

Ein Museum für Migranten hat Kulturstaatsministerin Christina Weiss gefordert (SZ, 18.09.2003; s. auch den Bericht in der FAS vom 19. Oktober 2003).

Musik

Documenta für Musik

Nach dem Vorbild der "Documenta" in Kassel will Braunschweig eine Documenta für zeitgenössische Musik auf die Beine stellen (WELT, 17.07.2003).

Popcom nach Berlin

Ab 2004 wird die Popcom, bislang immer in Köln, nach Berlin umziehen (FAZ, 18.07.2003).

Musikunterricht katastrophal

Zur Stellung des Musikunterrichts bemerkt die WELT vom 17. September 2003: "Heute findet Musikunterricht nur noch

versehentlich statt, vor allem an den Grundschulen sind die Zustände katastrophal. So sieht der Alltag einer Nation aus, die einst auf dem Gebiet der musikalischen Jugendbildung das mit Abstand höchste Bildungsniveau vorzuweisen hatte. Mittlerweile dürfen wir uns hinter China, der Ukraine und Finnland verstecken." Der Deutsche Musikrat hat einen entsprechenden "Appell" verabschiedet (WELT, 17.09.2003).

Der Pop-Beauftragte Sigmar Gabriel

"Wozu brauchen wir Pop-Beauftragte?" fragt der vormalige Modern-Talking-Sänger Thomas Anders in der Berliner Morgenpost vom 13. Juni 2003, und gibt die Antwort "Sie sind nicht nur sachlich überflüssig. Man setzt mit der Schaffung und Besetzung eines solchen Amtes in dieser Zeit auch völlig falsche Signale. Es mag überraschend sein, dies ausgerechnet von mir zu hören: Wir leben aber nun einmal nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren – in einer Spaßgesellschaft. Auf diesen Zug kann niemand mehr aufspringen. Er ist abgefahren. Die Menschen haben ernste Probleme. Mit diesen wollen sie von der Politik auch ernst genommen werden. Sie finden es abstoßend, wenn Politiker über Lifestyle, Urlaubsziele – oder ihren Musikgeschmack reden, statt über Arbeitslosigkeit, Bildung und die Zukunft des Sozialstaates nachdenken."

Niedergang der Musikwissenschaft

Den Niedergang der Musikwis-

senschaft behandelt die SZ vom 24. Juni 2003. Heute geht es um Grundsätzliches: "Will man die Musikwissenschaft als historisches Fach überhaupt noch gelten lassen, oder mit dem Knüppelargument der Praxisbezogenheit die ohnehin spärlichen Mittel auf so moderne, vielleicht aber nur modische Fächer wie Medienpädagogik oder Kommunikationswissenschaft umdenken? ... Die immer wieder geforderte stärkere Konkurrenz unter den Universitäten führt dazu, dass man sich allerorts auf vermeintlich praxisnahe Fächer verlegt und die Grundlagenforschung abseits stellt. Während man in den USA und Japan, wo man sich diese Modelle angeblich abgeschaut hat, schon längst wieder zurückrudert, riskiert man hierzulande fahrlässig wesentliche Bestandteile eines kulturellen Erbes, das bisher in Europa, und insbesondere in Deutschland, auf hohem Niveau gehalten werden konnte."

Deutschsprachige Musik

12 Bundesländer haben eine Protokoll-Erklärung gefordert, dass deutschsprachige und in Deutschland produzierte Musik stärker im öffentlichen Rundfunk berücksichtigt werden sollte. Allerdings hat diese Erklärung keine rechtliche Bindung (FAZ, 26.06.2003).

Unter den Erhalt von "Artenvielfalt der Kultur und speziell der Musik" rechnet auch der vormalige Kulturstaatsminister Julia Nida-Rümelin den Vorstoß, der in die richtige Richtung gehe (SZ, 05.08.2003).

Anders die WELT vom 29.

August 2003: "Wir brauchen keine Quote. Was wir brauchen, ist die Renaissance des Radios, das Musik, die es für gut hält, vorstellt."

Pop-Akademie Baden-Württemberg

57 Erstsemester gingen im Oktober 2003 an den Start. (siehe Bericht in der Welt vom 19.09.2003/FR vom 11.10.2003: "Diplom gegen Trash"). Das Studium dauert 6 Semester, Abschluss Bachelor.

Weniger Platten verkauft

Nach einem Bericht der FAS sollen im ersten Halbjahr 2003 17 % weniger Platten in Deutschland verkauft worden sein als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Zwischen 1997 und 2002 ist der deutsche Plattenmarkt um über 30 % eingebrochen (SZ, 11.08.2003).

Jetzt hat der Marktführer Universal in New York bekannt gegeben, seine CD-Preise um gut 30 % senken zu wollen.

Oper

Berlin schrumpft

Während der Bundestrend erhöhte Auslastung belegt, sinkt die Auslastung in Berlin weiter. Auf Platz 1 steht mit 73,5 % die Staatsoper Unter den Linden, die Komische Oper rutschte im 1. Halbjahr 2003 unter 50 % ab. Bei der Deutschen Oper sank die Auslastung auf 56,6 %. Insgesamt sank die Zahl der Opernbesucher in Berlin um 360.000 im 1. Halbjahr 2003.

Frankfurt Opernhaus des Jahres

Die Oper Frankfurt ist in einer Kritikerumfrage zum "Opernhaus des Jahres" gekürt worden (SZ, 01.10.2003).

Theater

Ausländer öfter ins Theater

Die Forderung, Emigranten systematischer als bisher in die deutsche Kulturpolitik zu integrieren, stand im Mittelpunkt des 2. kulturpolitischen Bundeskongresses der Kulturpolitischen Gesellschaft zusammen mit der Bundeszentrale für Politische Bildung in Berlin. Es gelte, die kulturellen Potentiale zu entdecken, die durch Migration entstehen: "Die Zukunft der Kulturpolitik ist interkulturell", heißt es in einem Appell.

Dazu die FAZ vom 28. Juni 2003: Wie das Leben der Emigranten dadurch konkret beeinflusst werden sollte, wird aus der Erklärung nicht recht deutlich. Klar ist nur, dass sich die kulturpolitischen Verbände ein neues Thema geben wollen und unter diesem Vorzeichen auch auf mehr Geld und neue Strukturen drängen. Unausgesprochen steht die optimistische Vorstellung dahinter, dass mehr Kulturpolitik und mehr Kultur von sich dem Guten und der Verständigung in der Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen. Das 'Kultur' weit weniger harmlos wirkt und mitunter auch dem Konflikt und der Gewalt dienen kann, ist in dieser Perspektive nicht vorgesehen."

Rückgang

Einen Rückgang um 1,5 % auf 35 Mio. Zuschauer verzeichnen die deutschen Theater in der Saison 2001/2002, während die Orchester einen Zuwachs von 3,9 % aufweisen können.

Auf Grund des allgemeinen Spar- und Rationalisierungsdrucks fielen 179 Stellen weg. Die Zahl der gebotenen Vorstellungen in 151 öffentlichen und 216 privaten, 40 Konzert-Orchestern und 37 Festspielhäusern sank von 62.989 auf 62.770.

Hingegen wurde die Zahl der Neuinszenierungen um 131 auf insgesamt 2.493 gesteigert. Die Subventionen durch Länder und Kommunen haben sich um 53 Mio. auf 2,1 Mrd. erhöht, die Kosten sind aber in gleichen Zeitraum um 57 Mio. auf mehr als 2,3 Mrd. Euro gestiegen:

Sachkosten um 5,7 % auf 447 Mio. Euro, Personalkosten um 1,8 % auf 1,9 Mrd. Euro. Die selbst erwirtschafteten Einnahmen der Theater (Einspielergebnis) belaufen sich auf 16,1 % des Etats, eine nur unwesentliche Verbesserung.

Nach Ansicht des Deutschen Bühnenvereins sei wohl "vorerst eine Grenze" erreicht. Alle Zahlen gehen aus der "Theaterstatistik 2001/2002" des Deutschen Bühnenvereins hervor (WELT/FAZ, 26.08.2003).

Hamburger Thalia: beste Bühne

Zwölf Theaterkritiker haben in der Zeitschrift "Theater heute" zum zweiten Mal das Hamburger Thalia-Theater zur besten deutschsprachigen Bühne gewählt. Nicht übel findet das die SZ vom 28. August 2003 ("Se-

riöse Grundhaltung, die Genauigkeit vor Genialität setzt und Experimente in aller Ruhe betreibt", über Intendant Khuon), während es die FAZ vom selben Tage als "Unfug des Jahres" bezeichnet: "Denn dass eines der schrecklichsten Ensembles der Republik, die Heul-, Schmutzdel-, Schreitruppe des Hamburger Thalia, heute zum Theater des Jahres gewählt wurde, kann kaum dem Kunstverständnis der Kritiker angelastet werden, dass zugleich auch noch Castorfs Berliner Volksbühnen - Idioten - ... zur 'Inszenierung des Jahres' und Protagonisten Martin Wuttke zum 'Schauspieler des Jahres' gewählt haben. Da muss der Zeitgeist sein urdeutsches Machtwörtchen mitgesprochen haben: 'Wer sich so oft toll quälen muss, der quält sich lieber gleich genussvoll fanatisch'."

Urheberrecht

Kopierschutz

Ab Mitte September gilt das neue Urheberrecht. Danach dürfen private Nutzer nicht länger CDs oder DVDs duplizieren, wenn ein Kopierschutz vorhanden ist, nicht einmal für den persönlichen Gebrauch. Die Herstellung und der Vertrieb von Softwareprogrammen zum Umgehen des Kopierschutzes sind strafbar. Offen aber bleibt etwa die Frage, ob man den Musikdatenstrom am Computer digitalisieren darf, denn der Kopierschutz befindet sich auf der CD nicht in der Musik. Kein Sieg für die Musikindustrie sieht die FAS vom 21. September 2003 in dem neuen Urheberrecht. Wer viel

Musik hört, will und wird sich auch in Zukunft seine eigenen Lieblingsstücke auf selbstgebrannten CDs zusammenstellen, "Kopierschutz hin oder her."

Auch die FAZ vom 17. Juni 2003 hält nicht viel davon: "So werden weder die Tauschbörsen noch die professionelle Kopierszene austrocknen. Statt dessen rückt ein ganzes Volk von Medienkonsumenten an den Rand der Kriminalität ... Ein Gesetz, das eine Wirkungslosigkeit von vornherein hinnimmt, weil seine Autoren nur allzu gut wissen, dass sie ein Stück etablierter Zivilisationspraxis nicht mehr zurückdrängen können, grenzt (...) an Heuchelei".

Raubkopien

Mit dem Versuch der amerikanischen Musikindustrie mit Einzelklagen gegen Raubkopien vorzugehen, beschäftigt sich die WELT am 11. September 2003: "Die Industrie begeht einen folgenschweren Irrtum, wenn sie glaubt die Abermillionen von Computer- und Internetbenutzern hinter den Stand der Technik zurückdrängen zu können. ... Das mag man bedauern - denn Urheberrechtsverletzungen sind tatsächlich ein folgenschweres Unrecht. Aber das hätten sich die Verantwortlichen eher überlegen müssen - zum Beispiel Anfang der Achtziger Jahre als die CD eingeführt wurde, die heute jeder selber brennen kann."

Angeblich zeigen die Klagen gegen Downloader Wirkung, nach Lobby-Drohungen sollen bis zu 15 % weniger Musik vielfältigt worden sein. Die Gegenmaßnahme: Neue Tausch-

formate, die verhindern, dass ein Tausch rekonstruiert oder die Tauschbeteiligung über ihre IP-Adresse identifiziert werden können (SZ, 15.09.2003).

Urheberrecht im Internet

Der Bundesrat hat dem neuen Urheberrecht im Internet zugestimmt, nachdem dem Wunsch der Länderkammer entgegenge-

kommen war, dass Kopien nur von legalen Quellen erlaubt seien, die Vervielfältigung aus "offensichtlich rechtswidrigen Quellen" wird untersagt." (WELT, 04.07.2003).

Allerdings müssten die Nutzer nur dann haften, wenn die Vorlagen offensichtlich illegal erstellt worden sind (FR, 12.07.2003).

trotzdem antreten wird (FAZ, 25.09.2003). Er tritt an.

Mehr für die alten Länder

Nachdem seit Anfang der 90er Jahre 80 % der Stiftungsgelder in die neuen Länder geflossen sind, will die Stiftung Denkmalschutz den Anteil für die alten Länder auf ein Drittel steigern. In 2003 unterstützt die Stiftung den Erhalt deutscher Denkmäler bundesweit mit 33 Mio. Euro (WELT, 17.09.2003).

Finanzierung/Sponsoring allgemein

Defizite

- An der Berliner Schaubühne besteht ein Defizit von etwa 1 Mio. Euro. Das Theater erhält zur Zeit Zuschüsse von 11,8 Mio. Euro jährlich (SZ, 16. 09. 2003).

- Die Mittel für die vier Landestheater in NRW werden um etwa 2 auf 12 Millionen Euro gekürzt (FAZ, 14.10.2003).

- Als "Todesurteil für viele kleine Kultureinrichtungen und Initiativen" hat der Deutsche Kulturrat die Sparpläne der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung bezeichnet, die die kulturelle Projektförderung zunächst "auf Null stellen" will (SZ, 06.10.2003). Jetzt geht es auch an die Landestheater.

- Das Adolf-Grimme Institut verliert in 2004 um 20 % und 2005 weitere 22,5 % der Landesmittel (bisher 514.000 Euro).

- Telekom und Deutsche Post haben die Absenkung ihrer Zuwendungen für die vier Museen für Kommunikation (Berlin, Hamburg, Frankfurt, München, 15 Millionen Euro jährlich) angekündigt (WELT, 11.10.2003).

- Die komische Oper in Berlin hat zum Saisonende kein Ballett mehr (WELT, 11.09.2003).

- Auf heftigen Protest der Filmszene in NRW stoßen die geplanten Kürzungen bei der Förderung der Filmkultur von 660.000 Euro in 2003 auf ca. die Hälfte in 2004.

Ruhr-Triennale

Für die zweite Staffel der Ruhr-Triennale von 2005 bis 2007 wurden 38 Mio. Euro bewilligt, rund 10% weniger als für die ersten drei Jahrgänge. Man war gespannt, ob Jürgen Flimm als Nachfolger von Gerard Mortier

US-Filme bevorzugt

Deutsche Filmfonds haben nach Branchenschätzungen in den letzten fünf Jahren \$ 12 Mrd. in US-amerikanische Filmproduktionen investiert. Bevorzugt in USA deswegen, weil der weltweite Absatzmarkt für diese Filme größer sei als für deutsche oder europäische Filme und damit höhere Gewinne erzielt werden könnten (Welt, 25.09.2003).

Kritik an Ausländersteuer

Heftig kritisiert haben die deutschen Galeristen die vom Bundesfinanzministerium geplante Einführung einer "Ausländersteuer" für den Kunsthandel. Danach sollen Galerien, wie bereits Musikveranstalter, eine Pauschalsteuer in der Höhe eines Viertels des Künstlerhonorars an den deutschen Fiskus abführen. Dazu Heinz Holtmann, als Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Galerien (BVDG): "Da hatte peinlicherweise ein Beamter keine Ahnung von der Kunstszene." Weder habe ein ausländischer Künstler für seinen "Auftritt" bei der Aus-

stellungseröffnung Honorar erhalten, noch sei der spätere Verkauf der Bilder mit einem Konzert als "Inlands"-Leistung zu vergleichen (WELT, 08.09. 2003).

Stiftungsverluste

Dass viele Stiftungen durch riskante Spekulationen am Aktien- und Rentenmarkt vor dem Problem stehen, ihr Stammkapital zu halten, zeigt die FAS vom 21. September 2003 an mehreren Beispielen.

Stiftungsfeindlich

Das Oberlandesgericht Münster (AZ: 8A4281/02) hat den Industrie- und Handelskammern die Gründung von Einrichtungen verwehrt, "die nicht in erster Linie auf ein spezifisches Interesse der gewerblichen Wirtschaft ausgerichtet seien". Damit wurde die Beteiligung der IHK Duisburg-Wesel-Kleve abgelehnt, sich selbst an der Gründung des Wilhelm-Lehmbruck-Museums in Duisburg zu beteiligen (FAZ, 04.07.2003).

Hoffen auf Stiftungsboom

Angesichts von 150 Mrd. Euro privaten Erbschaftsvermögens in den nächsten 10 Jahren setzt Kulturstaatsministerin Christina Weiss auf einen "wahren Stiftungsboom". Derzeit gibt es 12.000 Stiftungen in Deutschland, täglich kommen 3 neue hinzu (SZ, 23.07.2003).

Aufhebung des Endowment

Im Rheinischen Merkur 30/2003 schlägt Axel Freiherr von Campenhausen die Aufhebung des sogenannten Endowment, darunter versteht man die Initialförderung einer finanziell notlei-

denden Stiftung, vor. Etwa wenn ein Sammler seine Sammlung einer Stiftung anvertrauen möchte, es aber an Geld für Gebäude, Überwachung und Pflege fehlt. In Deutschland stehe dahinter der Gedanke, dass die steuerbegünstigte gemeinnützige Stiftung ihre Erträge möglichst schnell dem steuerlich geförderten Zweck zuführen soll, aber das hindere, so Campenhausen, gerade in östlichen Bundesländern die Realisierung von Stiftungsinitiativen.

Kirche und Denkmal

Nach Angaben der Deutschen Bischofskonferenz hat die Katholische Kirche mehr als 2 Mrd. Euro zwischen 1996 und 2000 in den Denkmalschutz investiert. Heute fehlt das Geld für die Pflege vieler Denkmäler, da die kircheneigenen Ressourcen immer geringer würden. Und die meisten Länder hätten in den vergangenen Jahren ihre Zuschüsse reduziert, die zuvor sowieso nur ein Bruchteil ausgemacht hätten (FR, 02.09.2003).

Kunst und Wirtschaft

Die *Salzburger Festspiele* haben 2003 das höchste Einspielergebnis ihrer Geschichte erzielt: 23,6 Mio. Euro wurden durch den Verkauf von fast ¼ Mio. Karten eingenommen. In einer Bewertung kommt die SZ vom 30. August 2003 zu dem Ergebnis: "Ein solches Festival, und das kann man bei all dem Rummel leicht vergessen, ist tief in der Gesellschaft verankert, gerade weil es ...verzichtbar erscheint – aber zugleich immer mehr Menschen offenbar nicht nur als Unterhaltung dient, sondern für sie exi-

stenziell notwendig ist. Salzburg existiert, weil nach wie vor viele Menschen, nicht zuletzt Vertreter der Eliten, von der Aktualität und Unverzichtbarkeit einer so aufwendigen Hochkulturveranstaltung überzeugt sind. Doch in dem Maße, in dem sich die westliche Gesellschaft ihrer eigenen Krisen bewusst wird, müssen diese sich zwangsläufig auch auf die Festspiele auswirken." Die Besucherzahl wird mit 243.820 angegeben, 12.000 mehr als in 2002. Die Platzausnutzung kletterte von 94,2 % auf 94,3 %. Damit sind sie ein Wirtschaftsmotor für die gesamte Region. Bei einem geschätzten indirekten Gesamtumsatz von 150 Mio. Euro entfallen über 120 Mio. Euro auf das Land Salzburg, weil das zugleich der größte Arbeitgeber ist. Von 180 auf ungefähr 3.000 v. H. steigt der Stab der Mitarbeiter in den Festspielmonaten Juli und August.

Hinzu kommen die Arbeitsplätze in Hotellerie und Gastronomie, die vom Festival abhängen. Etwa die Hälfte des Etats kommt aus dem Verkauf von insgesamt 219.000 Eintrittskarten, wobei man jede Karte für den "Jedermann" 4-mal hätte verkaufen können (SZ, 12.08. 2003).

Beim *Schleswig-Holstein-Musikfestival* konnte die Auslastung gegenüber 2002 um ein Prozent gesteigert werden, auch in *Bayreuth* waren die 60.000 Karten für alle Vorstellungen ausverkauft (WELT, 30.08. 2003).

Förderung für Film

Die Filmförderungsanstalt (FFA) wird den Verleih deutscher Fil-

me sowie 38 Kinounternehmen mit knapp 3 Mio. Euro unterstützen. Jedes geförderte Kino erhält zinslose Darlehen von bis zu 153.000 Euro (SZ, 29.08.2003).

Phonoline

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen wollen deutsche Musikmanager den populären Internet-Tauschbörsen eine gemeinsame legale Alternative entgegensetzen. Phonoline soll eine technische Plattform für zahlreiche Online-Musikläden sein. Ab Herbst sollen Musik-Fans legal und bequem Musik gegen Entgelt herunterladen können.

Kurzfristig seien, so die FAS vom 10. August 2003, noch keine großen Umsätze zu erwarten, aber das Projekt könne in Deutschland den Startschuss geben für den massenhaften Musikvertrieb im Internet. Grund dafür: Noch nie ist der CD-Abatz so stark eingebrochen wie im ersten Halbjahr 2003. Um 17 % liegen die Verkäufe unter dem Vorjahr. 2002 betrug schon das Minus zur Jahresmitte rd. 10 %. Apple jubelt jedenfalls über seinen "iTunes Music Store" (99 Cent pro Titel), und auch MTV will einsteigen (FAS, 12.10.2003).

Restauriert

Das Belvedere in Potsdam wird durch eine Spende der Reemtsma-Stiftung von 1 Mio. Euro bis 2005 vollständig restauriert (WELT, 11.09.2003).

Deutsche Kulturstiftung – Fusion geplatzt

Die geplante Fusion der Bundeskulturstiftung mit der Kultur-

stiftung der Länder ist geplatzt. Am 26. Juni 2003 hatten die Ministerpräsidenten der Länder und der Bundeskanzler die Fusion der Kulturstiftung der Länder mit der Kulturstiftung des Bundes zur Deutschen Kulturstiftung mit einem Etat von wenigsten 46 Mio. Euro p.a. beschlossen.

Ein eher kritischer Bericht über die Projekte der bestehenden Bundeskulturstiftung in der SZ vom 25. Juni 2003.

Der frühere Kulturstaatsminister Michael Naumann bezeichnete die geplante Fusion als "Scheinehe mit getrennten Schlafzimmern" (WELT, 26.06.2003).

Zum Hauptstreitpunkt wurde die Frage, mit welcher Mehrheit Länder die Förderung eines Projektes durch die gemeinsame Stiftung verhindern können. Bayern soll ein Veto-Recht für jedes Bundesland gefordert haben. Die Bundesregierung hat ein 1/3-Quorum angeboten, so der Deutsche Kulturrat.

Die WELT vom 28. Juni 2003 überschreibt ihren Kommentar mit "Föderale Trotzköpfe": "Mit solchen Konstruktionen führt man den Kulturföderalismus ad absurdum."

Die FR vom 28. Juni 2003 kommentiert: "Es ist ein deutsches Trauerspiel, eine Realsatire über die real existierende Politik der Verhinderung, die Einblick gewährt in die deutsche Befindlichkeit: Die gute Sache wird hier gern Höherem geop-

fert. Dieses Höhere kann man Prinzipienreiterei nennen, man kann sie als Machtkampf bezeichnen oder auch hinter dem schönen Wort 'Kulturhoheit der Länder' verstecken. ... Es hätte die mit 46 Mio. Euro größte und potenteste Kulturstiftung Europas werden können."

Und die FAZ vom 28. Juni 2003 kommt zu dem Schluss: "Nun haben – wie so oft – die Bayern den bösen Buben gegeben. Schon ist die Luft wieder – wie zu Naumanns Zeiten – von bekannten Kampfvokabeln ('bayerische Butzenscheiben' gegen 'großdeutsche Pickelhäuben') erfüllt. Immer noch redet die verkrachte Hochzeitsgesellschaft von Kultur und ihrer Förderung. In Wahrheit betreiben alle längst wieder Machtpolitik."

Kulturpolitik im Bund

Auslaufen der Kulturförderung Ost

Letzter Stand: Kulturstaatsministerin Christina Weiss schlug vor, das Vermögen der Ostberliner Außenhandelsfirma NOVUM, das dem Bund zusteht, für die kulturelle Infrastruktur in den neuen Ländern einzusetzen und ein mehrjähriges Sonderprogramm aufzulegen, um auf diese Weise die Einstellung der Denkmalschutzprogramme auszugleichen. (FAZ, 26.09.2003).

Denn die Ministerin hatte Anfang Juli den Wegfall der Förderprogramme "Kultur in den neuen Ländern" und "Dach und Fach", das von dem damaligen Bundesinnenminister Kanther geschaffen wurde, angekündigt. Frau Weiss verteidigt sich mit dem Hinweis auf den Einigungsvertrag, der dieses Geld als "Übergangshilfe" beschreibe.

Überall scharfe Proteste: die deutschen Denkmalpfleger (WELT, 19.07.2003), Minister Stolpe, der "Rat für Baukultur" im Deutschen Kulturrat (SZ, 05.08.2003): Sprecherin Claudia Schwalfenberg: "Die Bundesregierung kann nicht einerseits mehr Baukultur fordern und andererseits die Sicherung des kulturellen Erbes aushöhlen." Gewarnt vor einem Rückzug des Bundes aus dem Kulturförderprogramm für die neuen Länder haben auch der Deutsche Kulturrat und Thüringens Kunstinisterin Dagmar Schipanski. Es müsse zumindest eine "weiche Abfederung" geben, um die

kulturelle Substanz in Ostdeutschland nicht schwer zu schädigen, so Kulturgeschäftsführer Olaf Zimmermann (FR, 12.07.2003).

Sachsens Kulturminister Matthias Röbner nennt das Ganze "verantwortungslos". In der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien in Berlin seien jährlich 30 Mio. Euro für die Kulturförderung der ostdeutschen Länder fortgeschrieben worden. Daher sei es bemerkenswert im Hinblick auf die Verlässlichkeit staatspolitischer Planungen, dass der Bund im Haushaltsplan für 2004 noch keinen einzigen Euro dafür vorgesehen habe (FAZ, 30.08.2003).

Das Feuilleton ist allerdings gespalten. Kritik in der WELT (19.07.2003): "Wenn Deutschland heil durch die Finanzkrise kommen will, wird sich das politische und wirtschaftliche Establishment darauf besinnen müssen, dass es die moralischen Güter sind, auf die sich Politik in turbulenten Zeiten gründen muss – will sie nicht ohne auch nur eine Fußnote zu hinterlassen in der Geschichte untergehen."; die WELT vom 12. Juli 2003: "Es handelt sich ... nicht um eine beliebige fiskalische Manövriermasse sondern um eine Bringschuld. Von ihr kann sich keine Regierung aus bloßen haushaltspolitischen Erwägungen lossprechen, auch nicht Kulturstaatsministerin Christina Weiss, die das Programm jetzt für beendet erklärt ... Wenn jeder Euro, der nur allein im Bereich des Denkmalschutzes investiert

wird, das Neunfache an Investitionen auslöst, kommt die Einstellung dieser Förderung einem Todesurteil für Tausende eben jener mittelständischen Betriebe gleich, von denen der Aufschwung Ost entscheidend abhängt.

Die frühere hessische Kulturministerin Ruth Wagner hat aus diesem Zusammenhang gefolgert, dass Kulturförderung keine Subvention sondern eine Investition ist. Das muss auch auf Bundesebene begriffen und in politisches Handeln umgesetzt werden."

Kritik in der FAZ vom 10. Juli 2003: "Und doch bleibt in den neuen Ländern der Eindruck, der schon in der DDR politisch so fatal war: Alles geht in die Hauptstadt, der Rest muß sehen, wie er zurecht kommt."; vom 11. Juli 2003: "Warum der Übergang sein Ende in dem Augenblick findet, da die Länder ihre abgemagerten Haushalte beschlossen haben, bleibt dunkel. Fest steht, dass sie neu rechnen müssen und einige Rettungsprojekte wie das Bauhaus in Dessau oder das Wörlitzer Gartenreich gefährdet sind."

Anders jedoch die WELT vom 29. Juli 2003: Immerhin habe der Rechnungshof 2002 bemerkt, dass das Geld aus dem Förderprogramm nur zögerlich abfloss, dass es keine Förderrichtlinien gebe und dass ein Teil des Geldes falsch verwendet wurde. "Anstelle der wichtigen Baumaßnahmen wurden soziokulturelle Zentren eingerichtet oder Bibliotheken ausgestattet. Außerdem hätten die Länder minde-

stens 20 Projekte nicht korrekt gegenfinanziert, sondern ihren Anteil mit Geld aus der Investitionsförderung bezahlt. Also aus einem anderen Bundesförderprogramm, so dass der Bund letztendlich 90 % und nicht 50 % zahlte." Und mit "Jammer-Ossis" überschreibt die SZ vom 8. August 2003. Seit der Wiedervereinigung seien jährlich 30 Mio. in die Fonds "Kultur in den neuen Ländern" und "Dach und Fach" geflossen, die von vornherein als vorübergehende zeitlich befristete Maßnahme geführt wurden. Darüber hinaus habe Kulturministerin Christina Weiss vorgeschlagen, 0,5 % der Mittel des Solidarpaktes II, also immerhin 105 Mrd. Euro zwischen 2005 und 2019 für die Kultur zu reservieren. Das finde "weniger Unterstützung als die Streifung der Förderprogramme Protest hervorgerufen hat. Man kann an dem Schlagabtausch gut studieren, welche Mentalität die dauerhaften Nothilfeprogramme Ost erzeugen und stabilisieren: Eifrige, besorgte Verantwortungslosigkeit ... Die Zeiten des Übergangs sind jetzt vorüber oder nie. Dorfleben, Lokalmuseen gehen den Bund nichts an, ob sie nun im Osten liegen oder in Nordrhein-Westfalen, wo manche Kultureinrichtung Finanzhilfen ebenso nötig hätte."

Nachdem bekannt ist, dass die Kulturförderung des Bundes für die neuen Länder ab 2004 eingestellt wird, sind offenbar immer mehr neue Länder bemüht, eine eigene Landeskulturstiftung zu gründen. Nachdem schon Sachsen 1997 die "Deutsche Kulturstiftung, Rechtsnachfol-

gerin des Kulturfonds der DDR" verlassen hatte, stieg jetzt auch Sachsen-Anhalt aus, um mit seinem Anteil von 8,5 Mio. Euro eine eigene Landeskulturstiftung zu gründen.

Auch in Thüringen scheint man sich mit ähnlichen Plänen zu beschäftigen (s. den Bericht in der FAZ vom 18. Juli 2003).

Fonds für Kulturaustausch

Die Kulturstiftung des Bundes hat mit 250.000 Euro für 2003 einen Fonds für den Kulturaustausch zwischen Ost und West eingerichtet. Der Fonds ist Bestandteil des Programms "Kulturelle Aspekte der deutschen Einigung" (FR, 09.08.2003).

Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

Am 12. Oktober 2003 hat sich die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" konstituiert, die ihren Bericht in 2005 abliefern soll. Zu dieser Enquete-Kommission, die sich "auch mit der sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen befassen" soll, fordert die SZ vom 3. Juli 2003: "Vor allem muss es zunächst um genaue Zahlen gehen, wer in diesem Land fördert und was gefördert wird, wer die kulturelle Last trägt und wer unter ihr zusammenbricht: Dazu Antje Vollmer: „Die Deutschen müssen ihre kulturelle Landschaft verteidigen wie die Franzosen ihre Agrarpolitik.“; die WELT vom 2. Juli 2003: "Es geht darum, dass der Bundestag als demokratischer Souverän den politischen Willen der Kulturnation Deutschland zum Ausdruck

bringt. Dazu muss diese Kulturnation sich über sich selbst aufklären. Sie muss eine Vorstellung von ihrem Reichtum gewinnen und sich des Prozesses der schleichenden Verödung der Kulturlandschaft bewusst werden. Wenn in finanziell strangulierten Kommunen die Stadttheater, die Bibliotheken, die Musikschulen sterben, dann geht das die ganze Nation an. Wenn der Sozialstaat Bundesrepublik Ansprüche, Leistungen und Kosten neu justieren muss, so muss auch auf dem Gebiet der Kultur eine neue Verständigung darüber herbeiführt werden, welche kulturelle 'Grundsicherung' öffentlich zu garantieren ist." (s. auch S. 4ff)

Auswärtige Kulturpolitik

Namen

Das Goethe-Institut Inter Nationes wird zum weltweit bekannten Namen Goethe-Institut zurückkehren (WELT, 15.07.2003).

Goethe-Institut in Bagdad

Nachdem das von 1959 bis 1968 in Bagdad existente Goethe-Institut geschlossen worden war, soll es wiedereröffnet werden (WELT, 12.07.2003), wenn die Sicherheitslage dies erlaube (WELT, 21.08.2003).

in Kabul

Im September 2003 ist nach 12-jähriger Zwangspause das Goetheinstitut in Kabul wiedereröffnet worden (lt. WELT, 24.09.2003).

Goethe-Institut: Bibliothek konzentriert

Die Bibliotheken der Goethe-Institute in Bombay, Kalkutta, Madras und Bangalore sollen mit Ausnahme einer Referenzbibliothek an indische Partner-Organisatoren abgegeben werden oder an die Bibliothek des Goethe-Instituts in Neu-Delhi überführt werden. Über "Info-Points" können dann dort Bücher bestellt werden. Dazu die FAZ vom 8. September 2003: "Dem Austausch kultureller und sozialer Werte und Inhalte, den das Goethe-Institut fördert, wird damit ein wesentlicher Raum entzogen: Die Bibliothek als alltägliche Begegnungsstätte.

German TV kommt gut an

Zwar dürfte das Ziel, 70.000 Abonnenten binnen 7 Jahren zu erreichen, zu hoch gegriffen sein, aber bei den derzeit 2.786 Abonnenten kommt nach einem Bericht der WELT vom 25. Juli 2003 German TV gut an. 92 % würden den Bezahlkanal à 15 \$ pro Monat Freunden weiterempfehlen.

Kulturpolitik in den Ländern

Flutopfer

Sachsen und Sachsen-Anhalt erhalten für ihre im August 2002 überfluteten Kultureinrichtungen 100 Mio. Euro: Sachsen 85,5 Mio. Euro, Sachsen-Anhalt 14,5 Mio. Euro (FR, 05.07.2003).

HAUPTSTADTKULTUR

Stiftung für Staatsoper

Am 22. Oktober 2003 haben die Vorsitzenden von CDU/CSU- und FDP-Fraktion, Merkel und Gerhardt, einen gemeinsamen Antrag vorgestellt (wir dokumentieren in der nächsten Ausgabe), die Berliner Staatsoper entweder in die Stiftung Preussischer Kulturbesitz zu übernehmen oder eine Bundesstiftung für sie zu gründen. Benötigt: 40 Millionen Euro pro Jahr. Kulturstatsministerin Weiss lehnte den Vorschlag ab (FAZ, 23.10.2003). Dass aber die eigentlich für im Grundsatz beendet gehaltene Diskussion über die Zukunft der Berliner Opern weiter-

geht, fürchtet die WELT, woher das Geld nehmen, fragt die FR vom 23. Oktober 2003.

Vorletzter Stand im Opernstreit

Drei Berliner Opernhäuser werden am 1. Januar 2004 zu einer Stiftung zusammengefasst und sollen bei künstlerischer Eigenständigkeit verwaltungsmäßig und technisch unter einem Dach zusammengefasst werden um Geld zu sparen, dabei ist auch an einen Stellenabbau gedacht.

Insgesamt sollen die Kosten der drei Häuser bis zum Jahr 2009 um 33,2 Mio. Euro gesenkt werden, sie liegen gegenwärtig bei 113 Mio. Euro. Da der Bund gleichzeitig mehrere Berliner Kultureinrichtungen zusätzlich übernimmt, stehen den Berliner Opern dann 96,8 Mio. Euro zur Verfügung. Geführt werden soll die Stiftung von einem Generalsekretär, der offiziell noch nicht benannt worden ist (WELT, 01.10.2003).

Nachdem Anfang Oktober 2003 das "Gesetz über die Stiftung ,Oper in Berlin' den Senat passiert hatte, und zum 1. Januar 2004 in Kraft treten soll, gab es erneut Streit "über das Kleingedruckte" (FAZ, 02.10.2003).

Die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Monika Grütters kritisierte, dass durch die eingeplante Absenkung der Berliner Zuschüsse (um 33,2 Mio. Euro bis 2009) die Stiftung notwendigerweise in eine Opernfusion einmünden werde. Auch von Seiten der Grünen wurde das Ganze als "verdeckte Fusion" bewertet. Nur die Staatsoper unter den Linden geht mit einer

positiven Bilanz in die gemeinsame Zukunft, der Deutschen Oper fehlen 6,9 Mio., der Komischen Oper 600.000. Kulturstaatsministerin Christina Weiss machte noch einmal darauf aufmerksam, dass die finanzielle Starthilfe des Bundes an die Bedingung geknüpft sei, die drei Häuser müssten "wirtschaftlich eigenständige und künstlerisch autonom" geführt werden. Querfinanzierung sei auszuschließen, ein Start ohne Altschulden zu gewährleisten (FAZ, 11.10.2003).

Rückblick

Nach der Zusage einer Bundeshilfe von 25 Mio. Euro hatte im Juli 2003 der Senat grünes Licht für die Stiftung Opern in Berlin gegeben, die am 1. Januar 2004 an den Start gehen soll. Bis 2009 müssen die drei Häuser mit 96,8 Mio. Euro an Subventionen auskommen, knapp 17 Mio. Euro weniger als derzeit. Unter dem Dach der Stiftung sollen Deutsche Oper, Staatsoper Unter den Linden und Komische Oper als selbstständige GmbHs geführt werden, Verwaltung, Marketing und Werkstätten werden zusammengelegt. Zur Gründung der Stiftung selbst steuert der Bund einmalig 3 Mio. Euro zu (WELT, 09.07.2003).

Der Bund wird den Berliner Landeshaushalt um insgesamt 22 Mio. Euro entlasten, dieser Betrag wird für die institutionelle Förderung der Deutschen Cinemathek, sowie für die Betriebskosten der Akademie der Künste und des Museums "Hamburger Bahnhof" bereitge-

stellt, die damit zu "nationalen Einrichtungen" werden.

Kritik in der FAZ vom 3. Juli 2003: "Wie das Land Berlin allerdings den Bundesmanna-Regen konkret nutzen wird, und im Einzelnen seine Kultureinrichtungen dauerhaft absichert", bleibt abzuwarten. Im Übrigen hat das Ministerinnenwort ein für alle Mal jeden Zweifel ausgeräumt darüber, wodurch sich eine 'nationale Einrichtung' als 'national' qualifiziert: Durch akute Notlage, sonst durch nichts. Schließlich wird auch die Staatsoper nicht vom Staat alimentiert, die Nationalgalerie nicht von der Nation und der Hamburger Bahnhof nicht von Hamburg."; die SZ vom 3. Juli 2003: "Die wilden Drohungen der Berliner Politiker, ein Opernhaus zu schließen, falls der Bund nicht finanziell weiter hilft, haben sicherlich ihre Wirkung getan. Andererseits wollten wohl weder Kanzler noch der Rest des Kabinetts als Hochkulturabwickler dastehen. Eine solche Operschließung hätte die Liste der Regierungsdebakel nur verlängert und den zart keimenden Aufschwungsgefühlen im Land einen Dämpfer versetzt. Doch trotz der Bundesmillionen steht das Berliner Opernprojekt weiterhin auf schwachen Füßen. Wenn im nächsten Jahr die drei Häuser in der Stiftung zusammengeschlossen werden, muss sich zeigen, ob dadurch tatsächlich 15 Mio. Euro eingespart werden können. Das steht bisher nur auf dem Papier.

Dazu kommt, dass die Sanierung der Staatsoper bald nicht mehr aufgeschoben werden

kann. Dafür sind mindestens 100 Mio. Euro nötig, die im Moment nicht vorhanden sind. Also wird das Haus in absehbarer Zeit schließen müssen ... Viel wichtiger als all diese Sparzwänge aber scheint die oft gestellte Frage, ob Berlin seine drei Opernhäuser auf Dauer tatsächlich braucht. Die 3,4 Mio.-Einwohner-Stadt verfügt über 4.300 Opernplätze, die derzeit nur zu 63 % ausgelastet werden. Das ist bedenklich wenig und liegt unter dem deutschen Durchschnitt – erst recht wenn man bedenkt, dass dafür drei Orchester unterhalten werden müssen ...".

Gewarnt hatte der neue Präsident des deutschen Bühnenvereins, Klaus Zehelein, vor "Querfinanzierung": "Also aufpassen, aufpassen! Die größte Gefahr wäre die Querfinanzierung zwischen den Häusern. Wenn uns nicht gehört, was wir einnehmen, dann gibt es keine Eigenmotivation" (SZ, 04.07.2003).

Nach Auffassung des Präsidenten der Kulturpolitischen Gesellschaft Oliver Scheytt, darf sich die Kulturpolitik des Bundes nicht in der Förderung von Opern oder Museen in Berlin erschöpfen. "Auch in anderen Städten Deutschlands gibt es national bedeutsame Kultureinrichtungen, für die der Bund alle Verantwortung hat" (WELT, 14.07.2003).

Rückzug

Die Berliner Opern und Schauspielbühnen haben ihre beiden Vertreter aus dem "Rat der Künste" in Berlin zurückgezogen, wohl aus Gründen einer zuneh-

menden Machtlosigkeit dieser 1994 gegründeten Initiative. Die Bühnen wollen jetzt ihren Anliegen lieber "im direkten Dialog mit der Politik" Geltung verschaffen (FAZ, 24.09.2003).

Holocaust-Denkmal

Im August 2003 wurden die ersten Stelen aufgestellt, sie sollen bis Ende 2004 stehen. 2005 soll auch der "Ort der Information" geöffnet werden (WELT, 14.08.2003).

Stadtschloss

Im September 2003 schlug die "Arbeitsgruppe Schlossareal" unter Leitung von Kulturstaatsministerin Christina Weiss ("Zeigen Sie Engagement, Frau Weiss!", WamS, 05.10.2003), die auch zum Wiederaufbau steht, aus Kostengründen einen zweijährigen Aufschub vor.

Jetzt läuft die Diskussion: Was macht man in den zwei Jahren? (FAZ, 02.10.2004). Die FAZ vom 2. Oktober 2003 hebt hervor, dass im Bericht der Arbeitsgruppe von einem Wiederaufbau des Schlosses nicht die Rede sei, sondern nur von einem "Schloss-Nachfolgebau", die WELT vom 2. Oktober 2003: "Solange das Ziel klar vor Augen bleibt, kann man damit leben." Bundestagspräsident Thierse fordert, innerhalb der zwei Jahre zumindest mit der Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs zu beginnen (SZ, 02.10.2003).

Die Unionsfraktion im Bundestag hatte noch im Juli 2003 die Bundesregierung aufgefordert, den Beschluss des Bundes-

tages vom 4. Juni 2002 zum Wiederaufbau des Berliner Stadtschlusses in seiner äußeren Form zügig umzusetzen (FAZ, 03.07.2003).

Der kulturpolitische Sprecher Günter Nooke schlug vor, eine Planungsgesellschaft zu berufen, um den Architektenwettbewerb für den Berliner Schlossplatz unverzüglich vorzubereiten (Bericht in der FAZ vom 5. Juli 2003).

Zuwendungen eingestellt

Die Zuwendungen für die Berliner Sinfoniker werden – nach Mitteilung von Kultursenator Thomas Flierl – mit Ende der Spielzeit 2004 eingestellt (3,3 Mio. Euro) (WELT, 30.06.2003).

Baden-Württemberg

Theater: Weniger Geld

In 2004 werden die Kommunaltheater 5 %, die Kleintheater 10 % und die Landesbühnen 1 % weniger Landesförderung erhalten (FAZ, 09.10.2003).

Bayern

Auch kein Geld

Unter Geldnot leiden auch die bayerischen Archäologen. So sind die operativen Finanzmittel im laufenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr von etwa 1,2 Mio. auf 600.000 Euro, also um die Hälfte, gekürzt worden (SZ, 18.06.2003).

Sanierung

Das Nürnberger Schauspielhaus muss für 25,5 Mio. Euro saniert

werden, sonst droht dem Haus die Schließung (WELT, 25.07.2003).

Doch Geld

Die Finanzierung der Bamberger Symphoniker ist gesichert. Der Freistaat übernimmt künftig einen Anteil von 80,5 %, die Stadt 12,3 %, der Bezirk Oberfranken 6,2 %, der Landkreis 1 %. Die Vereinbarung war nötig geworden, nachdem der Bund aus der Finanzierung des Orchesters ausgestiegen war (WELT, 06.09.2003). Bayern erhebt die Bamberger Staatssymphonie in den Rang einer "Bayerischen Staatsphilharmonie" (WELT, 03.07./17.07.2003).

München. Keine Schließung

Die Schließung des Deutschen Theaters in München ist bis 2004 abgewendet. Bis dahin sollen Verhandlungen privater Investoren über die Zukunft des Hauses abgeschlossen sein (WELT, 26.06.2003).

München-Berlin

Einen Vergleich der Opernsituation zwischen München und Berlin zieht die WELT vom 30. Juni 2003: "Während sich in Berlin die drei schlecht ausgelasteten und am Abgrund stehenden Opern nicht einmal auf gemeinsame Spielpläne einigen, der Senat mit der Bundeskulturministerin die letzte Retterin in der Not verprellt, und alles im filzigen Sumpf aus Intrigen, Kleingeist und Kunstfeindlichkeit versinkt, begeht München 350 Jahre Operngeschichte als opulente und trotzdem bewusstseinschärfende Party ...

Berlin also leidet weiter, München aber leuchtet weiterhin.”

Würzburg. Beste Bibliothek

Die beste deutsche Großstadtbibliothek ist die Stadtbücherei Würzburg. Plätze 2 und 3 bei den Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern belegten Reutlingen und Heidelberg (WELT, 10.07.2003).

Hamburg

Neues Museum

In Hamburg soll ein internationales Schifffahrts- und Meeresmuseum entstehen (FAZ, 23.07.2003).

Schills Einfall

Der damalige Innensenator Schill hatte vorgeschlagen, das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg zu schließen. Grund sei eine “sehr geringe Anziehungskraft auf Publikum” (FAZ, 26.06.2003).

Niedersachsen

Hannover: Kein Geld

Rd. 3,5 Mio. Euro mussten für das Niedersächsische Staatstheater in Hannover sonderzugewendet werden, um eine Finanzklemme zu beheben. Von Seiten des Kultusministeriums wurde aber betont: “Das Staatstheater als eigenständige GmbH muss selber sehen, wie es aus den Finanzproblemen heraus kommt” (FAZ, 02.07.2003).

Die Staatstheater in Hannover sollen in 2004 nach Ankündigung der Landesregierung 2,7 Mio. Euro weniger erhalten.

Staatsooper und Staatsschauspiel, so Schauspiel-Intendant Wilfried Schulz, könnten diese Summe nur erbringen, wenn sie zum Januar nächsten Jahres 50 Entlassungen aussprechen, “das allerdings sei rechtlich nicht möglich”, so der Intendant, (SZ, 01.09.2003).

Zu den Kürzungen bemerkt die Frankfurter Rundschau vom 4. September 2003: “Die Motivlage für solches kulturpolitisches Terminatorentum ist höchst unklar ... Hier zeichnet sich ein neuer Typus von Kulturpolitik ab, die nur eine einzige Maxime kennt: Sparen. Dabei ist sie durch keinerlei Sachkenntnis getrübt, die wäre beim Sparen auch nur hinderlich ... In den vielen Kürzungsdiskussionen der letzten Monate schält sich langsam ein neues kulturpolitisches Paradigma heraus: Kulturpolitik, die eigentlich nur für die Rahmenbedingungen zuständig ist, greift über den Etat tiefgreifend und nachhaltig inhaltlich Fragen ein. Dabei argumentiert sie aber nie inhaltlich sondern immer rein etatistisch, und macht sich so unangreifbar. Sie tut so, als würde sie sich als Partner der Kultur verstehen, und versteckt sich gleichzeitig hinter dem finanzpolitischen Sachzwang ... Die große Geste, die den Eindruck von Entscheidungsfreude weckt, steht dabei hoch im Kurs. Man handelt ohne Rücksicht auf Verluste.

Nordrhein-Westfalen

Beste Theater

Das Essener Aalto-Musiktheater ist auch in 2003 wieder das beste Musiktheater des Landes

NRW vor der Deutschen Oper am Rhein (Düsseldorf/Duisburg). Die beste Sprechbühne ist – wie in 2002 – das Schauspielhaus Bochum, gefolgt vom Düsseldorfer Schauspielhaus (WELT, 01.07.2003).

Gütersloh: Theater abgelehnt

Am 29. Juni 2003 hat sich Gütersloh in einem Bürgerentscheid gegen das rd. 30 Mio. Euro teure neue Theater entschieden. Der Direktor des Bühnensvereins, Rolf Bolwin, erklärte dazu, der Theaterneubau wäre für die kulturelle Zukunft der Stadt Gütersloh sehr wichtig gewesen (WELT, 01.07.2003).

Münster: Kein Geld

Die Städtischen Bühnen Münster müssen von der Spielzeit 2004/2005 an erhebliche Einsparungen verkraften. Dazu Kulturdezernentin Helga Boldt: “Mit weniger Geld gibt es weniger Theater, das muss ehrlich gesagt werden.”

Kultursekretariat: Ausgehungert

NRW hat seinen Zuschuss zum Kultursekretariat NRW um 20 % reduziert, und es sollen noch weitere Kürzungen folgen. Nach Plänen der NRW-Landesregierung soll der Zuschuss für den Wuppertaler Kulturzusammenschluss der Großstädte und das Gütersloher Kultursekretariat der kleineren Kommunen von 1,5 Millionen auf 50.000 Euro in 2005 sinken. Reihenweise treten auch die Mitgliedsstädte aus: Witten, Hamm, Solingen, Remscheid, Neuss, Grund: Kein Geld. Diese 1974 gegründete Einrich-

tung von 24 Großstädten, hatte es sich zum Ziel gesetzt zu "fördern, was es schwer hat", etwa zeitgenössisches Musik- und Kindertheater, Neue Musik, Künstleraustausch usf. (SZ, 02.07.2003). Der Vorsitzende der Dezentenkonferenz des Sekretariats Oliver Scheytt sagte, dann werde das "Band zwischen Land und Kommunen zerschnitten".

Ruhrtriennale streichen?

Nach einem Bericht der FAZ vom 9. Juli 2003 schien die Ruhrtriennale in Frage zu stehen. Während Kulturminister Vesper sich für sie einsetzen will, will sie Finanzminister Jochen Dieckmann auf die Streichliste setzen. Dazu die FAZ: "Die Ruhrtriennale nach gerade mal zwei halben Spielzeiten wieder abzuwürgen, aber wäre eine kulturpolitische und auch strukturpolitische Torheit von geradezu Clement'schem Kaliber, der mit seiner Politik des 'rein in die Kartoffeln - raus aus den Kartoffeln' den Stillstand, in dem Johannes Rau das Land gehalten hatte, nur hektisch perpetuierte ... Noch im Stadium der Selbstfindung, muss sie auf einen Prozessschutz rechnen dürfen, wie er jedem künstlerisch riskanten Unternehmen zusteht, wenn sie in der ihr gedachten Rolle wachsen und gedeihen soll, nämlich die Aufmerksamkeit für das Ruhrgebiet zu erhöhen ...!"

Rheinland-Pfalz

Orchesterfusion gescheitert
Gescheitert ist der Plan von Kul-

turminister Jürgen Zöllner zur Neuordnung der rheinland-pfälzischen Orchesterlandschaft.

Die Staatsphilharmonien in Koblenz und Ludwigshafen und das zum Mainzer Staatstheater gehörende Philharmonische Orchester bleiben als eigenständige Musikkörper erhalten, wenn auch mit erheblich verringertem Personal (FAZ, 15.10.2003). Zöllner (SPD) hatte die Fusion des Philharmonischen Orchesters in Mainz mit der Staatsphilharmonie in Ludwigshafen zur "Neuen Staatsphilharmonie" geplant, die sich damit zum A-Orchester entwickeln soll. 40 Musiker der beiden Orchester würden freilich entlassen.

Ferner hätte es die Rheinische Philharmonie in Koblenz getroffen, die von 77 auf 56 Stellen gekürzt und als reines Theaterorchester weiter existieren würde.

Damit will das Land 2 Mio. Euro einsparen zur Finanzierung seiner Theater und zur Förderung der "breiten Kultur" (SZ, 24.06.2003). Die FAZ kommentiert (24.06.2003), die Frage bliebe offen, "ob durch die Zusammenlegung von 2 B-Orchestern, von denen eines keine Bühnenerfahrung besitzt, zwangsläufig ein besser qualifiziertes A-Orchester entstehen muss."

Sachsen

Dresden: Keine Zerschlagung

Nach Sachsens Kunstminister Matthias Röbber denkt überhaupt niemand daran, die staatlichen

Kunstsammlungen in Dresden zu zerschlagen. Beschlossen sei, in Chemnitz ein Haus der Archäologie zu errichten, ansonsten gebe es keinerlei Vorfestlegungen. Die Konzeption für die Neuordnung des Museumswesens soll bis Ende 2003 erarbeitet werden (WELT, 02.07.2003). In einem Interview mit der SZ vom 7. Juli 2003 hat auch Ministerpräsident Milbradt ausdrücklich darauf hingewiesen: "Niemand will die staatlichen Kunstsammlungen zerstückeln. Es gibt keine Geheimpläne." Damit bestätigte er das Dementi seines Kulturministers Mathias Röbber, s. auch den Bericht in der FAZ vom 8. Juli 2003 (Ungestückelt. Ende der Angst um Dresdens staatliche Kunstsammlungen").

Die FAZ (05.07.2003) brachte einen großen Bericht unter dem Thema "Riskante Zerstückelung" von Reiner Burger, der sich allerdings als nicht zutreffend erwiesen hat. Ein großer Bericht zur Neuordnung der sächsischen Museen in der FAZ vom 18. Oktober 2003.

Sachsen-Anhalt

Kritik an Susan Sonntag

Die Vergabe des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an die US-amerikanische Schriftstellerin Susan Sonntag ist auf Kritik der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen-Anhalt gestoßen. Das sei eine "unglückliche Wahl". Sonntag habe sich mit "absurden Vergleichen der US-Regierung mit einer Junta" dafür disqualifiziert (WELT, 19.06.2003).

Thüringen

Einigung mit Adelshaus

Gegen eine Abfindung von 14,5 Mio. Euro hat das Adelshaus Sachsen-Weimar-Eisenach auf Ansprüche auf den Klassiker-Nachlass in Thüringen verzichtet. Die Einigung wurde am 26. August in Weimar unterzeichnet. Thüringens Kulturstaatssekretär, Jürgen Aretz, der an der Einigung entscheidenden Anteil hatte, sprach die Hoffnung aus, dass nach den erfolgreichen Einigungen mit den Familien Sachsen-Weimar und Sachsen-Coburg-Gotha nun auch mit der Familie Sachsen-Meiningen ein akzeptabler Kompromiss erreicht werde (WELT, 15.08.2003). Im Landtag hatte Aretz darauf hingewiesen: "Dieses Privateigentum wurde nach 1945 unrechtmäßig enteignet", nach Auffassung der FAZ vom 5. Juli 2003 "Der entscheidende Satz, der in den Jahren nach der Wende nicht zum Grundkanon politischer Überzeugung in Thüringen gehörte ..." Die FAZ weiter: "Der Preis von 15,5 Mio. Euro, den das Land zu entrichten hat, erscheint – gemessen an den möglichen Werten der Kulturgüter – angemessen, sofern sich dieser überhaupt messen lässt."

Am 26. August 2003 wurde die Vereinbarung unterzeichnet. Die 15,5 Mio. Euro sollen durch den Verkauf von Kunstobjekten, die weder für den Sammlungsstand noch für die Geschichte des Freistaates von zentraler Bedeutung sein dürfen (4,5 Mio.) und (11 Mio.) durch den Verkauf von Wald aus dem Haushalt des

Thüringer Umweltministeriums erbracht werden (SZ, 27.08.2003).

Erfurt: Opernneubau

Zum Opernneubau in Erfurt siehe den Beitrag in der ZEIT vom 11. September 2003.

Dass eine Fusion mit Weimar nicht möglich sei, wird darauf zurückgeführt, dass die Städte sich "in kulturellen Dingen von jeher spinnefeind" seien: "Beide wissen genau, dass partikularistischer Kulturglanz heutzutage nicht mehr finanzierbar ist, und trotzdem wird nun ein Wettrennen zwischen den beiden Städten beginnen."

Weimar I

Unter der Überschrift "Die ehemalige Kulturhauptstadt Weimar sucht nach sich selbst" widmet sich die FAZ vom 28. August 2003 der Zukunft der ehemaligen Kulturhauptstadt.

Weimar II

Kulturstaatsministerin Weiss will zusätzlich zu den 11,2 Mio. Euro, die der Bund jährlich an Weimar zahlt, weitere 1,7 Mio. Euro bereitstellen. Dazu der Kommentar in der SZ vom 16. August 2003: "Saniert und bewahrt muss werden, aber es wird Zeit für die Diskussion, was Weimar über das bloß Museale hinaus leisten kann und will."

NS-/Beutekunst

Herkunft unklar

66 der wichtigsten amerikani-

schen Kunstmuseen haben auf einer gemeinsamen Seite im Internet die Kunstwerke aus ihrem Besitz veröffentlicht, deren Besitzerwechsel von der NS-Zeit bis heute unklar sind. In Deutschland hat, obwohl auch die Bundesrepublik die maßgebliche "Washingtoner Erklärung" unterzeichnet hat, bisher nur die Hamburger Kunsthalle Werke mit lückenhafter Herkunft ins Netz gestellt (SZ, 09.09.2003).

Durchbruch erwartet

Der russische Kulturminister Michael Schwydkoi erwartet in 2004 einen Durchbruch bei den Beutekunst-Verhandlungen mit Deutschland. Es müsse – so Schwydkoi in einem Interview mit der Deutschen Welle – an einer Gesamtlösung gearbeitet werden (SZ, 26.07.2003).

Kommission konstituiert

Mitte Juli hat sich die "Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgt bedingt entzogener Kulturgüter, insbesondere aus jüdischem Besitz" zu ihrer konstituierenden Sitzung in Berlin zusammgefunden (WELT, 14.07.2003). Als Politiker nehmen Rita Süßmuth, Jutta Limbach, Richard von Weizsäcker an der Kommission teil.

Kulturpolitik im Ausland

WTO und GATS

Nach dem Scheitern der WTO Konferenz im mexikanischen Cancun gehen die Gespräche auch über das Dienstleistungsabkommen GATS weiter. Kulturratsgeschäftsführer Olaf Zimmermann warnt: "Die Liberalisierung kultureller Angebote ist noch nicht vom Tisch." Dabei geht es um die Sorge, das GATS-Abkommen könne auch die Bereiche Film, Fernsehen und Theater einschließen und damit Kultur zum Gegenstand des internationalen Handels machen, gemessen allein an Effizienz, Rendite und Applaus. Überdies: Ein US Filmkonzern könnte Anspruch auf Filmförderung in Deutschland beanspruchen, alles andere bedeutete eine unzulässige Wettbewerbsverzerrung. Das wäre das Ende jeglicher Kulturförderung, so die Besorgnis Zimmermanns. (FR vom 24.09.2003): Die macht auf die Bestimmung im Entwurf der EU-Verfassung aufmerksam, dass bei den audiovisuellen Medien Brüssel Handelsabkommen nur mit Zustimmung jedes einzelnen Landes abschließen darf. Frankreich würde ein GATS-Abkommen zu Lasten der Kultur kaum zulassen, auch die Bundesregierung will offenbar den Kulturbereich nur so weit öffnen, wie sie dies mit ihren Interessen vereinbar halte. Auch die UNESCO will offenbar die Förderung kultureller Vielfalt mit einer Konvention "Anwendungsbereiche

des GATS-Abkommens" verbinden.

Kurz vor Beginn der WTO Handelsrunde im mexikanischen Cancun haben Kulturpolitiker an die Mitgliedsländer appelliert, sich stärker für die Wahrung der kulturellen Vielfalt einzusetzen, so WDR-Intendant Fritz Pleitgen: "Es gibt ein Menschenrecht auf kulturelle Vielfalt", und forderte die WTO auf, bei den laufenden Gatts-Verhandlungen alles zu unternehmen, damit Kulturpolitik nicht durch zunehmenden Handelsliberalisierung gefährdet wird (WELT, 09.09.2003).

UNESCO

Weltkulturerbe

Bremen hat die Aufnahme in die Liste des Welterbes der UNESCO nicht geschafft (WELT, 04.07.2003).

Dazu der Kommentar der SZ vom 4. Juli 2003: "Das Bremer Rathaus mag kunsthistorisch interessant, ja sogar von europäischem Rang sein, mag Symbol der Demokratie-Geschichte sein – aber Welterbe?" Aufgenommen wurden hingegen das Bamian-Tal in Afghanistan und die alte assyrische Hauptstadt Assu im Irak. (FAZ, 04.07.2003).

Dem Welterbe-Komitee liegen derzeit insgesamt 38 Vorschläge aus 32 Ländern vor (FAZ, 02.07.2003). Dazu auch die Übersicht in der FAZ vom 5. Juli 2003.

Reichenau Weltgedächtnis

Die rd. tausend Jahre alte Buch-

malerei des Bodenseeklosters Reichenau gehört zum "Gedächtnis der Menschheit", das Weltgedächtnis umfasst jetzt 91 Dokumente und Sammlungen aus 45 Ländern. Deutschland ist vertreten mit der Gutenberg-Bibel, "Metropolis", Beethovens IX., Goethes Nachlass und den ältesten Tondokumenten traditioneller Musik (Edison Zylinder) (SZ, 03.09.2003).

England

Elgin-Marbles nicht zurück

Die berühmten Elgin Marbles, die 1801 von Lord Elgin vom Parthenon-Fries nach Großbritannien verbracht worden waren, werden anlässlich der Olympischen Spiele 2004 nicht nach Griechenland zurückkehren (SZ, 05.08.2003).

Frankreich

Streiks

Im Juli und August 2003 führte der Streik der Intermittents, der unregelmäßig arbeitenden, auf Honorarbasis bezahlten technischen und künstlerischen Mitarbeiter im französischen Kulturbetrieb dazu, dass zahlreiche Sommerfestivals, v.a. die Festspiele in Aix und in Avignon (s. Bericht in der SZ vom 11. Juli 2003) abgesagt werden mussten. Hauptstreitpunkt war die Reform der Arbeitslosenversicherung, nach der rund ein Drittel der bisher 35.000 Anspruchsberechtigten nicht mehr mit Leistungen aus der Arbeitslosenkasse rechnen könnten und fort-

an auf Sozialhilfe angewiesen wären.

Als "Witz" hat es die FAZ vom 6. September 2003 bezeichnet, dass Frankreich die Kultursubvention als Arbeitslosengeld für seine Künstler tarnt.

Im September gingen rund 10.000 Sänger, Musiker, Tänzer auf die Straße. Auch in anderen Städten wurde demonstriert, aber Kulturminister Jean Jacques Aillagon blieb hart, die Reform tritt am 1. Januar 2004 in Kraft. Aber immerhin wird Jacques Lang im Januar 2004 eine Konferenz zur Lage und zur Zukunft des gesamten auf Intermittents angewiesenen Kulturbetriebs leiten (FR, 10.09. 2003).

Iran

Nur 32

Statt 170.000 Exponaten aus den Vitrinen des Nationalmuseum in Bagdad sind 32 Exponate verschwunden. Als "Kunstraub-Lüge von Bagdad: Effekt eines Museumsdirektors" bewertet das Ganze die FAZ vom 23.06. 2003.

Russland

Kulturgüter zurückgeführt

Mehr als 3.000 in Russland gestohlene und außer Landes verbrachte Kulturgüter sind während der vergangenen 6 Jahre heimgeführt worden. Den Wert der Schätze bezifferte der Leiter der Abteilung für Erhaltung des kulturellen Erbes vom russischen Kulturministerium Vilkow

auf rd. 600.000 Euro (FAZ, 14.07.2003).

Schweiz

Filmförderung

Die Schweiz beteiligt sich an der EU-Filmförderung. Damit wird der Vertrieb der schweizerischen Kino- und Fernsehfilme in den EU-Ländern verbessert, wie auch umgekehrt die EU-Produktion einen vereinfachten Zugang zum Schweizer Markt hat.

Erleichterung auch im Bereich der Ausbildung ihrer Filmschaffenden und aus den EU-Fonds finanzierte Co-Produktionen anderer Länder. Als Gegenleistung bezahlt die Schweiz einen jährlichen Beitrag von rd. 3,7 Mio. Euro (FAZ, 29.07.2003).

Südkorea

Gastland

2005 wird Südkorea Gastland der Frankfurter Buchmesse sein (WELT, 23.06.2003).

USA

Kein Interesse

Die Amerikaner haben immer weniger Interesse an übersetzter Literatur. Während sich in 2002 deutsche Verleger die Übersetzungsrechte an 3.782 amerikanischen Büchern gesichert haben, haben amerikanische Verleger die Rechte für nur 550 deutsche Bücher gekauft, und Gleiches gilt für französische oder italienische Bücher. Als ein-

ziger Weg für ausländische Autoren heute noch eine amerikanische Leserschaft zu gewinnen, gilt, einen renommierten Literaturpreis zu gewinnen (FAS, 27.07.2003).

Patriot Act

Wie das FBI bekannt gab, wurde von den durch den sog. Patriot Act neu eingeräumten Ermächtigungsmöglichkeiten zur Überwachung von öffentlichen Bibliotheken und privaten Buchhandlungen bisher noch niemals Gebrauch gemacht. Das Gesetz war kurz nach dem 11.09.2001 erlassen worden, um den Kampf gegen den Terror zu erleichtern (FAZ, 22.09.2003).

In der FAZ vom 20. Juni 2003 war zu lesen, seitdem hätten 550 Bibliotheken Kontakt mit Terror-Fahndern.

Ausbleiben der Sponsoren

Die FAS vom 19. Oktober 2003 übertitelt einen Bericht über die amerikanische Kulturszene mit der Überschrift "Amerikas Reiche knausern bei der Kultur".

"Was für die Opern gilt, trifft für die ganze amerikanische Kulturszene zu: Es fehlt an allen Ecken und Enden an Geld. Gerade in diesem Jahr hat sich die Lage noch einmal zugespitzt; parallel zur Finanzkrise der amerikanischen Bundesstaaten, die ihre Zuschüsse für kulturelle Einrichtungen in einem Ausmaß zusammenstreichen wie schon lange nicht mehr. Das gilt nicht nur für Kalifornien und sein Finanzloch von 38 Milliarden Dollar, das nun Arnold Schwarzenegger stopfen will. Auch viele andere Teile der Vereinigten

Staaten sind betroffen. Die mehr als zwei Jahre dauernde Wirtschaftsfloute hat die Steuereinnahmen der Bundesstaaten zusammenschumpfen lassen. Der Sparzwang ist so groß, weil die amerikanische Verfassung vorschreibt, daß Bundesstaaten zum Ende des Haushaltsjahres einen ausgeglichenen Etat ausweisen müssen.

Das aber ist nur eine von mehreren schlechten Nachrichten für die Kulturschaffenden. Denn in Amerika stützt sich die Finanzierung von Kultureinrichtungen auf mehr Säulen als in Europa - und an nahezu jeder Front sind derzeit Einbußen zu verzeichnen.

In Amerika wird die Kultur in weitaus geringerem Umfang vom Staat finanziert als in Europa. 'Die zwölf großen italienischen Opernhäuser bekommen jedes Jahr zehnmal soviel Geld vom Staat wie wir', klagt Dana Gioia, Chefin des staatlichen Kulturfonds National Endowment for the Arts (NEA). Dabei finanziert der NEA nicht nur die Oper, sondern sämtliche Kunstbereiche. Er bildet eine von drei Säulen der öffentlichen Kulturfinanzierung: Unterhalb des NEA gibt es die Kulturfördereinrichtungen der Bundesstaaten und darunter noch einmal Zuschüsse auf kommunaler Ebene. Diese drei Säulen decken aber nur 10 Prozent des Budgets von Kultureinrichtungen ab, den Rest müssen sich die einzelnen Häuser aus zahlreichen anderen Quellen beschaffen.

Etwas 50 Prozent ihres Budgets

verdienen amerikanische Opern laut Scorca selbst über Ticketverkäufe und sonstige Einnahmen; dieser Anteil dürfte in anderen Kulturbereichen ähnlich hoch sein. Die Zuschauerzahlen sind allerdings in den vergangenen Jahren stark geschrumpft, weil die Verbraucher sich immer mehr zum Sparen gezwungen sehen. Besonders betroffen sind die großen Touristenziele des Landes, denen die auswärtigen Besucher fehlen. In New York wird es Schätzungen zufolge in diesem Jahr noch immer 20 Prozent weniger ausländische Besucher geben als 2000.

Die trübe Wirtschaftslage macht sich auch bei einer weiteren wichtigen Säule bemerkbar: den Spenden von Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen. 15 Prozent aller Spenden für gemeinnützige Zwecke in Amerika gehen an Kultureinrichtungen, sagt Jay Golan, der bei der New Yorker Carnegie Hall als Chef des 'Fundraising' solche Finanzierungszusagen akquiriert. Bei der berühmten Konzerthalle kommen rund 17 Millionen Dollar und damit mehr als ein Viertel des gesamten Budgets von Spendern. Allerdings mußte die Carnegie Hall hier deutliche Einbußen hinnehmen. Zwar blieben die Zuwendungen einzelner besonders finanzkräftiger Spender nach den Worten von Golan fast unverändert.

Dafür fließt das Geld aus der Wirtschaft immer spärlicher, in den vorigen beiden Jahren gab es hier einen Rückgang um 30 Prozent. Die Unternehmen ha-

ben im Zuge schrumpfender Gewinne ihre Sponsorenbudgets gekürzt. Bisweilen wollen sie auch nicht mehr prominent als Kultur-Gönner in der Öffentlichkeit stehen, während sie gleichzeitig Stellen abbauen.

Auch private Stiftungen, wie sie häufig von Unternehmern aus steuerlichen Gründen ins Leben gerufen werden, geben weniger Geld als früher. Das Vermögen dieser Stiftungen besteht vielfach aus Anlagen, die im Zuge des Zusammenbruchs an den Kapitalmärkten dramatisch an Wert verloren haben. Solche Einbußen haben auch die Carnegie Hall zu Sparmaßnahmen gezwungen - zumal auch die Zuschauerzahlen in den vergangenen beiden Jahren um etwa 10 Prozent geschrumpft sind.

Die Carnegie Hall ist ein prominentes Beispiel dafür, wie wenig Berührungspunkte es in Amerika zwischen Kultur und Wirtschaft gibt.(...)

Auch wenn die öffentlichen Zuschüsse in Amerika nur einen kleinen Teil des Budgets ausmachen, sind diese für Kultureinrichtungen extrem wichtig. Vor allem bei kleineren Institutionen machen private Geldgeber Finanzzusagen häufig davon abhängig, ob die Gruppen auch von der öffentlichen Hand Zuschüsse bekommen. Dazu kommt, daß die öffentlichen Mittel nicht zweckgebunden sind. Während Sponsoren in der Regel ihr Geld für die Finanzierung von künstlerischen Projekten ausgeben und damit auch ihren Namen prominent verbunden sehen wollen, können die Zuschüsse auch für weniger glanzvolle Din-

ge wie Reparaturen ausgegeben werden.

Vor allem die Bundesstaaten kürzten. Das landesweite NEA-Budget blieb bei 116 Millionen Dollar gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, ist aber von dem Spitzenwert von 176 Mio. Dollar im Jahr 1992 weit entfernt. Die Bundesstaaten haben ihre Finanzhilfen im abgelaufenen Geschäftsjahr von 409 auf 355 Mio. Dollar zusammengestrichen, und das Tempo der Kürzungen beschleunigt sich immer weiter.

Aufregung gab es in diesem Jahr vor allem deshalb, weil Bundesstaaten in Einzelfällen ihre Kulturmittel komplett streichen und gleichzeitig die für die Verteilung des Geldes zuständigen Behörden eliminieren wollten. Ein entsprechendes Vorhaben in New Jersey sorgte allerdings für einen derart großen Unmut in der Öffentlichkeit, daß es wieder aufgegeben wurde. Trotzdem gibt es nach Angaben von Kimber Craine vom Verband der Kulturbehörden der Bundesstaaten im laufenden Geschäftsjahr weitere Einschnitte in den Budgets von 80 Millionen Dollar.

Drastische Kürzungen nahmen vor allem Kalifornien, Florida und Michigan vor, wo die Budgets um mehr als 50 Prozent zusammenschumpften. 'Dabei beträgt das Kulturbudget üblicherweise ohnehin nur 0,01 Prozent des Gesamthaushalts', sagt Craine.

Opernverbands-Chef Scorca vermißt in Amerika eine grundsätzliche Wertschätzung der Kultur, die auch Zeiten des wirtschaftliche Abschwungs über-

stehen würde. 'Kultur ist immer nur dann eine hübsche Sache, wenn die Zeiten gut sind.'

Nach Ansicht von Craine ist diese Einstellung gefährlich: Das im Ausland verbreitete Bild amerikanischer Kulturlosigkeit werde dadurch weiter manifestiert. Schon heute werde die Wahrnehmung amerikanischer Kultur vor allem von Kinofilmen und Fernsehsendern dominiert - was nach Ansicht von Craine der Vielfalt der amerikanischen Kulturszene nicht gerecht wird. 'Wir haben mehr zu bieten als MTV und Britney Spears', meint er.

Personalien

- Der vormalige Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Prof. Julian Nida-Rümelin, wird einen Lehrstuhl am GSI in München erhalten (bislang Göttingen) (WELT, 18.10.2003).

- Jürgen Flimm hat seinen Vertrag für die zweite Ruhr-Triennale-Periode von 2005 bis 2007 unterzeichnet (WELT, 18.10.2003).

- Vorsitzende der geplanten Bundestags-Enquete-Kommission Kultur ist die ostfriesische CDU-Abgeordnete Gitta Conemann (WELT, 26.06.2003), für die CDU/CSU stehen u.a. Nike Wagner und der Songschreiber Heinz-Rudolf Kunze.

- Der Intendant der Stuttgarter Staatsoper und Chef des Deutschen Bühnenvereins, Klaus

Zehelein, wird ab Herbst 2006 Präsident der Bayerischen Theaterakademie (WELT, 30.06.2003). Der Vertrag soll bis 2013 laufen (FAZ, 06.09.2003).

- Der scheidende Frankfurter Choreograf William Forsythe erhielt im Juli 2003 den diesjährigen Kulturroschen des Deutschen Kulturrats (WELT, 03.07.2003). Zu den bisherigen Preisträgern gehören Klaus Staeck und Rita Süßmuth.

- Das Zentrum gegen Vertreibung hat erstmals ihren Franz-Werfel-Menschenrechtspreis verliehen, und zwar an den Bochumer Genozidforscher Mihran Dabag und an die Initiatoren des "Kreuz der Versöhnung" (FR, 28.06.2003).

- Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, ist Vorsitzende des in München gegründeten Deutschen Sprachrates, dem neben dem Goethe-Institut die Gesellschaft für deutsche Sprache in Wiesbaden und das Institut für deutsche Sprache in Mannheim angehören (WELT, 30.07.2003).

- Adolf Muschg ist neuer Präsident der Berliner Akademie der Künste (s. Interview in der WELT vom 10. Juli 2003).

- Christoph Stölzl hat demotiviert, er wolle Generaldirektor der Kölner Museen werden: "Wenn man sich einen Generaldirektor als Obersparkommissar wünscht, kann man es gleich bleiben lassen" (WELT, 10.07.2003).

- Gegen den ehemaligen Kulturstaatsminister und ZEIT-Her-

ausgeber Michael Naumann wurde seitens der Berliner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingestellt. Naumann hatte geschrieben, die Ermittlungen gegen Michel Friedman seien das Werk eines "durchgeknallten Staatsanwalts" (FAZ, 04.07.2003).

- Der ehemalige Geschäftsführer der Bertelsmann Stiftung Andreas Schlüter wird neuer Generalsekretär des Goetheinstituts. Er wird sein Amt am 1. Januar 2004 antreten (SZ, 20.09.2003).

- Gerhard Mayer-Vorfelder, Präsident des Deutschen Fußballbundes, ist vom Verein Deutsche Sprache (VDS) zum "Sprachpanscher des Jahres" gewählt worden.

Grund "Die Imponier-Anglizismen" im Katalog "Fan-Corner". Mitnominiert war auch VW-Personalchef Peter Hartz, der die Deutschen ins "Job-Center zum Casemanagement mit Key-Account" schicken will.

- Barbara Kisseler (parteilos) ist neue Kulturstaatssekretärin in Berlin. Sie folgt Krista Tebbe, die im Februar 2003 wegen inhaltlicher und persönlicher Differenzen ausgeschieden war. Kisseler leitete von 1986 bis 1993 das Kulturredaktion in Düsseldorf (SZ, 16.08.2003).

- Frank Castorf wird bis 2007 die Ruhrfestspiele leiten (FAZ, 29.08.2003).

- "Die Mitte Europas ist nicht Paris, sondern Prag."

Günter Grass, lt. WELT vom 30. Juni 2003.

- "Wenn unsere Politiker mehr lesen würden, wären sie nicht solche langweiligen Hanseln."

Literaturkritikerin Elke Heidenreich, lt. WELT vom 24. Juli 2003.

- "Wir sind das einzige Land, in dem Bewusstsein existiert bezüglich der Notwendigkeit, das kulturelle Schaffen und die Künstler mit öffentlichen Mitteln zu fördern."

Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac, lt. FAZ vom 15. Juli 2003.

- "Es war eine Streitfrage, ob die Staatsoper Unter den Linden nicht zur Bundesoper werden könnte. Aber wir haben kein Königshaus und keine Diktatur, die sich Hofopern oder Staatstheater halten, sondern wir sind eine Demokratie, in der die Länder diese Häuser betreiben".

Kulturstaatsministerin Christina Weiss im Interview mit der WELT vom 14. Juli 2003.

- "Ich bin schneller beim Schröder als bei unserem Bürgermeister."

Claus Peymann, Intendant des Berliner Ensembles, angesichts der Streichung von Lotto-Mitteln für das Theater (SZ, 05.07.2003).

- Die WELT: Ihnen fehlt das Höhere, die Religion? Castorf: "Es ist das Rauschhafte am Katholischen, das auch George Bataille angezogen hat. Die Nähe zur Theatralik. Und dass man eine Insel zum

Zitate

- "Ich bin nun mal die Frau vom ‚Bild‘-Chefredakteur, der ein Buch vorabdruckt, das ich geschrieben habe."

Bohlen-Ghostwriter Katja Kisseler über ihren Verzicht auf Umsatzbeteiligung, lt. FAS vom 5. Oktober 2003.

- "Es ist billiger, den Ku'damm in Hollywood aufzubauen."

Moritz Bormann, Internationmedia AG über die Nachteile des Produktionsstandorts Deutschland angesichts von deutscher Quellensteuer und Arbeitsrecht, lt. FAS vom 12. Oktober 2003.

- "Ich gehörte damals zu denen, die zu lange die DDR als reformierbar ansahen."

Günther Wallraff zu den Vorwür-

fen IM, Wagner gewesen zu sein, lt. BILD vom 6. September 2003.

- "Das ist das letzte Mal, dass ich mein Idiotentum öffentlich zeige."

Schriftsteller Peter Handke zu seinem letzten öffentlichen Auftreten anlässlich der Ehrendoktorwürde der Universität Salzburg, lt. WELT vom 20. Juni 2003.

- "Nur rund um die Uhr die Welt-Hits zu senden, die ohnehin schon jeder kennt, halte ich für einen falschen und auch vom Publikum nicht gewünschten Weg."

Der bayerische Staatskanzleichef, Erwin Huber, zur angeregten Quote für deutsche Schlager im Rundfunk, lt. Express vom 28.06.2003.

Ausruhen findet. Ich brauche das Wunder. Allein die Rationalität unserer schnellen Zeit das geht nicht. Nur mit Zynismus zerbricht alles. Religiosität ist ein Anker."

Regisseur Frank Castorf im Interview mit der WELT vom 5. Juli 2003.

- *"Die DDR war eine Diktatur. Was wäre in diesem Land für ein Geschrei, wenn nicht Kati Witt eine DDR-Schau, sondern z. B. Johannes Heesters eine Dritte-Reich-Schau moderieren würde?"*

Günter Nooke, MdB, zu den DDR-Nostalgie-Shows in ZDF und RTL.

- *"In der modernen Architektur haben Denkmäler weniger die Aufgabe, eine einzige Botschaft zu verkünden. Die Sinnlosigkeit und Trostlosigkeit der Massenvernichtung kann nicht in einer klassischen Bauform ausgedrückt werden. Das Denkmal muss die Sinnlosigkeit ausdrücken. Ein Teil dieses Denkmals ist seine Provokation."*

Architekt Peter Eisenman zum Beginn des Baus des Holocaust-Denkmal in Berlin, lt. WELT vom 16. August 2003.

- *"Die Regierung Schröder tötet die Kunst."*

Künstler HA Schult zu den Plänen der Bundesregierung zur Besteuerung von Freiberuflern, lt. BILD vom 15. August 2003.

- *"Wenn die Politiker der Meinung sind, sie müssen die Theater schließen, sollen sie das eben tun. Dann sollen sie sich aber auch hinstellen und sagen: Wir*

schließen eine der tollsten Institutionen des Weltkulturerbes, unser Stadttheater ... Die Künstler, die Intendanten und die Regisseure, die können das Problem der Finanzen nicht lösen, sie haben es nicht herbeigeführt."

Der vormalige Präsident des Deutschen Bühnenvereins Jürgen Flimm, lt. WELT vom 14. August 2003.

- *"Wenn wir Kindern und jungen Menschen die Chance nehmen, selber zu musizieren und sich musikalisch zu bilden, dann berauben wir sie sehenden Auges um eine wesentliche Möglichkeit ihres Lebens."*

Bundespräsident Johannes Rau zur "musikalischen Verstepung", lt. WELT vom 9. September 2003.

- *"Es wird schlichtweg zu wenig dafür getan, unsere Filme auch in die Kinos rund um den Globus zu bringen."*

Michael Schmidt-Ospach, Leiter der Filmstiftung NRW, lt. SZ vom 15. September 2003.

- *"Wenn wir nicht aufpassen, findet die Kultur anderswo statt, während es bei uns nur noch Fernsehkonsumenten gibt."*

Dirigent Kurt Masur zur Versorgung im Musikunterricht auch an den Grundschulen, lt. WELT vom 25. August 2003.

- *"Wie sollen die verstehen, dass viele Tausende im Herbst 1989 auf die Straße gegangen sind, um dieses System zu verjagen? Wegen der Spreewaldgurken?"*

Bürgerrechtler Rainer Eppel-

mann über die Ostalgie-Schau im ZDF, WELT, 23.08.2003.

- SZ: *"Herr Atzorn, welcher Kanzler steht Pate für 'Küss mich Kanzler'.*

Robert Atzorn: *"Das ist Schröder."*

SZ: *"Sie haben sich also in der Toskana vorbereitet, Rotwein getrunken, sehr oft, und im übrigen 'ich sag mal' in ihre Sätze gepackt" ...*

Atzorn: *"Nee. Diese Geschichte dreht sich nicht um politische Zusammenhänge sondern um menschliche. Der Kanzler verknallt sich in eine Frau, die im Kanzleramt putzt, und die, wie sich herausstellt, eine illegal eingereiste Zahnärztin aus Kasachstan ist. Es gibt ne Menge Trubel und Wirbel."*

Schauspieler Robert Atzorn im Gespräch mit der SZ vor der neuen Serie "Küss mich Kanzler", lt. SZ vom 20.08.2003.

- *"Zweimal geht ein Deutscher ins Museum: Das erste Mal an der Hand seiner Eltern, das zweite Mal mit dem eigenen Kind an der Hand."*

Gottfried Dominik, Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten Sachsen, zu den sinkenden Besucherzahlen in den deutschen Schlössern und Burgen (FAZ, 25.09.2003).

- *"Die Anführer der 68er liefen mit Kopien und Exzerpten dieses Werkes in jedes teach-in und terrorisierten damit Kommilitonen und Professoren."*

Peter Glotz über die "Dialektik der Aufklärung" von Theodor Adorno, lt. WELT vom 4. September 2003.

Laudatio

auf Christian Meier

Am 18. Oktober 2003 wurde der Althistoriker Prof. Dr. Christian Meier in Kassel mit diesem in Deutschland höchstdotierten Sprachpreis für besondere Dienste um die Anerkennung, Weiterentwicklung und Pflege des Deutschen als Kultursprache mit dem Jakob-Grimm-Preis ausgezeichnet. Die Laudatio auf Christian Meier, Emeritus der Universität München, der u.a. grundlegende Werke wie "Caesar" (1982), "Athen" (1993) und "Von Athen bis Auschwitz" (2002) verfasst hat, hielt Dr. Norbert Lammert, MdB, stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Lammert würdigte mit Christian Meier einen Historiker, der nicht nur in seiner Wissenschaft herausragende Arbeiten geschaffen habe, die längst zu Standardwerken geworden seien, sondern auch als engagierter Staatsbürger Flagge gezeigt und Zeichen gesetzt habe. Es gebe nicht allzu viele Intellektuelle in Deutschland, die gegen den Zeitgeist den Parlamentarismus und die Parteien weder für verkommen noch für verzichtbar halten und trotz der oft zu recht beschworenen Gefahren des Nationalismus mit ebenso guten Gründen die Bedeutung der Nation für das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein eines Landes hochhalten.

Insbesondere als Präsident der Akademie für Sprache und Dichtung habe Meier den Rang der Sprache für die Kultur unseres Landes vertreten und den Respekt auch und gerade von Kultusministern eingefordert, die für die Entwicklung der deutschen Sprache eine erhebliche Verantwortung, sicher aber keine Hoheitsrechte haben.

Mit seinem eindrucksvollen, entschlossenen, aber nie dogmatischen Einsatz für die Sprache habe sich Christian Meier in die Tradition großer deutscher Gelehrter eingereiht, die wie Jacob Grimm Politik und Wissenschaft nicht als feindliche Mächte missverstanden, sondern als gleichrangige und jeweils unverzichtbare Möglichkeiten der Aufklärung und der Gestaltung einer Gesellschaft begriffen hätten, so Lammert.

Buchrezension:

Norbert Lammert rezensiert:

Mikos Panajotopoulos:
Die Erfindung des Zweifels
(Reclam Verlag Leipzig 2002)

Der Zweifel wird in diesem Buch weder erfunden noch ein für alle Mal aus der Welt geschafft. Immerhin beschreibt der schmale, vielgelobte Roman des in Deutschland bisher weithin unbekanntem griechischen Autors im "Portrait des todkranken Künstlers" die verheerenden Folgen der scheinbaren Überwindung unvermeidlicher Zweifel am Wert eines Kunstwerkes durch genetischen Nachweis der künstlerischen Begabung des jeweiligen Urhebers.

James Wright, ein zu Beginn des 21. Jahrhunderts geborener Schriftsteller, hat in jungen Jahren mit einer Sammlung von Erzählungen und einem ersten Roman überragenden kommerziellen und künstlerischen Erfolg, der bei zwei weiteren Romanen ausbleibt. Weitere Werke finden ein paar Jahre später keinen Verleger mehr, da der Autor es beharrlich ablehnt, sich einem genetischen Test seiner künstlerischen Begabung zu unterziehen. Seit Mitte der 30er Jahre des 21. Jahrhunderts genießt der sogenannte "Zimmermann-Test" breite Anerkennung, der nach einer aufsehenerregenden wissenschaftlichen Kontroverse den genetischen Nachweis künstlerischer Begabung durch Bescheinigung eines DNA-Labors

ermöglicht. Die damit verbundenen mittelbaren und unmittelbaren Folgen für Künstler, Agenturen, Galerien, Verlage und Kritiker revolutionieren innerhalb kurzer Zeit die ganze Welt der Kunst. Verlage wie Galerien verfügen zum ersten Mal über ein vermeintlich sicheres Kriterium für die Auswahl ihrer Künstler und damit zugleich über die Möglichkeit, ihre Betriebskosten deutlich zu senken.

Lektoren und Kuratoren werden durch den Test überflüssig, Kunstkritiker durch Marketingexperten verdrängt. Die neuen Gewissheiten über die künstlerische Bedeutung von Autoren und Werken eröffnen zugleich neue Zweifel am Wert alter Meister mit chaotischen Auswirkungen auf den Kunstmärkten, auf deren Entwicklung eine Zeit lang DNA-Labors größeren Einfluß haben als früher hochrenommierte Kunstsachverständige, bis deren Beiträge zur Überwindung des Zweifels eigene Zweifel an der Seriösität der vorgelegten genetischen Codes auslösen.

Die revolutionäre Entwicklung in Wissenschaft und Kunst kostet James Wright und viele andere Autoren ihre Karriere: entweder weil sie sich, wie er, dem Test verweigern oder weil der Test ihnen den Nachweis der geforderten genetischen Qualifikation schuldig bleibt. Neue Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven ergeben sich erst, als der übersichtliche Markt der verbleibenden Autoren seine unvermeidlichen Engpässe produziert und anonyme Schriftsteller im wörtlichen wie übertragenen Sinne als "Ghostwriter" der

überforderten Wunderkinder benötigt werden, die den Erwartungen ihres Publikums allein quantitativ nicht genügen können. Dass der auf diese Weise reaktivierte James Wright mit seinem letzten Roman einem gefeierten Jungstar der Literaturszene endlich zum Nationalpreis verhilft, ist eine schöne Pointe und noch besser als seine im Roman mit Vor- und Nachwort etwas umständlich vorgelegte Lebensbeichte, mit deren Veröffentlichung der ganze Schwindel postum buchstäblich in die Luft gejagt wird.

Die Wiederherstellung des Zweifels ist nicht der geringste Verdienst dieses Buches, dem eine brillante Idee zugrunde liegt, auch wenn die daraus entwickelte Geschichte mit manchen ebenso unnötigen wie umständlichen Fußnoten nicht in der gleichen Weise rundum gelungen ist. Gelegentlich ertappt man sich bei dem Gedanken, was wohl ein Autor wie Ernest Hemingway aus diesem Stoff gemacht hätte, und beruhigt sich mit der schönen Erfahrung, dass Verlage nach wie vor offenkundig neuen Autoren auch ohne genetischen Test Publikationsmöglichkeiten eröffnen.

"Wenn der Zweifel ausbleibt, sprechen wir nicht mehr von Kunst, sondern von Propaganda." Mit dieser Botschaft wird das Buch in Erinnerung bleiben – und mit einer der schönsten Widmungen, die es in der Literaturgeschichte jemals gegeben hat: "Für alle jene, die sich Abend für Abend in das ungemachte Bett des Zweifels legen...".

Vorankündigung

Norbert Lammert (Hg.)

Alles nur Theater?

Beiträge zur Debatte über Kulturstaat und Bürgergesellschaft (Dumont-Verlag 2003)

Besucherrekorde auf den Buchmessen und in den großen Ausstellungen, neue spektakuläre Museumsbauten, Inflation von Festivals und Kunstmessen, Biennalen, Triennalen, boomender Architekturtourismus; leere Kassen, offene Rechnungen, geschlossene Theater, Popstars als Bestsellerautoren, Bildungsnotstand und andere Katastrophen: Widersprüche, Fakten oder Klischees?

In jedem Falle neue Herausforderungen für Staat, Gesellschaft und Kultur kurz nach der Jahrtausendwende.

Der demnächst erscheinende Band will zeigen, dass Kunst und Kultur keine Staatsangelegenheit sind. Der Staat ist nicht für Kultur zuständig, sondern für die Bedingungen, unter denen sie stattfindet. Das Spektrum der prominenten Autoren - Künstler, Schriftsteller, Intendanten, Wissenschaftler und Politiker - und ihrer Positionsbestimmungen dokumentiert die Vielfalt der Ansätze und Bemühungen, Kunst und Kultur als unverzichtbaren Bestandteil unserer Gesellschaft zu verstehen: zwischen individueller Kreativität, gesellschaftlichem Dialog und staatlicher Unterstützung. Das Buch ist zugleich ein Plädoyer dafür, dass

der Staat Kunst und Kultur freie Entfaltung garantiert und die dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen schafft.

Die Autoren:

Rolf Bolwin
Ludwig Georg Braun
Gitta Connemann
Ulrich Eckhardt
Ludwig Eichinger
Ernst Elitz
Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff
Johannes Grützke
Hilmar Hoffmann
Volkhard Knigge
Dieter Kosslick
Norbert Lammert
P. Hans Langendörfer SJ
Susanne Litzel
Siegfried Matthus
Angela Merkel
Gerard Mortier
Adolf Muschg
Julian Nida-Rümelin
Franz Xaver Ohnesorg
Martin Puttke
Viviane Reding
Martin Roth
Annette Schavan
Hermann Schäfer
Frank Schneider
Michael Söndermann
Burkhard Spinnen
Christoph Stölzl
Günter Uecker
Bernhard Vogel
Johanna Wanka
Elmar Weingarten
Udo Zimmermann

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Unter dem Titel **“Alle für die Kultur – Förderkonzepte in Krisenzeiten”** veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Kunst und in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. am Mittwoch, 1. Oktober 2003 im Plenarsaal des Sächsischen Landtages in Dresden ein Kommunalpolitisches Forum.

“Kultur für alle” – selten hat ein Begriff ein Politikfeld so intensiv geprägt, wie die von Hilmar Hoffmann formulierte “neue Kulturpolitik” als gesellschafts- und sozialpolitischer Auftrag in den prosperierenden siebziger Jahren. “Kultur für jeden und keinen” monierten Kritiker in den neunziger Jahren. Je prekärer die Haushaltslage der Kommunen, je härter die Diskussionen über die Ziele und Inhalte öffentlicher Kulturförderung.

“Kultur in einer neuen Bürgergesellschaft” lautet jetzt die Alternative, die den kommunalen Kulturauftrag leiten und legitimieren soll.

Auf dem Podium im Plenarsaal des sächsischen Landtags trafen sich Expert/innen aus Ost und West, um über Inhalte und Anspruch dieses sogenannten Paradigmenwechsels zu diskutieren.

- der sächsische Kultusminister
Matthias Rößler,

- die brandenburgische Kultusministerin *Johanna Wanka,*
- Stuttgarts Kulturbürgermeisterin *Iris Magdowski,*
- der Düsseldorfer Kulturdezernent *Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff,*
- *Nikolaus Turner,* Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Bürgerstiftungen und
- *Rainer Stamm,* Museumsdirektor in Bremen.

Im Vordergrund stand die Frage der Gestaltungsmöglichkeiten, die Kulturpolitiker in Kommunal- und Landesparlamenten, Kulturverwaltungen, Kulturinstitutionen und kulturengagierte Bürgerinnen und Bürger auch in Zeiten dramatischer Kassenlage der öffentlichen Hände noch haben.

Folgende zentrale Botschaften können aus den beiden Impulsreferaten und der anschließenden Podiumsdiskussion zusammengefasst werden.

Die erfolgreiche Praxis des Sächsischen Kulturraumgesetzes hat bundesweit eine Diskussion darüber angestoßen ob - mit oder ohne gesetzliche Grundlage - die sogenannte kulturelle Grundversorgung als öffentlicher Auftrag zu gelten hat oder völlig der Privatisierung überlassen werden darf. Die aktuelle Entwicklung sämtlicher Haushalte lässt erwarten, dass verstärkt über eine Regionalisie-

rung der Kulturförderung nachgedacht werden muss. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Föderalismus- und insbesondere der Entflechtungsdebatte ist dies eine interessante Detailfrage, wobei die Rolle des Bundes noch völlig offen ist.

Es besteht dringender Definitionsbedarf für diesen Begriff der kulturellen Grundversorgung, der positiver durch den Begriff einer Kulturgarantie besetzt werden sollte. Das muss die Politik leisten.

Wesentliches Prinzip sollte die Sicherung künstlerischer Entfaltungsmöglichkeiten und eines präzise zu bestimmenden Bestandes kultureller Einrichtungen, Leistungen und Angebote sein. Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Es kommt auf die Inhalte, nicht auf die Trägerschaft an. Die Verpflichtung einer Kommune, kulturelle Einrichtungen vorzuhalten, beinhaltet selbstverständlich, dass diese im Hinblick auf die demografische Entwicklung, auf Veränderungen im Bürgerverhalten und Bürgerbedürfnis auf den Prüfstand gestellt werden können.

Zu den Schwerpunkten kommunaler Kulturpolitik werden zukünftig interkulturelle Bildung und kulturelle Jugendbildung gehören. Bei einem Anteil von 30 bis 50 Prozent Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten ist dies ein wesentlicher gesellschaftspolitischer Aspekt der Kulturpolitik. Dabei wird das Thema der "Partnerschaften nach innen" also eine Zusammenfassung der problemrelevanten Verwaltungsbereiche zu diskutieren sein. Ein ganz

neues Feld tut sich auf bei dem Stichwort "Kultur und Ganztagmarkt".

Der immer wieder bemühte Begriff des bürgerschaftlichen Engagements ist ein hochsensibler Bereich. Initiativen dürfen auf keinen Fall von der Politik okkupiert werden (z.B. von Gemeinden gegründete Bürgerstiftungen). Gleichwohl ist die "Schaffung von Anerkennungskultur" Voraussetzung einer funktionierenden Bürgergesellschaft.

Ursula Gründler

(HA Politische Bildung und Kommunalpolitik)

Aus kulturpolitischen Beiträgen

- Das Heft 385 der "Politischen Studien", hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung widmet einen Schwerpunkt der "ästhetischen Bildung".

- Einem bislang eher vernachlässigten Gebiet nicht nur der Kulturpolitik, sondern auch der politischen Bildung, das uns aber zunehmend beschäftigen wird, widmet sich das jetzt vorliegende 3. "Jahrbuch für Kulturpolitik" 2002/2, hrsg. vom Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft, dem Thema "Interkultur". Von Uni-
onsseite nähern sich diesem Thema .u. a. Peter Müller, Rita

Süssmuth, Peter Frankenberg und Günter Nooke. Wie auch zuvor runden Chronik und ausführliche Bibliographie diesen vorzüglichen Sammelband ab, an dem niemand vorbeikommen kann, der sich mit interkulturellen Fragestellungen jeder Art beschäftigt. Gelungen ist hier eine echte Pionierleistung.

- Die Zeitschrift "Kulturberichte", hrsg. vom Arbeitskreis selbständiger Kulturinstitute, 2/2003, widmet sich u.a. dem Thema "Kultur und Sightseeing - Museen, Kulturstätten und Tourismus".

- Die Zeitschrift "politik und kultur" (Oktober 2003), hrsg. vom Deutschen Kulturrat, berichtet ausführlich über die Einsetzung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" (Interview mit Gitta Connemann), und blickt zurück auf die gescheiterte Fusion der Kulturstiftungen; Geschäftsführer Olaf Zimmermann spricht sich für das Stiftungskonzept für das "Zentrum gegen Vertreibungen" aus, Berlins Bildungssenator Klaus Böger für frühkindliche kulturelle Bildung.

Dokumentation

Die "Jugendkultur- und -bildungsinitiative"

Ein Projekt der Kulturstiftung der Länder

Eine der wichtigsten Aufgaben der Kulturstiftung der Länder liegt in der Bewahrung von Kunst und Kultur. Eine Verantwortung, die den Blick in die Zukunft verlangt - und damit auch auf die Kinder und Jugendlichen, die den Reichtum unseres kulturellen Erbes und Schaffens frühzeitig als Bereicherung ihres eigenen Lebens erfahren müssen, damit sie später ihre Rolle als kultureller „Verantwortungsträger von morgen“ ernst nehmen.

Warum eine Jugendkultur- und -bildungsinitiative?

Die ästhetische Erziehung von Kindern und Jugendlichen, die eine solche Öffnung für Kunst und Kultur erst möglich macht, bedarf der ausdrücklichen Förderung durch alle gesellschaftlichen Kräfte. Dies ist in der Vergangenheit nicht immer geschehen und hat dazu geführt, dass Kinder und Jugendliche häufig den „Draht“ zu Kunst und Kultur verloren - oder gar nicht erst entwickelt - haben. Diesen Notstand zeigen in beunruhigender Weise zahlreiche Studien. Dazu kommt, dass Erkenntnisse der Entwicklungsphysiologie die Notwendigkeit ästhetischer Bildung für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen auf

das Nachdrücklichste belegen und zudem die ungeheuren Kapazitäten zur Aufnahme solcher Angebote im Kindes- und Jugendalter aufzeigen. All dies motivierte die Kulturstiftung der Länder, eine Initiative zu starten, von der ein neuer Impuls für die Annäherung zwischen Kultur auf der einen und Kindern und Jugendlichen auf der anderen Seite gegeben werden soll. Die Initiative ist sparten- und bundesländerübergreifend angelegt und wird zur Zeit in enger Beratung und Abstimmung mit den Kulturabteilungen der Länder sowie dem Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und der Bundeszentrale für politische Bildung „auf den Weg gebracht“. In der Kulturstiftung der Länder wird die Initiative von einem Arbeitskreis vorbereitet, dem Bernhard Frhr. Loeffelholz v. Colberg, Wolfgang Edelstein, Eske Nannen, Linda Reisch, Thomas Rietschel, Hellmut Seemann, Uta Schnell, Margarete Schweizer, Karin v. Welck und Iris Wenderholm sowie - je nach Fragestellung - wechselnde Gesprächspartner angehören.

An wen wendet sich die Jugendkultur- und -bildungsinitiative?

Die Jugendkulturinitiative betrifft Kinder und Jugendliche vom Kindergarten bis zum Schulabschluss. Ihr Focus ist die Zusammenarbeit zwischen Kultur, nämlich Kulturinstitutionen und Künstlern, und Schule bzw. Kindergarten. Grund dafür ist die Tatsache, dass mit Einbeziehung der Schule die größte und breiteste Wirkung erzielt werden

kann - einfach, weil man dort alle Kinder antrifft. Denn eine breite Kulturfähigkeit zu erreichen - und dies ist sowohl qualitativ als auch räumlich und zahlenmäßig gemeint - ist das Ziel der Initiative, die sich bewusst auch an Kinder und Jugendliche außerhalb der kulturverwöhnten städtischen Zentren richtet. Kulturinstitutionen, die in diesem Zusammenhang angesprochen werden sollen, sind sowohl Museen, Theater und Opernhäuser, Bibliotheken und Literaturhäuser, Orchester und Tanztheater als auch Musik- und Kunstschulen. Auch das Engagement von Künstlern, die ihre Authentizität in eigene kooperative Projekte einbringen, ist in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung.

Die Jugendkultur- und -bildungsinitiative: Profil und Programm

Die Jugendkultur- und bildungsinitiative besteht aus einem Bündel von Maßnahmen, deren Zusammenwirken der Auslöser für das Entstehen einer neuen Beziehung zwischen Kindern und Jugendlichen, Kunst und Kultur sein soll.

Im Mittelpunkt stehen ein Kompendium und ein künstlerisch-wissenschaftlicher Kongress. Das spartenübergreifende Handbuch beispielhafter Kinder- und Jugendkulturprojekte in Deutschland quer durch alle Bundesländer, das zur Zeit erarbeitet wird, soll die einzelnen Projekte in ihrer Struktur und Wirkungsweise, vor allem aber auch in ihrer Machbarkeit her-

ausstellen. Das Buch, das Ende 2003 erscheinen wird, soll Künstler und Kulturinstitutionen motivieren, eigene Kinder- und Jugendprojekte entsprechend ihren Möglichkeiten in Angriff zu nehmen. Es ist aber auch als Handreichung für Lehrer, Erzieher und engagierte Eltern gedacht - mit dem Ziel, deren Motivation zu fördern, mit „ihren“ Kindern kulturelle Angebote verstärkt wahrzunehmen und eigene Initiativen mit den gegebenen Möglichkeiten zu entwickeln.

Ein Kongress zum Thema „Kultur für Kinder und Jugendliche“, der am 29./30. Januar 2004 in Leipzig stattfindet, wird zum einen den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung und Diskussion zum Thema bündeln. Außerdem soll er den „Blick über den Teller- rand“ ermöglichen, indem er über die entsprechenden Vorhaben und gedanklichen Prozesse auch in anderen Ländern informiert. Darüber hinaus ist er als Forum zur Präsentation künstlerischer Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen quer durch die Sparten und in Form eines Ideenmarktes konzipiert.

Die Popularisierung der Idee der Initiative soll durch Medienpartnerschaften, einen Wettbewerb, eine Internetplattform und Patenschaften prominenter Vertreter des öffentlichen Lebens, die die Idee der Jugendkulturinitiative zu ihrer Sache machen, erfolgen. Bisher konnten Gerd Albrecht, Georg Baselitz, Dietrich Fischer-Dieskau, William Forsythe, Amélie Niermeyer und

Sasha Waltz als Paten gewonnen werden.

Die Gründer der Initiative sind der Überzeugung, dass man mit einer solchen Bündelung von „Maßnahmen“, dem Ziel, unsere Kultur auch zu einer Kultur für Kinder und Jugendliche zu machen, ein Stück näher kommen kann. Dass in solche Überlegungen auch die Sicht der Jugendlichen einfließen muss, versteht sich von selbst.

Der besondere Ansatz liegt dabei in der angestrebten Wir-

kungsweise der Jugendkultur- und -bildungsinitiative: Das Rad immer wieder neu zu erfinden ist keine hohe Kunst: Deshalb geht es bei der Jugendkulturinitiative darum, gute Ideen, die sich in der Praxis bewährt haben, nach außen zu kommunizieren und andere damit zur Nachahmung zu motivieren. Dabei steht im Hintergrund auch der Gedanke der innovativen Nutzung vorhandener Kapazitäten, die in vielen Fällen zu einem noch größeren Ertrag im Verhältnis zu den eingesetzten Mitteln führen sollte.

HINWEIS DER REDAKTION

Da wir im Rahmen unserer Presseschau möglichst viele Zeitschriften, Presseerklärungen, Resolutionen etc. auswerten und aufnehmen wollen, bitten wir auch in dieser Nummer um entsprechende Zusendung.

Damit verbinden wir unseren herzlichen Dank für die gute Resonanz auf diese Bitte in der vorangegangenen Ausgabe.

Zugleich möchten wir betonen, dass Meldungen in der Presse nicht überprüft werden können und Berichte und Diskussionsbeiträge nicht mit der Redaktion oder der Stiftung zu identifizieren sind. Vielmehr ist es unser Ziel, die öffentliche Debatte und ihre Themen möglichst umfassend, freilich auch pointiert zu dokumentieren.